

IMIS-BEITRÄGE

Heft 10/1999

Herausgegeben vom Vorstand
des Instituts für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
der Universität Osnabrück

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
Universität Osnabrück
D – 49069 Osnabrück
Tel.: (+49) 0541/969-4384
Fax: (+49) 0541/969-4380
e-mail: imis@rz.uni-osnabrueck.de
internet: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de>

Januar 1999
Redaktion: Dr. Peter Marschalck
Texterstellung: Sigrid Pusch, Jutta Tiemeyer
Umschlag: Birgit Götting
Layout: Universitätsverlag Rasch, Osnabrück
Druck: Rasch Druckerei und Verlag GmbH, Bramsche

ISSN 0949-4723

Inhalt

Vorwort.....	5
<i>Tibor Frank</i> Station Berlin. Ungarische Wissenschaftler und Künstler in Deutschland 1919–1933.....	7
<i>Gérard Noiriel</i> Immigration and National Memory in the Current French Historiography.....	39
<i>James F. Hollifield</i> Ideas, Institutions, and Civil Society. On the Limits of Immigration Control in Liberal Democracies	57
<i>Alexander Thomas</i> Kultur als Orientierungssystem und Kulturstandards als Bauteile	91
Die Autoren.....	133

Vorwort

Heft 10 der IMIS-Beiträge gilt historischen und aktuellen Problemen von Migration, Integration und Nationalität. Es bietet eine Studie zur kulturhistorischen Migrationsforschung am Beispiel der europäischen Metropole Berlin in der Zwischenkriegszeit, politikwissenschaftliche Untersuchungen zur Historiographie von Migration, Ethnizität und Nationalität in Frankreich sowie zu öffentlichem Diskurs und politischer Entscheidung in Migrationsfragen im Vergleich von Frankreich und den USA. Die abschließende Studie aus der interkulturellen Psychologie gilt Problemen und Strategien der interkulturellen Kommunikation.

Tibor Frank beschäftigt sich mit der Abwanderung von jüdischen Künstlern und Wissenschaftlern aus Ungarn in der Zwischenkriegszeit, in der Deutschland und hier besonders Berlin, aber auch andere Universitätsstädte die Hauptziele waren. Maßgebend für diese Ost-West-Wanderung ungarischer Eliten, die der ungarischen Revolution und Gegenrevolution unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, wirtschaftlichen Problemen sowie vor allem dem wachsenden Antisemitismus zu entkommen suchten, waren einerseits die starken deutschen Kulturtraditionen in Ungarn und andererseits die wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeitsmöglichkeiten im Deutschland der 1920er Jahre. Der Aufstieg des Nationalsozialismus und seine politische Etablierung erzwangen Weiterwanderungen in die USA und in andere überseeische Länder mit Hilfe transatlantischer Netzwerke und individueller Hilfsaktionen deutsch-ungarischer Juden. Der Beitrag zur Elitenwanderung verfolgt damit zugleich ein wichtiges Stück deutscher und europäischer Kulturgeschichte in der Zwischenkriegszeit.

Gérard Noiriel untersucht in seinem Beitrag den Niederschlag der öffentlichen und politischen Diskussionen um Einwanderung, Ethnizität und nationaler Identität in der französischen Historiographie. Im Gegensatz zu anderen europäischen und überseeischen Ländern erlebte Frankreich Massenzuwanderungen erst lange nach der Herausbildung des Nationalstaats, und Migrationen gehörten damit nicht zu seinen Gründungsmythen. Wohl auch deshalb wurden ausländische Zuwanderer in der französischen Historiographie überwiegend nicht als Einwanderer betrachtet. Die französischen Historiker deuteten die Geschichte, die im ›klassischen‹ europäischen Einwanderungsland ganz wesentlich auch durch Zuwanderung und Integration geprägt war, um, leugneten das ›kollektive Gedächtnis‹ und verbannten Einwanderung und Eingliederung aus der nationalen Erinnerung.

In einer Frankreich und die USA vergleichenden Analyse migrationspolitischer Diskurse und Entscheidungen fragt **James F. Hollifield** nach den ideellen und institutionellen Wegen zu den heutigen Unterschieden zwischen beiden Staaten in der Haltung von Gesellschaft und Politik gegenüber Einwanderern. Die USA sind als Einwanderungsland entstanden und verstehen sich auch heute noch so, trotz vieler durch die illegale Einwanderung noch verschärfter Widerstände. Die französische Republik hingegen erlebt, trotz ihrer bis heute gültigen republikanischen *Ius-soli*-Tradition, schon seit den 1970er Jahren angesichts des Wandels der Einwanderergruppen nach Herkunftsländern und Ethnizität heftigste Attacken gegen die herkömmliche liberale Haltung gegenüber eingewanderten und selbst gegenüber eingebürgerten Fremden.

Das Bemühen um interkulturelle Kompetenz, das zureichende Kenntnis der unterschiedlichen Bedeutung sozialer Verhaltensweisen von Angehörigen verschiedener Kulturen voraussetzt, steht im Zentrum des Beitrages von **Alexander Thomas**. In der Sicht der interkulturellen Psychologie dient Kultur als Orientierungssystem. Wo Menschen verschiedener Kulturen zusammenarbeiten wollen oder müssen, wird es notwendig, die eigenen mit fremden ›Kulturstandards‹ soweit in kommunikativen Einklang zu bringen, daß auf der Grundlage der damit verbundenen interkulturellen Lernprozesse interkulturelle Handlungskompetenz entsteht. Dabei spielen heute Trainingsverfahren eine wichtige Rolle, die kritische Interaktionssituationen zugrunde legen, wie z.B. die vom Autor entwickelte ›Culture-Assimilator‹-Technik.

Der Vorstand: Klaus J. Bade
Leonie Herwartz-Emden
Hans-Joachim Wenzel

Tibor Frank

Station Berlin

Ungarische Wissenschaftler und Künstler in Deutschland 1919–1933

Die prekäre politische und wirtschaftliche Situation Ungarns unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg trug entscheidend zur Abwanderung vieler, insbesondere jüdischer Wissenschaftler und Künstler bei. Die meisten Menschen, die Ungarn nach 1919 verließen, waren entweder unmittelbar beteiligt gewesen an einer der Nachkriegsrevolutionen – vor allem an der sowjetisch-bolschewistischen Räterepublik (*Tanácsköztársaság*) von 1919 – und/oder fühlten sich durch die nachfolgende Welle des Antisemitismus bedroht, die das katastrophale politisch-soziale Experiment der Räterepublik entfesselt hatte. Dabei zählten die meisten ungarischen Juden zur assimilierten, magyarisierten, meist nichtreligiösen Mittelschicht oder oberen Mittelschicht. Sie hatte wesentlich zur Modernisierung Ungarns beigetragen. Ihr Exodus war ein erheblicher Verlust für das Land und zugleich ein willkommener Gewinn für die Länder, in denen sie sich niederließen. Die wenigsten dieser Ungarn sahen in ihrem Weggang eine Auswanderung; für die meisten ging es lediglich um ausgedehnte Studienreisen unterschiedlicher Dauer. Die Juden unter ihnen verließen Ungarn nicht nur wegen des weißen Terrors. Ein antisemitisches Numerus-Clausus-Gesetz verwehrte ihnen in den 1920er Jahren weitgehend den Zugang zu den Hochschulen.

Ein Großteil der ungarischen Wissenschaftler und Künstler, die nach den politischen Veränderungen von 1918–1920 in verschiedene europäische Länder und die Vereinigten Staaten abwanderten, wählten zunächst ein deutschsprachiges Land als Ziel, wegen der Einwanderungsquoten hingegen seltener die USA. Sie gingen vor allem nach Österreich und nach Deutschland, viele aber auch in die Tschechoslowakei mit ihren zahlreichen angesehenen deutschsprachigen Universitäten. Häufig aber war dies nur eine Etappe. Nach Hitlers Aufstieg setzten sie ihren Weg fort, und zwar meist in die Vereinigten Staaten.

Die Liste der international bekannten Persönlichkeiten, die zu jener Zeit Ungarn verließen, ist beeindruckend lang. Unter ihnen waren herausragende Wissenschaftler wie Theodore von Kármán, Michael Polanyi, Leo Szilard, Edward Teller und Eugene Wigner; Philosophen wie Arnold Hauser, Georg Lukács und Karl Mannheim; Filmemacher wie (später Sir) Alexander Korda

und Michael Curtiz; Filmtheoretiker wie Béla Balázs; bildende Künstler wie László Moholy-Nagy und Marcel Breuer; Kunsthistoriker und Kritiker wie Frederick Antal, Ernő Kállai und Charles de Tolnay; Musiker wie Paul Abraham, Gitta Alpár und Eugen Szenkár; Musikhistoriker wie Otto Gombosi.

Nichtjuden waren weniger zahlreich vertreten als Juden. Zu den nicht-jüdischen Abwanderern zählten etwa die Schriftsteller Lajos Kassák, Gyula Illyés und Sándor Márai, die bildenden Künstler Aurél Bernáth, Sándor Bortnyik, Noémi Ferenczy und Károly Kernstok, die Gesangskünstler Anne Roselle (= Anna Gyenge), Rosette (Piroska) Andai und Koloman von Pataky, die Schauspielerinnen Vilma Bánky und Lya de Putti, der Organist und Komponist Dezső Antalffy-Zsiros und, als namhaftester unter ihnen, der Wissenschaftler Albert Szent-Györgyi.

Die frühen Untersuchungen über die vielgestaltige europäische Elitenwanderung lassen sich hauptsächlich als Zeitzeugenberichte charakterisieren.¹ Selbst Laura Fermis klassische Untersuchung *Illustrious Immigrants*² über die Abwanderung von Intellektuellen aus Europa zwischen 1930 und 1941 gehört in diese Kategorie. Die wissenschaftliche Forschung begann erst in den frühen 1970er Jahren. Schon bald nach Fermis bahnbrechender Unternehmung erweiterten Donald Fleming und Bernard Bailyn mit ihrem Sammelband *The Intellectual Migration. Europe and America, 1930–1960*³ die untersuchte Zeitspanne beträchtlich. Von Anfang an stand in der wissenschaftlichen Literatur die deutsch-jüdische Migration im Vordergrund, so etwa auch in der Studie Stuart H. Hughes' *The Sea Change. The Migration of Social Thought, 1930–1965*⁴. Ende der 1970er Jahre wurde das erste Verzeichnis der deutsch-amerikanischen Emigration während des ›Dritten Reiches‹ betreffenden Archivalien fertiggestellt.⁵ In den 1980er Jahren entstand ein sehr wichtiges biographisches Nachschlagewerk, das die Grundlage für weitere quantitative Untersuchungen bildete.⁶ Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden bald in einer Vielzahl von deutschen, englischen und französischen Publika-

-
- 1 Norman Bentwich, *The Refugees from Germany, April 1933 to December 1935*, Sydney 1936; ders., *The Rescue and Achievement of Refugee Scholars: The Story of Displaced Scholars and Scientists 1933–1952*, Den Haag 1953.
 - 2 Laura Fermi, *Illustrious Immigrants. The Intellectual Migration from Europe 1930–41*, Chicago/London 1968.
 - 3 Donald Fleming/Bernard Baylin (Red.), *The Intellectual Migration. Europe and America, 1930–1960*, Cambridge, Mass. 1969.
 - 4 H. Stuart Hughes, *The Sea Change. The Migration of Social Thought, 1930–1965*, New York u.a. 1975.
 - 5 John M. Spalek, *Guide to the Archival Materials of the German-speaking Emigration to the United States after 1933*, Charlottesville, Va. 1978.
 - 6 Herbert A. Strauss/Werner Röder (Hg.), *International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933–1945*, München u.a. 1983.

tionen zugänglich gemacht, die die deutsche, die deutsch-jüdische und einige andere mitteleuropäische Emigrationen in der Zeit des Nationalsozialismus thematisierten.⁷ In den 1980er Jahren konzentrierte sich die Forschung vor allem auf die vor Hitler geflohenen Wissenschaftler und Künstler, verbunden mit einem wachsenden Interesse für die Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten in der Phase der nationalsozialistischen Verfolgung europäischer Juden.⁸

In zeitgenössischen Statistiken und Publikationen wurden die meisten Flüchtlinge aus Deutschland eifertig als ›Deutsche‹ oder ›deutsche Juden‹ kategorisiert – ohne Berücksichtigung des Geburtsortes, des Ursprungslandes, der Muttersprache oder der Nationalität. Falsche Zuordnungen solcher Art finden sich auch in der ansonsten reichhaltigen und gut dokumentierten Literatur sehr häufig; denn das Problem besteht darin, die aus Deutschland emigrierten Menschen nichtdeutscher, so etwa auch ungarischer Herkunft zu identifizieren. Dies ist nicht nur für die Forschung zu Ungarn von Bedeutung, sondern kann auch zu einer realistischeren Beurteilung des überlieferten Bildes von ›deutscher Wissenschaft‹ oder ›deutscher Gelehrsamkeit‹ führen.

Laura Fermi war vermutlich die erste, die wesentliche Unterscheidungsmerkmale zwischen den aus Deutschland geflohenen deutschen und ungarischen Wissenschaftlern herausarbeitete. In *Illustrious Immigrants* finden sich einige Passagen über das, wie sie es nennt, »ungarische Rätsel«, womit die erstaunlich große Zahl von aus ihrem Heimatland abgewanderten

7 Peter Kröner (Hg.), Vor fünfzig Jahren. Die Emigration deutschsprachiger Wissenschaftler 1933–1939, Münster 1983; Jerold C. Jackman/Carla M. Borden (Hg.), *The Muses Flee Hitler. Cultural Transfer and Adaptation 1930–1945*, Washington, D.C. 1983; Robin E. Rider, *Alarm and Opportunity: Emigration of Mathematicians and Physicists to Britain and the United States, 1933–1945*, in: *Historical Studies in the Physical Sciences*, Bd. 15, Teil I, Princeton 1984, S. 107–176; Jean-Michel Palmier, *Weimar en Exil. Le destin de l'émigration intellectuelle allemande antinazie en Europe et aux États-Unis*, Paris 1988, Bde. 1–2, S. 533, 486; Hartmut Lehmann/James J. Sheehan (Hg.), *An Interrupted Past. German-speaking Refugee Historians in the United States after 1933*, Washington, D.C. 1991.

8 Richard Breitmann/Alan M. Kraut, *American Refugee Policy and European Jewry, 1933–1945*, Bloomington/Indianapolis 1987; Stephanie Barron/Sabine Eckmann, *Exiles and Emigrés: The Flight of European Artists from Hitler*, Los Angeles 1997; Lewis A. Coser, *Refugee Scholars in America: Their Impact and their Experiences*, New Haven 1984; Anthony Heilbut, *Exiled in Paradise: German Refugee Artists and Intellectuals in America, from the 1930s to the Present*, New York 1983; Horst Möller, *Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933*, München 1984; Martin Jay, *Permanent Exiles: Essays on the Intellectual Migration from Germany to America*, New York 1986; Herbert A. Strauss u.a. (Hg.), *Die Emigration der Wissenschaften nach 1933. Disziplingeschichtliche Studien*, München/New York 1991; Wolfram Fischer (Hg.), *Exodus von Wissenschaften aus Berlin*, Berlin 1994.

hochqualifizierten Ungarn in der Zwischenkriegszeit gemeint ist.⁹ Die systematische, vor allem biographisch orientierte Untersuchung des Themas setzte ein mit der wichtigen Studie *Exile and Social Thought* von Lee Congdon, in der er einige der brilliantesten Karrieren von Ungarn in Österreich und Deutschland zwischen 1919 und 1933 nachzeichnet.¹⁰ In den letzten zwei Jahrzehnten hat zudem die österreichische Geschichtswissenschaft wesentliche Ergebnisse über die Emigration österreichischer Künstler und Wissenschaftler veröffentlicht. Im Mittelpunkt standen hierbei die Exilliteratur und die Flucht österreichischer Künstler.¹¹ Ein neuerer Beitrag über die Leistungen von Wissenschaftlern ungarischer Herkunft in diesem Jahrhundert stammt von dem Physiker George Marx.¹² Eine breitangelegte Gesamtdarstellung über den ungarischen Anteil an der Elitenwanderung in der Zwischenkriegszeit aber fehlt noch.

Ungarn und die deutsche kulturelle Tradition

Für diejenigen, die nach dem Ersten Weltkrieg und den revolutionären Ereignissen aus Ungarn zu fliehen versuchten, erschienen die deutschsprachigen Länder als naheliegendste Ziele. Der deutsche Einfluß in der österreichisch-ungarischen Monarchie war im Bildungswesen, in Kunst und Musik und in der Wissenschaft besonders stark. Österreich, Deutschland und die neu gegründete Tschechoslowakei befanden sich in geographischer aber auch in kultureller Nähe. Sowohl die deutsche Sprache als auch die deutsche Kultur waren für Ungarn in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg noch selbstverständlich. Die *Lingua franca* des Habsburgerreiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie, Deutsch, wurde zu Hause und auf

-
- 9 Fermi, *Illustrious Immigrants*, S. 53–59.
- 10 Lee Congdon, *Exile and Social Thought. Hungarian Intellectuals in Germany and Austria 1919–1933*, Princeton, N.J. 1991.
- 11 Peter Eppel, *Österreicher im Exil. USA 1938–1945*, 2 Bde., Wien 1995; Franz Goldner, *Austrian Emigration, 1938–1945*, New York 1979; Mimi Grossberg, *Österreichische literarische Emigration in die Vereinigten Staaten 1938*, Wien 1970; Friedrich Stadler (Hg.), *Vertriebene Vernunft. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaftler*, 2 Bde., Wien/München 1987/88; Walter Hölbling/Reinhold Wagnleitner (Hg.), *The European Emigration Experience in the U.S.A.*, Tübingen 1992; Johann Holzner/Sigurd Paul Scheichl/Wolfgang Wiesmüller (Hg.), *Eine schwierige Heimkehr. Österreichische Literatur im Exil 1938–1945*, Innsbruck 1991; *Österreicher im Exil 1934–1945. Protokoll des Internationalen Symposiums zur Erforschung des Österreichischen Exils von 1934–1945*, Wien 1997; Edward Timm/Ritchie Robertson (Hg.), *Austrian Exodus. The Creative Achievements of Refugees from National Socialism*, Edinburgh 1995; Harry Zohn, *Amerikanische »thirty-eighters« aus Wien als doppelte Kulturträger*, Wien 1994.
- 12 George Marx, *The Voice of the Martians*, 2. Aufl. Budapest 1997.

der Straße gesprochen, in der Schule unterrichtet sowie in der Armee verwendet.¹³ Das entsprach einer mehr als hundert Jahre alten Tradition: Die Verbindungen zwischen Ungarn und der österreichischen sowie der deutschen Kultur reichten bis in das 17. und 18. Jahrhundert zurück. Der durchschnittliche ›ungarische‹ Angehörige der Mittelklasse war gemeinhin deutscher (›schwäbischer‹) oder jüdischer Herkunft, und für ihn stellten die deutsche Kultur und Zivilisation die Verbindung Ungarns und der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Europa und dem Rest der Welt dar. In den Mittelklassewohnzimmern in Österreich, Ungarn, Böhmen, Galizien und Kroatien waren die gesammelten Werke von Goethe und Schiller, die Dichtung von Heine und Lenau sowie die Dramen von Grillparzer und Schnitzler zu finden.¹⁴

In diesen Gebieten las man nicht nur deutsche Literatur und deutsche Übersetzungen – Deutsch war die Sprache der Kultur als solcher. Deutschland wurde mit Modernität gleichgesetzt und hatte Vorbildcharakter. Zwei typische Beispiele vom Anfang und vom Ende der Periode: 1869 sandte Baron József Eötvös, namhafter Literat und Kultusminister, den jungen Erziehungsphilosophen Mór Kármán, Vater von Theodore von Kármán, nach Sachsen, damit er Theorie und Praxis der Lehrerbildung studierte, um dann das deutsche System in Ungarn einzuführen. Das Studium des deutschen Schulsystems hatte im 19. Jahrhundert eine lange Tradition. Für Generationen von ungarischen Gesetzgebern war die deutsche Schule das europäische Vorbild par excellence. Als der junge Bertalan Szemere, später ungarischer Ministerpräsident, sich aufmachte, um das zu studieren, »was im jeweiligen Land das Beste war, zog [er] die Schulen in Deutschland, das öffentliche Leben in Frankreich und die Gefängnisse in Großbritannien in Betracht.«¹⁵ Nach fast zwei Jahren bei Professor Liller in Leipzig kehrte Kármán nach Ungarn zurück und gründete 1872 sowohl das Institut für Lehrerbildung an der Universität [Buda]Pest als auch das damit eng verbundene »Referendars-« oder »Modellgymnasium« für angehende Lehrer, womit er einen starken deutschen Einfluß im ungarischen Unterrichtswesen durchsetzte.¹⁶

13 István Deák, *Beyond Nationalism: A Social and Political History of the Habsburg Officer Corps, 1848–1918*, New York/Oxford 1990, S. 83, 89, 99–102.

14 Vgl. Gyula Illyés, *Magyarok. Naplójegyzetek* [Ungarn. Tagebuchaufzeichnungen], 3. Aufl. Budapest o.J. [1938], Bd. II, S. 239.

15 Tagebucheintrag aus Berlin, 31.10.1836; vgl. Bertalan Szemere, *Utazás külföldön* [Reisen im Ausland], Budapest 1983, S. 59.

16 Baron József Eötvös an Mór Kleinmann, Buda, 20.7.1869, Nr. 12039, Theodore von Kármán Papers, California Institute of Technology Archives, Bd. 142.10, Pasadena, Cal., *Memoiren von Theodore von Kármán in seinem Bündel 141.6*, S. 1–2; vgl. Sötér, Eötvös József [József Eötvös]; Miklós Mann, *Trefort Ágoston élete és működése* [Das Leben und Wirken von Ágoston Trefort], Budapest 1982.

Noch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, im Dezember 1918, beabsichtigte Cecilia Polányi, die Mutter von Michael und Karl Polanyi und Großmutter des Nobelpreisträgers John C. Polanyi, die Curricula und Methoden deutscher Institutionen im Bereich der »praktischen Sozialarbeit« zu studieren, und plante zu diesem Zweck eine Reise nach Berlin, Frankfurt am Main, Mannheim, Hannover, Düsseldorf, Köln, Augsburg, München, Heidelberg und Königsberg sowie in diverse andere Städte, galten ihr doch die deutschen »Sozialen Frauenschulen«, »Frauenakademien« und »Frauenseminare« als die besten Europas.¹⁷ Solche Bestrebungen, die deutschen Verhältnisse zu studieren und nachzuahmen, gab es viele. Deutsch war damals die internationale Sprache der Wissenschaft und der Literatur: In den ersten 28 Jahren der Existenz des Nobelpreises waren unter den Preisträgern in Chemie sieben, in Physik sechs, in Medizin vier Deutsche (und ein Bürger der österreichisch-ungarischen Monarchie), außerdem vier in Literatur.¹⁸ Gelehrte und Wissenschaftler lasen die *Beiträge*, *Mitteilungen* oder *Jahrbücher* ihres jeweiligen Forschungsgebietes oder Tätigkeitsbereiches. Die große Reise eines jungen Wissenschaftlers oder Künstlers führte unbedingt auch nach Göttingen und Heidelberg, und in zunehmendem Maße nach Berlin. Künstler etwa fuhren nach München, um bei Piloty zu studieren.¹⁹

Die berühmte Fakultät der neu gegründeten Budapester Musikakademie (mit Professoren wie etwa Hans Koessler, Viktor von Herzfeld, David Popper, Ferenc Xavér Szabó) unterrichtete, zumeist auf persönliche Einladung von Franz Liszt, junge Ungarn wie Béla Bartók und Zoltán Kodály häufig auf Deutsch.²⁰ Die ungarische Mittelschicht las nicht selten regionale Zeitungen in deutscher Sprache, die z.T. auch noch nach der Auflösung der Habsburgermonarchie überall erhältlich waren. Der 1854 gegründete, maßgebliche *Pester Lloyd* beispielsweise blieb fast bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (1944) eine der meistgelesenen Zeitungen der Budapester Mittel-

17 Cecilia Polányi an den Minister für Religion und öffentlichen Unterricht, Budapest, 11.12.1918, mit Anlagen. (Deutsch und ungarisch), Michael Polanyi Papers, Kasten 20, Mappe 1, Department of Special Collections, University of Chicago Library, Chicago, Ill.

18 *The World Almanac and Book of Facts 1994*, Mahwah, N.J. 1993, S. 300–302.

19 Károly Lyka, *Magyar művészetlet Münchenben* [Ungarische Künstler in München], 2. Aufl. Budapest 1982; László Balogh, *Die ungarische Facette der Münchener Schule*, Mainburg 1988.

20 Tibor Frank, *Liszt, Brahms, Mahler: Music in Late 19th Century Budapest*, in: György Ránki/Attila Pók (Hg.), *Hungary and European Civilization* (Indiana University Studies on Hungary, Bd. 3), Budapest 1989, S. 343–359, hier S. 346; Antal Molnár, *Eretnek gondolatok a muzsikáról* [Ketzerische Gedanken über Musik], Budapest 1976, S. 27f.

schicht.²¹ Nahezu im gesamten 18. und 19. Jahrhundert waren deutsche Romane und Dichtung, die in Ungarn erschienen, ein ebenso fester Bestandteil der deutschen Literatur wie in Königsberg oder Prag herausgegebene Werke.²² Die jüdische Bevölkerung der Monarchie, insbesondere die gebildete städtische Mittelschicht, eignete sich als erste und an erster Stelle Deutsch als neue gemeinsame Sprache an und trug so dazu bei, daß Österreich nicht nur ein Randgebiet, sondern ein Teil der deutschen Kultur wurde.²³ Für diese jüdischen Familien war Deutsch die Sprache der Bildung und der Aufwärtsmobilität.

Trotz dieser starken deutschen Präsenz im musikalischen Leben und Unterrichtswesen Ungarns schien Budapest Anfang des 20. Jahrhunderts doch nicht mit Berlin vergleichbar zu sein. Für den jungen und begabten Ernő (Ernst von) Dohnányi stellte die *Hochschule für Musik* in Berlin eine weit größere Herausforderung dar. »Budapest anstelle von Berlin zu wählen, hätte ein solches Opfer meinerseits bedeutet, das das Vaterland in Anbetracht meiner Jugend nicht von mir verlangen kann und das ich in Anbetracht meiner Kunst nicht bringen kann«, schrieb er dem Direktor der Budapester Musikakademie um 1905. »Berlin ist heute ohne Zweifel das Zentrum der Musikwelt. Budapest, das müssen wir zugeben, spielt nicht einmal eine kleine Rolle in der Welt der Musik. Selbst wenn die Berliner *Hochschule* lediglich das Zentrum einer Clique ist, so ist diese Clique doch enorm und spielt seit Jahrzehnten eine bedeutende Rolle, während die Musikwelt nicht einmal bemerkt, ob ich eine dominante Rolle in Budapest spiele oder nicht.«²⁴ Dohnányi blieb bis zum Ersten Weltkrieg in Berlin und wurde, als Ernst von Dohnányi, einer der Professoren mit der größten internationalen Reputation an der *Hochschule für Musik*. Vielversprechende Pianisten aus Ungarn wie Ervin Nyíregyházi, Imre Stefániai und Marianne Adler und Studenten aus anderen Ländern wie Astrid, die Enkelin des schwedischen Komponisten Franz

21 József Kiss, Petőfi in der deutschsprachigen Presse Ungarns vor der Märzrevolution, in: Studien zur Geschichte der deutsch-ungarischen literarischen Beziehungen, Berlin 1969, S. 275–297.

22 László Tarnói, Parallelen, Kontakte und Kontraste. Die deutsche Lyrik um 1800 und ihre Beziehungen zur ungarischen Dichtung in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, Budapest 1998, S. 201–322; Ulrik R. Monsberger, A hazai német naptárirodalom története 1821-ig [Die Geschichte der ungarndeutschen Kalenderliteratur bis 1821], Budapest 1931.

23 György Szalai, A hazai zsidóság magyarosodása 1849-ig [Die Magyarisierung des Judentums in Ungarn bis 1849], in: Világosság, 15. 1974, S. 216–223; Róza Osztern, Zsidó újságírók és szépirok a magyarországi német nyelvű időszaki sajtóban, a »Pester Lloyd« megalapításáig, 1854-ig [Jüdische Publizisten und Schriftsteller in deutschen Periodika in Ungarn bis zur Gründung des »Pester Lloyd« 1854], Budapest 1930.

24 Bálint Vázsonyi, Dohnányi Ernő [Ernő Dohnányi], Budapest 1971, S. 67–68.

Berwald, aus Stockholm machten den weiten Weg, um im Berlin der Vorkriegszeit bei ihm zu studieren.²⁵

1916 wurde in Berlin ein Zentrum für ungarische Kultur, das *Collegium Hungaricum*, gegründet. Robert Gragger ging an die Universität Berlin, um im Fach Ungarisch zu lehren und wurde Direktor des *Collegium*. Er gab außerdem die *Ungarischen Jahrbücher* heraus, eine niveauvolle Zeitschrift mit Beiträgen aus der ungarischen Wissenschaft. Graggers *Collegium* zog vor allem junge Ungarn an, die am Anfang ihrer Laufbahn standen. Viele der jungen Ungarn, die Berlin um die Jahrhundertwende besuchten, waren Juden. Die jüdisch-ungarische Mittelschicht fühlte sich im Deutschen Reich zu Hause und schickte ihre Söhne und Töchter zum Studium dorthin.

Von Budapest nach Berlin

›Amerikanisch‹ bedeutete ›modern‹ und Berlin galt nach dem Ersten Weltkrieg in diesem Sinne als ›amerikanisch‹, als wahre kulturelle Hauptstadt Deutschlands.²⁶ ›Berlin bot denjenigen ein Zuhause, die anderswo eventuell verlacht oder verfolgt worden wären‹, schrieb der Historiker István Deák und fügte hinzu: ›Comintern-Agenten, dadaistische Dichter, expressionistische Maler, anarchistische Philosophen, Sexualwissenschaftler, Vegetarier und Esperanto-Propheten einer neuen Menschlichkeit, Schnorrer, Kurtisane, Homosexuelle, Drogenabhängige, Nackttänzer und Apostel der nudistischen Selbstbefreiung, Schwarzmarktler, Veruntreuer und Berufsverbrecher machten sich in einer Stadt breit, die hungrig auf Neues, auf Sensationen und auf Extremes war. Zudem wurde Berlin das kulturelle Zentrum Mittel- und Osteuropas. Diejenigen, die nun den Geschmack und die Moral der Allgemeinheit bestimmten, die erleuchteten, unterhielten oder ihre Kunden korrumpierten, waren nicht nur Deutsche, sondern [auch] russische Flüchtlinge des roten und ungarische Flüchtlinge des weißen Terrors, freiwillige Exilanten aus dem nunmehr welkenden und von Armut geschlagenen Wien, Re-

25 Ebd., S. 83, außerdem persönliche Informationen des Verfassers dieser Studie von Marianne Flesch (1890–1966).

26 Es gibt eine umfassende und ständig wachsende Literatur über Deutschland in der Weimarer Republik, die hier im einzelnen nicht aufgeführt werden kann. Zur Kulturgeschichte sei vor allem verwiesen auf: The Weimar Republic: A Historical Bibliography, Santa Barbara, Cal. 1984; Peter Gay, Weimar Culture: The Outsider as Insider, Harmondsworth 1974; John Willett, The Weimar Years. A Culture Cut Short, London o.J.; Michael Stark (Hg.), Deutsche Intellektuelle 1910–1933. Aufrufe, Pamphlete, Betrachtungen, Heidelberg 1984; Henry Pachter, Weimar Etudes, New York 1982; Stephan Waetzold/Verena Haas (Hg.), Tendenzen der zwanziger Jahre, Berlin 1977.

volutionäre vom Balkan und jüdische Opfer der Pogrome in der Ukraine.«²⁷ Und Deák schloß: »Der ungarische marxistische Philosoph György Lukács, der österreichische Theaterdirektor Max Reinhardt, der Prager Journalist Egon Erwin Kisch, die phänomenale Budapester Opernsängerin Gitta Alpár und die polnischen Veruntreuer Leo und Willy Sklarek waren einige dieser berühmten ›Berliner‹.«²⁸

In den 1920er Jahren wurde Berlin zum europäischen Zentrum für Film und Theater, Photographie und Literatur, Oper und die vortragenden Künste, Architektur und die Sozialwissenschaften. Im kosmopolitischen Berlin fanden sich fast 120 Zeitungen und 40 Theater; etwa 200 Kammerorchester und mehr als 600 Chöre gaben ihre Vorstellungen in 20 Konzertsälen und unzähligen Kirchen. »Zehn oder fünfzehn Jahre zuvor war unbestritten Paris die Königin Europas gewesen [...]. Aber Berlin mit seiner sensiblen Unruhe und seinem unbeirrbaren Instinkt für Qualität hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg zum Rivalen von Paris entwickelt.«²⁹

Für die meisten Ungarn, die nach Deutschland gingen, ergab sich eine schwierige soziale und wirtschaftliche Situation in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg im Zuwanderungsland. Vor dem Krieg war es etwas einfacher gewesen, aber als Theodore von Kármán im Jahre 1908 seine Habilitation in Deutschland beendet hatte, so schrieb er später, »wurde mir ausdrücklich erklärt, dass niemand dafür garantieren kann, das ich jemals eine Professur bekomme. Trotz alledem habe ich bereits nach einer Wartezeit einen Ruf bekommen.«³⁰ Während des Krieges wurde die Situation noch schwieriger und aussichtsloser. Als Michael Polanyi sich 1916 nach seinen Aussichten auf eine Habilitation bei Professor G. Bredig am Institut für Physikalische Chemie und Elektrische Chemie der Universität Karlsruhe erkundigte, wurde er höflich abgewiesen. »Wir sind aber doch gezwungen, jetzt nach dem Kriege mehr als je Rücksicht auf die Volksstimmung zu nehmen, welche dringend verlangt, dass die bei uns vorhandenen Plätze für Dozenten möglichst durch Reichsangehörige besetzt werden. Wenn wir auch Angehörige von Bundesgenossen gewiss gern auf gleiche Stufe stellen, so haben Sie ja bei mir gesehen, dass gerade in meinem Institut die Verhältnisse so stark zu Gunsten dieser verschoben waren, dass ich mehr als je darauf sehen muss, von jetzt an

27 István Deák, *Weimar Germany's Left-Wing Intellectuals. A Political History of the Weltbühne and its Circle*, Berkeley/Los Angeles 1968, S. 13–15.

28 Ebd.

29 Glenn Plaskin, *Horowitz. A Biography of Vladimir Horowitz*, New York 1983, S. 69–70.

30 Theodore von Kármán an Michael Polanyi, 17.3.1920 (Deutsch), Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 11.

neben diesen mehr Reichsdeutsche heranzuziehen.«³¹ Ein Jahr später versuchte Polanyi es in München und wandte sich an Professor K. Fajans am damaligen Chemischen Laboratorium des Staates Bayern. Obwohl seine Anfrage günstig aufgenommen wurde und er ein Angebot erhielt, Fajans' Assistent zu werden, ließen sich Polanyis Pläne erst nach dem Krieg realisieren.³²

Nach 1918 waren die Aussichten für Ungarn im geschlagenen Deutschland nicht besser geworden. Theodore von Kármán, der sich seit seiner Habilitation in Göttingen im Jahre 1908 gut in Deutschland etabliert hatte, beschrieb Michael Polanyi, der immer noch die Entscheidung über seine Zukunft als Wissenschaftler suchte und um Habilitation bzw. Stellensuche bemüht war, die Situation als frostig. Polanyi verließ 1919 Ungarn und ging nach Karlsruhe, wo er bereits 1913–1914 Chemie studiert hatte.³³ »Die Stimmung an den Hochschulen ist augenblicklich für Ausländer sehr ungünstig doch kann sich das in einigen Jahren ändern [...]. Allerdings sind heute die Teuerungsverhältnisse sehr unangenehm und es ist viel schwerer, auf eine Anstellung zu warten.«³⁴ Von 1920 an half von Kármán persönlich einer Reihe von Ungarn, ihre Karriere in Deutschland zu beginnen, indem er, oft unter äußerst widrigen Umständen, bereitwillig Freunde seiner Familie finanziell unterstützte.³⁵ Einige Jahre später, 1923, beschrieb der amerikanische Wissenschaftler Eric R. Jette die Welt der deutschen Universitäten auf durchaus ähnliche Weise: »die Voraussetzungen an den Universitäten waren natürlich überall sehr schlecht. Überall hörte man dieselbe Geschichte, kein Geld, keine neuen Professoren oder Dozenten, dafür Labors voller Studenten, die fast nichts zum Leben hatten. Trotzdem geht die Forschung weiter, und die Studenten bleiben bei ihren Büchern.«³⁶ Ein gutes Jahr später aber berichtete Jette von einer deutlich günstigeren Lageeinschätzung durch Werner Heisenberg, der »sagte, daß die Leute an den Universitäten zwar nicht so gut gestellt seien wie vor dem Krieg, aber doch unendlich besser als ein Jahr zuvor.«³⁷

31 G. Bredig an Michael Polanyi, 12. Februar 1917 (Deutsch), Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 5.

32 K. Fajans an Michael Polanyi, München, 26.6. und 5.10.1918. (Deutsch), Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 5.

33 Theodore von Kármán an Michael Polanyi, Aachen, 17.3.1920 (Deutsch), Michael Polanyi Papers, Kasten 17.

34 Ebd.

35 Vgl. z.B. den Fall des Sohnes eines Freundes seines Bruders, Michael Becz; s. Elemér Kármán an Theodore von Kármán, Budapest, 9.5.1920. (Deutsch), Theodore von Kármán Papers, Bd. 139.1.

36 Eric R. Jette an Michael Polanyi, Up[p]sala, 10.2.1923, Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 19.

37 Eric R. Jette an Michael Polanyi, Kopenhagen, 28.3.1924, Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 1.

Die Ungarn bildeten Netzwerke, nutzten vorhandene Kontakte und wandten sich an Personen, die sich bereits in Deutschland etabliert hatten. Michael Polanyi etwa mußte von Kármán um Hilfe bitten. Im Gegenzug bat der spätere Professor für Ingenieurwissenschaften, Mihály Freund, um Polanyis Unterstützung für einen jungen Verwandten von ihm, Tibor Bányai, der gerade das Gymnasium in Budapest absolviert hatte und an der Universität Karlsruhe Ingenieurwissenschaften studieren wollte, wo Polanyi bereits einige Zeit tätig war. Von noch größerer Bedeutung war, daß Polanyi 1922 den Weg für Leo Szilard ebnete, der sich um eine Assistentenstelle am Institut für Physikalische Chemie an der Universität in Frankfurt am Main bemühte. Trotz Szilards unbestritten hoher Qualifikation benötigte er unter den damaligen Umständen Polanyis Schreiben an den Frankfurter Professor B. Lorenz, in dem Polanyi ihn als »einen fabelhaft klugen Mann«³⁸ bezeichnete. Von allen ungarischen Wissenschaftlern erwies sich jedoch von Kármán als der aktivste und erfolgreichste Vermittler, seine Korrespondenz aus seiner Zeit in Deutschland und später in den USA enthält eine Fülle von Informationen über ein halbes Jahrhundert der Netzwerkarbeit von Ungarn. Ein typischer Brief aus seiner deutschen Zeit stammt von 1924 von einem ungarischen Freund aus Wien. Jener bat ihn um Hilfe für den ungarischen Studenten der Industriechemie, Pál Acél, der seine Studien »in Deutschland, vorzugsweise bei dir« fortsetzen wollte.³⁹ Die Korrespondenz über derartige Themen mußte zeitweilig heimlich erfolgen: In gefährlichen Jahren wie 1920 war es besser, solche Briefe nicht nach Budapest zu schicken, sondern nach Wien und sie dann dort persönlich abzuholen.⁴⁰

In einem Interview von 1929 beschrieb Michael Polanyi, der seit 1923 selbst Professor in Berlin war⁴¹, den wesentlichen Unterschied zwischen dem Unterrichtswesen in Ungarn und jenem in Deutschland aus seiner Sicht. Er erklärte, daß »Professoren in Deutschland mit begierigem Interesse die Hand eines jeden Studenten ergreifen, den sie für begabt halten. Sie sind wie Kunstsammler, deren größte Leidenschaft die Entdeckung von Talenten ist. Dies gehört zum Beruf des Universitätsprofessors.«⁴² Hier ist anzumerken, daß diese Generation später an den Universitäten in den Vereinigten Staaten

38 Michael Polanyi an B. Lorenz, 16.10.1922. (Deutsch), Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 18.

39 Elemér Székely an Theodore von Kármán, Wien, 29.4.1924. (Ungarisch), Theodore von Kármán Papers, Bd. 29.14.

40 Mihály Freund an Michael Polanyi, 4.5.1920. (Ungarisch), Michael Polanyi Papers, Kasten 17.

41 Obersekretär Breuder [?], Technische Hochschule zu Berlin, an Michael Polanyi, Charlottenburg, 8.11.1923. (Deutsch), Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 20.

42 Polányi Mihály Nádás Sándorhoz [Mihaly Polanyi an Sándor Nádás], Pesti Futár, 1929, S. 37–38; nachgedruckt in: Polanyiana, I/1, 1991, S. 26.

im wesentlichen dieselben Erfahrungen machte: Emigrierte Wissenschaftler stellten fest, daß die einladende Atmosphäre der deutschen Universitäten in den Vereinigten Staaten ebenfalls vorhanden und zum Teil dorthin übertragen worden war.

Deutschland erschien den meisten Ungarn als weitaus toleranter als ihr Heimatland – in politischer, religiöser, wissenschaftlicher und künstlerischer Hinsicht. Béla Bartóks bahnbrechende Pantomime »Der wunderbare Mandarin«, das in Ungarn nicht akzeptiert worden war, fand ein interessiertes Publikum in Köln, wo es von dem in Ungarn geborenen Eugen Szenkár 1926 erstmals aufgeführt wurde.⁴³ Die Übersiedlung nach Deutschland war nicht nur eine Frage der beruflichen Qualifikation und des sozialen bzw. wirtschaftlichen Aufstiegs, für manche bedeutete sie die Möglichkeit, ihren Beruf überhaupt auszuüben und ihre wissenschaftlichen Ansätze zu vertreten.

Ein typisches Beispiel ist der Psychoanalytiker Michael Balint, der aus einer damals sehr verbreiteten Mischung politischer und beruflicher Gründe beschloß, Budapest zu verlassen. »Es war damals sehr schwierig – das war 1920 –, und es war die schlimmste Zeit des Horthy-Regimes, stark antisemitisch und antiliberal und so weiter«, erklärte er in einem Interview im Rahmen des Columbia University Oral History Project gegen Ende seines Lebens.⁴⁴ »So war es mit meinem Interesse an der Analyse. [...] Es war fast unmöglich, irgendeine [Stellung] an der Universität zu bekommen, deshalb begann ich als Biochemiker und Bakteriologe zu arbeiten. [...] Aber ich glaubte nicht daran, daß man in Budapest irgend etwas erreichen konnte. Also beschloß ich, Budapest zu verlassen und mich mit irgend etwas in Deutschland zu versuchen«⁴⁵, erklärte Balint weiter. Deshalb sei er als Chemiker nach Berlin gegangen. Mit Hilfe einer Empfehlung seines Freundes und früheren Kollegen Michael Polanyi bekam er eine Anstellung in den AGFA-Labors.⁴⁶ »Also brachen wir auf nach Berlin, wo ich eine kleine An-

43 József Ujfalussy, Béla Bartók, Budapest 1971, S. 237–240; György Kroó, A Guide to Bartók, Budapest 1974, S. 97–105. Die Pantomime wurde auf Dauer aber auch in Köln nicht geduldet, wo der konservative Oberbürgermeister der Stadt, Konrad Adenauer, die Produktion nach nur einer Vorstellung verbot.

44 Michael Balint interview; Columbia University Oral History Project, Columbia University Libraries, New York, N.Y. Balint veröffentlichte wichtige Publikationen über Techniken der Psychoanalyse und der Psychotherapie wie: *Primary Love and Psycho-Analytic Technique* (1952), *The Doctor, His Patient and the Illness* (1957), *Psychotherapeutic Techniques in Medicine* (1961) und *The Basic Fault. Therapeutic Aspects of Regression* (1969).

45 Ebd.

46 Michael Polanyi an Dr. John Eggert, [Berlin,] 16.5.1922, Michael Polanyi Papers, Karten 1, Mappe 18.

stellung als Chemiker in der Forschung bekam, mit der Erlaubnis, für meinen Dokortitel zu arbeiten.«⁴⁷

Den Physiker Imre Bródy bewegten ähnliche Motive, nach Deutschland zu kommen: »Du weißt sehr gut«, schrieb er an Michael Polanyi in Berlin, »da du das, was du getan hast, aus demselben Grund getan hast, was es für mich bedeutet, hier weg zu kommen, damit ich arbeiten kann, hier weg zu kommen, wo die wissenschaftliche Arbeit, jedenfalls für mich, sowohl physisch als auch psychisch unmöglich ist. Deine Ermutigung und aktive Unterstützung, so denke ich, haben mir eine erfolgreiche Arbeit ermöglicht.«⁴⁸ Bródy war einer der wenigen namhaften Wissenschaftler, die nach Ungarn zurückkehrten und dort später den Nationalsozialisten zum Opfer fielen.

Ungarn überwiegend jüdischer Herkunft kamen in den 1920er Jahren zu Hunderten nach Berlin. Sie kamen, um zu studieren, eine Arbeit zu finden, ihre Karriere zu begründen. Sie fanden etwas vor, das immer mehr zu einer ungarischen Community zusammenwuchs. Berlin war allerdings nicht das einzige Ziel. Der Mathematiker Gábor Szegő etwa nahm 1926 eine ordentliche Professur in Königsberg an, der Chemiker Ferenc Kőrösy begann sein Studium 1923 in Karlsruhe, der Philosoph Karl Mannheim ließ sich in Heidelberg nieder, wo er vor dem Ersten Weltkrieg studiert hatte⁴⁹, und der Mathematiker Otto Szász verließ 1933 seine Stelle an der Universität in Frankfurt am Main, um in die Vereinigten Staaten zu gehen, wo er vorwiegend in Cincinnati unterrichtete.⁵⁰

Die Geschichte der Wissenschaftler unter den ungarisch-jüdischen Emigranten ist das am besten dokumentierte, wenn auch nicht das einzige Beispiel der schrittweisen Migration über Deutschland in die Vereinigten Staaten. Mehrere deutsch-ungarische Filmemacher etwa kamen unmittelbar nach den Ereignissen im Sommer 1919 aus Ungarn, ein gut nachvollziehbares Migrationsschema linksgerichteter Intellektueller, die in der einen oder anderen Form an dem politischen Experiment sowjetischen Typs in Ungarn, der Räterepublik, beteiligt gewesen waren. Zu dieser Gruppe gehörten der vielseitige Dichter Béla Balázs, Drehbuchautor von Béla Bartóks *Herzog Blaubarts*

47 Michael Balint interview, Columbia Oral History Project.

48 Imre Bródy an Michael Polanyi, 26.8.1920. (Ungarisch), Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 10.

49 Éva Gábor, Mannheim in Hungary and in Weimar Germany, in: The Newsletter of the International Society for the Sociology of Knowledge, Bd. 9, Nr. 1–2, August 1983, S. 7–14; Lee Congdon, Karl Mannheim as Philosopher, in: Journal of European Studies, Bd. 7, Teil I, Nr. 25, 3.1977, S. 1–18.

50 Michael Polanyi an G. Bredig, Berlin, 23.6.1923. (Deutsch), Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 20; Brian Longhurst, Karl Mannheim and the Contemporary Sociology of Knowledge, New York 1989, S. 5; Gabor Szegő, Otto Szász, in: Bulletin of the American Mathematical Society, Bd. 60, Nr. 3, Mai 1954, S. 261.

Burg und einer der Leiter des Schriftstellerrates in der Räterepublik. Sein bahnbrechendes Werk *Der sichtbare Mensch*, das er 1924 in Deutschland schrieb und veröffentlichte, war die erste systematische Filmtheorie, die Filmregisseure wie Eisenstein und Pudovkin nachhaltig beeinflusste. Balázs ging 1931 von Berlin nach Moskau, um 1945 nach Ungarn zurückzukehren.⁵¹ Sowohl der Regisseur Michael Curtiz als auch der Schauspieler Bela Lugosi waren Ungarn, die die Revolution 1919 unterstützt hatten und aus Ungarn nach Deutschland flohen. Curtiz etwa war der Regisseur eines Propagandafilms, der die Ideale des kurzlebigen Regimes von 1919 populär zu machen versuchte; Lugosi war in der Politik aktiv und organisierte eine Schauspielergewerkschaft. Curtiz und Lugosi gingen beide über Berlin in die USA.⁵²

Die ungarischen Filmemacher bildeten unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg einen festen Bestandteil der deutschen Filmindustrie. Der deutsche Film erreichte seine Unabhängigkeit von den ausländischen Einflüssen nach dem Krieg, und die Filmproduktionen wurden von der Regierung massiv unterstützt: Die UFA (Universum Film Aktiengesellschaft), 1917 gegründet, beherrschte bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges die Filmindustrie. Die 1920er Jahre gingen als das goldene Zeitalter des deutschen Kinos in die Geschichte ein. Viele Ungarn absolvierten ihre filmischen Lehrjahre in den UFA-Studios in Berlin-Babelsberg. Die Regisseure Michael Curtiz (Mihály Kertész) und (Sir) Alexander Korda, die Schauspieler Bela Lugosi und Paul Lukas (Pál Lukács), die Stummfilmdiva (Amalia) Lya di Putti, der Regisseur Charles Vidor, der Drehbuchautor Ladislaus (László) Vajda und der Schauspieler Victor Varconi waren attraktiver Angebote aus Hollywood halber allerdings schon lange vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten von Deutschland aus in die Vereinigten Staaten gegangen.⁵³

Versuchung und Druck

Die deutsche Nachkriegsinflation und die nachfolgende Stabilisierungsphase mit ihren deflationären Tendenzen destabilisierte die wirtschaftliche und soziale Lage der meisten Ungarn in Deutschland. Einige der ungarischen Zuwanderer, die in Deutschland erfolglos geblieben waren oder es von sich glaubten, kehrten mit der Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage nach Ungarn zurück. Durch die deutsche Hyperinflation im Krisenjahr 1923 verunsichert, gaben mehrere Neuankömmlinge ihre guten Positionen auf, um dann aber in Budapest sehr schnell enttäuscht zu werden. Imre Pártos war als leitender Ingenieur bei der Kölner Firma Heinrich Butzer angestellt; er ent-

51 Joseph Zsuffa, Béla Balázs: *The Man and the Artist*, Berkeley 1987.

52 Ephraim Katz, *The Film Encyclopedia*, New York 1979, S. 293f., 741f.

53 Ebd., S. 476f., 665, 1181, 1187, 1194; 293f., 741f.

schied sich auf dem Höhepunkt des Währungsverfalls im Spätherbst 1923 zur Rückkehr nach Ungarn. Innerhalb von anderthalb Jahren wurde ihm klar, daß er einen großen Fehler gemacht hatte. »Das Leben hier in Budapest ist sehr traurig, die Arbeitslosigkeit nimmt fast stündlich zu, die Leute sind natürlich niedergeschlagen, die Stadt ist abends verlassen, und der Winter wird unerträglich, wenn die Umstände sich nicht innerhalb von ein oder zwei Monaten verbessern. Die berühmte Stimmung von früher ist dahin, und nur wenige Firmen werden diese kritischen Zeiten wohlbehalten überstehen«, beschwerte sich Pártos aus Budapest bei Professor von Kármán.⁵⁴ Er fuhr fort: »Die Situation vor Ort läßt sich am besten am Fall unseres gemeinsamen Freundes Tibor Szivessy beschreiben, der [...] eine Arbeit in Thessaloniki angenommen hat, [...] aber es sind schon so viele ungarische Ingenieure dorthin emigriert, daß die Gehälter so niedrig geworden sind, daß man kaum davon leben kann.«⁵⁵ Zu diesem Zeitpunkt versuchte der Ingenieur Pártos verzweifelt, nach Deutschland zurückzukehren, um dort eine angemessene Arbeit zu finden, und schließlich wurde er von Professor von Kármán unterstützt.

Obwohl viele ungarische Maler nach Deutschland gegangen waren, hatten die meisten von ihnen dort wenig Erfolg und kehrten in den 1920er Jahren nach Ungarn zurück. Die Liste der zurückgekehrten Künstler ist im Vergleich zu fast allen anderen Berufsgruppen besonders lang: Róbert Berény, Aurél Bernáth, Dezső Bokros-Birman, Sándor Bortnyik, Miklós Braun, Béla Czöbel, Noémi Ferenczy, Vilmos Huszár, Béla Kádár, Károly Kernstok, János Máttis-Teutsch, József Nemes-Lampérth, László Péri, Lajos Tihanyi. Hugo Scheiber war der letzte dieser Gruppe, der zurückkam – 1934. Nur wenige dieser Künstler waren vielseitig und modern genug, um an die Spitze künstlerischer Produktion im Europa der 1920er Jahre zu gelangen. Einige von ihnen aber, wie László Moholy-Nagy und László Péri, stellten ihre Werke zusammen mit den bekanntesten avantgardistischen bildenden Künstlern der Zeit, wie Archipenko, El Lissitzky, Gabo, Malevich, Puni und Tatlin aus.⁵⁶ Entdeckt von Herwarth Walden, traten Moholy-Nagy und Péri

54 Imre Pártos an Theodore von Kármán, Budapest, 27.6.1925. (Ungarisch), Theodore von Kármán Papers, Bd. 22.26.

55 Ebd.

56 Aurél Bernáth gibt in seiner Autobiographie eine lebhafte und poetische Beschreibung dieser Berliner Jahre: *Kor és pálya* [Zeit und Laufbahn], Bd. II, *Utak Pannóniából* [Reisen aus Pannonien], Budapest 1960, S. 351–383; vgl. Nóra Aradi, Berlin – Budapest, in: Klaus Kändler/Helga Karolewski/Ilse Siebert (Hg.), *Berliner Bewegungen: Ausländische Künstler in Berlin 1918 bis 1933*, Berlin 1987, S. 219–234; s. auch die hervorragende Bibliographie: *Revolutionary Engagements: The Hungarian Avant-Garde*, in: Stephen A. Mansbach (Hg.), *Standing in the Tempest. Painters of the Hungarian Avant-Garde 1908–1930* (Santa Barbara Museum of Art), Cambridge, Mass./London 1991, S. 213–227.

über die berühmte modernistische Galerie *Der Sturm* mit ungewöhnlichem Erfolg in die Berliner Kunstszene ein.⁵⁷ Vielseitig und innovativ, schloß Moholy-Nagy sich Walter Gropius an und wurde zum Mitbegründer des *Bauhauses*. Zusammen mit dem Architekten Marcel Breuer übersiedelte er schließlich in die USA, wo es ihm als einem der wenigen ungarischen bildenden Künstler gelang, einen dauerhaften internationalen Ruf zu begründen.⁵⁸ Der Erfolg von Moholy-Nagy und von Péri, wie auch jener der brillanten ungarischen Photographen wie Brassai, Robert Capa, György Kepes oder André Kertész, beruhte darauf, daß sie vollkommen neue Techniken wie die Collage, die Assemblage und die Photomontage sowie experimentelle Ansichten von Raum und Zeit eingeführt hatten, wodurch sie zum Maßstab in der gerade entstehenden Werbebranche wurden.

In Deutschland erfolgreiche Wissenschaftler mit internationalem Renomee erhielten von ungarischen Privatunternehmen oder von der Regierung wiederholt Angebote, nach Ungarn zurückzukehren, ohne sich allerdings für eine Rückkehr zu entscheiden. Michael Polanyi etwa, Professor der physikalischen Chemie in Berlin, zog eine Anstellung in der Forschungsabteilung der international bekannten *Vereinigte Glühlampen AG* in Ungarn in Betracht⁵⁹, damals unter der Leitung von Professor Ignác Pfeifer. Auf dem Rückweg von einer Geschäftsreise in die Niederlande machte Pfeifer Anfang 1923 in Berlin Halt, um Polanyi zu bewegen, eine Stellung im Budapester chemischen, physikalischen und metallographischen Labor der Firma anzunehmen, das »für unsere Verhältnisse ziemlich gut ausgestattet« war.⁶⁰ Polanyi lehnte die Einladung ab, bot jedoch an, in seinem Berliner Labor für die Budapester Firma zu arbeiten.⁶¹

Gegen Ende der 1920er Jahre begann die ungarische Regierung, die Bedeutung der permanenten Abwanderung von Experten für Ungarn zu erkennen. Graf Kuno Klebelsberg, Minister für Religion und Unterrichtswesen von 1922 bis 1931, besuchte einige der wichtigsten deutschen Universitäten, um ungarische Wissenschaftler zu einer Rückkehr nach Ungarn zu bewegen.

57 Georg Brühl, Herwarth Walden und »Der Sturm«, Köln 1983.

58 Krisztina Passuth, *Hungarian Art Outside Hungary: Berlin in the 1920s*, in: Tibor Frank (Hg.), *Culture and Society in Early 20th-Century Hungary* (Hungarian Studies, Bd. 9, Nr. 1–2), Budapest 1994, S. 127–138; Hubertus Gaßner (Hg.), *Wechselwirkungen. Ungarische Avantgarde in der Weimarer Republik*, Marburg 1986.

59 *Egyesült Izzólámpa és Villamossági Részvény-Társaság*.

60 Ignác Pfeifer an Michael Polanyi, Újpest (außerhalb von Budapest), 6.2.1923. (Ungarisch), Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 19.

61 Ignác Pfeifer an Michael Polanyi, Újpest (außerhalb von Budapest), 9.4.1923. (Ungarisch); Michael Polanyi an Ignác Pfeifer, [Berlin,] 14.4.1923. (Deutsch); Ignác Pfeifer an Michael Polanyi, Újpest (außerhalb von Budapest), 15.5.1923. (Deutsch); Michael Polanyi an Ignác Pfeifer, [Berlin,] 28.5. und 22.6.1923. (Deutsch); Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 19.

»Als Klebi [Klebelberg] vor einiger Zeit eine Feier in Göttingen abhielt, versuchte der Mathematiker Courant, der neben ihm am Tisch saß, ihn mit der Aufzählung einiger ungarischer, aber nichtarischer Wissenschaftler zu beeindrucken (wie [Lipót] Fejér, [George] Polya, Misi [Michael Polanyi], [John von] Neumann, [Theodore von] Kármán, Gábor [Szegő])«, die in Deutschland erfolgreich waren. »[Max] Born half nach. Klebi sagte, Misi habe eine Einladung zur Rückkehr nach Budapest bekommen. [...] Tammann bemerkte, daß er bezweifle, daß Misi die Einladung annehmen und seine Stellung in Deutschland aufgeben würde. Klebi antwortete mit dem inzwischen klassischen Wort: ›Wenn Vaterland ruft, kommt Ungar!‹«. Frau Szegő fügte mit einem gewissen Zynismus hinzu: »Si non è vero, è ben trovato« [Wenn es nicht wahr ist, so ist gut erfunden].⁶²

Nach seiner Rückkehr nach Budapest veröffentlichte der Minister einen Artikel auf der Titelseite der wichtigen Tageszeitung *Pesti Napló*. Für den Minister bestand das große Problem Ungarns 1929 darin, »die unverfälschten Werte der Nation zu bewahren und [Ungarn] zugleich auf ein gänzlich europäisches Niveau emporzuheben und von den uns umgebenden Nationen zu lernen.«⁶³ Er wies darauf hin, wie wichtig es sei, in Literatur und Geisteswissenschaften einen spezifischen »ungarischen Charakter« beizubehalten, äußerte sich jedoch für die Medizin, die Wirtschaft, die technischen und die Naturwissenschaften anders: »Chauvinismus und Partikularismus würden sich hier böse rächen«, schrieb er, »für sie müssen wir die Tore weit aufmachen [...] Es möge eine Menge von Leuten kommen, ganz viele von ihnen, so viele wie möglich, mit den neuen Erfindungen und, vor allem, den neuen Energien.«⁶⁴ Der Minister schrieb den Artikel im Sinne einer offenen Einladung an alle ungarischen Fachleute im Ausland, als Versuch, eine Rückwanderung von Experten aus den seines Erachtens wichtigsten Berufsgruppen zu initiieren. Für ihn war diese Idee nicht neu, denn als Mitarbeiter von Premierminister Kálmán Széll in jungen Jahren hatte er 1902–1903 bei der Erarbeitung der Richtlinien für das »Amerikanische Projekt« der ungarischen Regierung mitgewirkt, dessen Zweck es war, die in die USA übergesiedelten »echten Ungarn«, d.h. magyarisch gesinnte Auswanderer, zu betreuen und schließlich zur Rückkehr zu bewegen.⁶⁵

62 Frau Gábor Szegő an Frau Michael Polanyi, K[önigs]berg, 15.5.1929. (Ungarisch), Michael Polanyi Papers.

63 Graf Kuno Klebelberg, Szabad-e Dévénynél betörnöm új időknek új dalaival? [Darf ich bei Dévény einbrechen mit den neuen Liedern der neuen Zeit?], in: *Pesti Napló*, 5.5.1929.

64 Ebd.

65 Es ist charakteristisch, wie Kuno Klebelberg 1902 zwischen »echten« und »nicht echten« Ungarn beziehungsweise 1929 zwischen den Vertretern der »nationalen« Disziplinen (wie z.B. ungarische Geschichte und Literatur) und denen der Naturwissen-

Der Artikel bewegte die Ungarn auch in Deutschland. Michael Polanyi zeigte seinen Berliner Freunden sein Exemplar des *Pesti Napló*. Der spätere Nobelpreisträger Eugene Wigner und auch Leo Szilard signierten den Artikel sogar zum Zeichen ihrer Kenntnisnahme – aber sie beschlossen zu bleiben. Einen Tag nachdem der Artikel erschienen war, wurde der Minister in einem Interview über die tatsächlichen Absichten der Regierung befragt. Klebelsberg reagierte sehr vorsichtig und sagte auf die Frage nach der Rückkehr der Professoren nur, dies liege im Grunde bei den Universitäten. Trotzdem kamen einige zurück. Der bekannteste von ihnen war der spätere Nobelpreisträger Albert Szent-Györgyi, der eine erfolgreiche Periode von Forschungsarbeiten an der Universität Groningen (Niederlande), in Cambridge (Großbritannien) und an der Mayo-Klinik in Rochester (Minnesota) abschloß und 1928, anscheinend auf das Betreiben von Graf Kuno Klebelsberg, nach Ungarn kam.⁶⁶ Andere, wie der berühmte ungarisch-amerikanische Dirigent Fritz Reiner aus Cincinnati, spielten ebenfalls mit dem Gedanken einer Rückkehr nach Ungarn, von wo er offensichtlich ein Angebot als Musikdirektor der Budapester Oper bekommen hatte. Reiners Bedingungen waren jedoch so hart, daß die Rückkehr nicht realisiert werden konnte.⁶⁷

schaften unterschied. Kuno Klebelsberg, »Exposé«, Budapest, 29.7.1902; Premierminister Kálmán Széll an den Außenminister Graf Agenor Goluchowsky, Budapest, 6.3.1903, veröffentlicht von Albert Tezla (Hg.), »Valahol túl, meseországban...« Az amerikai magyarok, 1895–1920 [»Irgendwo dort drüben, im Märchenland...« Die Amerika-Ungarn 1895–1920], Budapest 1987, Bd. II, S. 283–289; vgl. Albert Tezla (Hg.), *The Hazardous Quest. Hungarian Immigrants in the United States 1895–1920. A Documentary*, Budapest 1993, S. 486–492. Zum »Amerikanischen Projekts« der ungarischen Regierung finden sich einige Bemerkungen in der Dissertation von Ilona Kovács, *Az amerikai közkönyvtárak magyar gyűjteményeinek szerepe az asszimiláció és identitás megőrzése kettős folyamatában (A bevándorlók amerikanizációjának könyvtári ága, a kivándorlókat támogató »Amerikai akció« könyvtári programja, 1890–1940)* [Die Rolle der ungarischen Sammlungen der amerikanischen öffentlichen Bibliotheken in dem in zwei Richtungen verlaufenden Prozeß der Assimilation und der Bewahrung der Identität (Der bibliothekarische Zweig der Amerikanisierung der Einwanderer, das Bibliotheksprogramm zur Unterstützung der Auswanderer der »Amerikanischen Aktion« 1890–1940)], Ms. Budapest 1993, S. 40–60.

66 Szent-Györgyi erinnert sich fälschlicherweise daran, daß 1932 das Jahr seiner Rückkehr war, nach der er den Lehrstuhl für Biochemie an der Universität Szeged, Ungarn, annahm; vgl. Albert Szent-Györgyi, Prefatory Chapter–Lost in the Twentieth Century, in: *Annual Review of Biochemistry*, Bd. 32, 1963, Sonderdruck, S. 8.

67 Béla Bartók besprach diesen Plan mit dem Dirigenten, der einen Sitz im ungarischen Oberhaus wollte, ein Bemühen, das Bartók ihm ausredete; vgl. Béla Bartók an Fritz Reiner, Budapest, 29.10.1928, veröffentlicht von János Demény (Hg.), *Bartók Béla levelei* [Briefe von Béla Bartók], Budapest 1951, S. 109; K[ároly] K[ristóf], Reiner Frigyes [Fritz Reiner], in: *Magyar Zsidó Lexikon*, Budapest 1929, S. 788.

Diejenigen, die sich in Deutschland nicht etabliert hatten, aber auch nicht nach Ungarn zurückkehren wollten, versuchten vor allem in den USA eine Arbeit zu finden. Dies galt besonders für die ganz frühen 1920er Jahre, als die wirtschaftliche und soziale Situation in Deutschland ungünstig war und kaum Zukunftschancen zu bestehen schienen. Besonders Berufsanfänger boten sich kaum Möglichkeiten. Der Physiker Imre Bródy bat 1922 mehrere Personen, sich für ihn einzusetzen, und obwohl Professor Paul S. Epstein von Caltech der Meinung war, es gäbe Hoffnung für ihn in den USA, so sah er doch keine Aussicht für Caltech selbst. »Ausländische Staatsbürgerschaft ist dort kein Problem, aber die Sprache und meine schlechten Ohren könnten eines sein«, meinte Bródy.⁶⁸ Anfang 1924 kamen auch dem Mathematiker Szegő Zweifel hinsichtlich seiner Zukunft in Deutschland, und er erwog ernsthaft die Annahme eines Angebotes aus den Vereinigten Staaten. Er fragte seinen Mentor, den Budapester Professor Lipót Fejér, um Rat, der eine viel bessere Meinung von Deutschland hatte als von den USA. Seine Reaktion spiegelte eine typische Meinung der europäischen wissenschaftlichen Gemeinschaft der Zeit über deutsche und amerikanische Universitäten wider: »Du solltest die amerikanische Stelle nur in Erwägung ziehen, wenn das Angebot *wirklich sehr, sehr gut ist*, wenn dir nicht eine weitere Beförderung bevorsteht, sondern das Allerbeste und Sicherste schon sofort *vorhanden* ist [...] Aber selbst dann muß du es dir hundertmal überlegen. Andererseits solltest du es in Anbetracht der gegenwärtigen Umstände nicht auf der Stelle ablehnen.«⁶⁹ Ein paar Monate später, als Szegő das amerikanische Angebot abgelehnt hatte, seufzte Fejér erleichtert auf: »Ich bin froh, daß du nicht nach Amerika gegangen bist. Ich habe mit Miseses darüber gesprochen, daß du nach Innsbruck gehen könntest, und er sagte, daß du, soweit ein Mensch das voraussehen könne, hinsichtlich einer Anstellung in Deutschland rechtzeitig etwas Ordentliches finden würdest. [...] Ich denke, du kannst dich sicher fühlen.«⁷⁰ In der Tat wurde Szegő Anfang 1925 außerordentlicher Professor in Berlin und 1926 ordentlicher Professor in Königsberg, wo er bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten lehrte.⁷¹

Der am besten etablierte ungarische Wissenschaftler in Deutschland vor 1933 war wohl Theodore von Kármán. Er hatte Mathematik, Physik und Mechanik an der Universität Göttingen studiert, wo er 1909 zum Privatdozenten ernannt wurde. 1912 wurde er Direktor des neu gegründeten Instituts für Aeronautik an der Universität Aachen. In der Nachkriegszeit hatte er be-

68 Imre Bródy an Michael Polanyi, Göttingen, 24. März 1922. (Ungarisch), Michael Polanyi Papers, Kasten 1, Mappe 17.

69 Lipót Fejér an Gábor Szegő, Budapest, 6.3.1924. (Ungarisch), Gábor Szegő Papers.

70 Lipót Fejér an Gábor Szegő, Budapest, 26.11.1924. (Ungarisch) Gábor Szegő Papers.

71 Gábor Szegő, »Lebenslauf« [1925?] und »Personnel Security Questionnaire« [1950?], Gábor Szegő Papers, SC 323, Kästen 85–036.

reits einen internationalen Ruf, und es war naheliegend, daß der *Daniel Guggenheim Fund for the Promotion of Aeronautics* ihn 1926 zu einer Vortragsreihe an verschiedene Universitäten und Forschungsinstitute in den USA einlud. Er war außerdem als Berater für die Planung der *Guggenheim Aeronautical Laboratories* am *California Institute of Technology* tätig. Nach seiner Vortragsreihe in den USA unternahm er eine Vortrags- und Studienreise durch China, Indien und Japan. Von 1927 bis 1929 war er zudem Berater der *Kawanishi Airplane Company* in Kobe, Japan. Nach seiner USA-Reise arrangierte Professor Theodore von Kármán Anfang 1927 mit dem *California Institute of Technology* in Pasadena einen Austausch zwischen der Universität Aachen und Caltech. Paul Epstein sollte nach Aachen und von Kármán nach Pasadena fahren, jeweils für ein akademisches Vierteljahr.⁷²

Das Interesse von Kármáns an der Aeronautik und insbesondere an der Forschung zur Aerodynamik in den Vereinigten Staaten war keineswegs zufällig: Seine Reisen nach Pasadena, die immer häufiger und länger wurden, fielen in einen Zeitraum, als die Vereinigten Staaten sich mit großer Intensität der Entwicklung der Luftfahrt widmeten und sie zu einem profitablen Wirtschaftszweig zu machen suchten. Allein die Familie Guggenheim investierte von 1926 bis 1929 mehr als 3 Millionen Dollar in die Förderung der Aeronautik, wodurch sie zur wissenschaftlichen Grundlagenforschung, zur Entwicklung kommerzieller Flugzeuge und zur Verwendung von Flugzeugen in Wirtschaft und Industrie beitrugen.⁷³ Harry F. Guggenheim, Vorsitzender des *Daniel Guggenheim Fund for the Promotion of Aeronautics* mit Sitz in New York stellte im September 1929 ganz richtig fest: »in diesem Land hat es [seit Anfang 1926] Entwicklungen in der Aeronautik gegeben, die sogar die Hoffnungen und Erwartungen der Männer mit den größten Visionen übertroffen haben.« »In den letzten drei Jahren«, fügte Guggenheim hinzu, »hat die Allgemeinheit ihre Einstellung gegenüber der Luftfahrt von einer apathischen Gleichgültigkeit zu einer großen Begeisterung geändert.«⁷⁴ Nach mehreren Vierteljahren als Gastprofessor und offensichtlich mehreren Jahren des Zögerns nahm von Kármán 1929 die Einladung des Nobelpreisträgers Robert Andrews Millikan, dem Leiter des *Norman Bridge Laboratory of Physics* von Caltech an und ließ sich dauerhaft in Pasadena nieder.⁷⁵ Was dort von Kármán angeboten wurde, war wohl die bestdotierte Stelle, die ein Ungar bis

72 Robert L. Millikan an Theodore von Kármán, Pasadena, Cal., 24.1.1927, und London, 26.8.1927; Theodore von Kármán Papers, Bd. 20.27.

73 Harry F. Guggenheim an Robert A. Millikan, New York, 7.9.1929, Robert Andrew Millikan Collection, Bd. 16.8, California Institute of Technology Archives, Pasadena, Cal.

74 Ebd.

75 Theodore von Kármán an Robert A. Millikan, Aachen, 10.9. und (Telegramm) 20.10.1929, Robert Andrews Millikan Papers, Bd. 16.8.

dahin je in den Vereinigten Staaten erhalten hatte: Zum 1. April 1930, noch bevor er 50 Jahre alt war, wurde er Direktor der *Daniel Guggenheim Graduate School of Aeronautics* am *California Institute of Technology*, und zwar für das damals enorme Jahresgehalt von 12.000 Dollar und mit einem astronomischen Jahresetat von 50.000 Dollar zu seiner Verfügung. Er hatte außerdem die Verantwortung für das *Guggenheim Airship Institute* in Akron, Ohio.⁷⁶ Die *Graduate School* war Teil eines größeren Systems, mit dem der *Guggenheim Fund* die Einrichtung von Schulen für Aeronautik an fünf führenden Universitäten förderte. Später wurde noch eine weitere an der *Southern University* errichtet.⁷⁷

Der jüdisch-ungarische Wissenschaftler von Kármán hatte also Deutschland lange vor Hitlers Machtübernahme verlassen, und sein Weg in die USA war eine Folge der Entwicklungen auf seinem Forschungsgebiet. An eine Rückkehr dachte er nicht. »Ich habe einen kurzen Brief aus Berlin bekommen, in dem man mir vorschlägt, meine Tätigkeit dort im Herbst wieder aufzunehmen«, schrieb er im August 1933 an seinen Kollegen und Freund Professor Ludwig Prandtl in Göttingen. »Ich denke nicht, daß ich das tun werde«, fügte er ironisch hinzu, »ich finde meine Situation hier ganz zufriedenstellend. Das akademische Leben in Deutschland hat zwar einige Vorteile, zum Beispiel eindeutig besseres Bier als hier, aber ich denke, sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß das für mich nicht ausreicht, um von den Nachteilen abzusehen.«⁷⁸

Nach dem Zweiten Weltkrieg war er einer derjenigen international bekannten Wissenschaftler, die in Deutschland bei der Reorganisation der Forschung zu Rate gezogen werden sollten.⁷⁹ Er lehnte jedoch die Einladung der Göttinger Akademie der Wissenschaften von 1947, wieder in ihre Reihen zu treten, scharf ab und revidierte seine Entscheidung auch auf die wohlwollende Vermittlung des Nobelpreisträgers James Franck (Physik, 1925) nicht, der zusammen mit Lise Meitner und R. Ladenburg erneut Mitglied der Göttinger Akademie geworden war.⁸⁰

76 Robert A. Millikan an Theodore von Kármán, Telegramm, 18.10.1929; Harry F. Guggenheim, Commander Hunsaker und Robert A. Millikan an Paul S. Epstein, Telegramm, New York, o.D., Theodore von Kármán Papers, Bd. 20.27; Robert A. Millikan an Captain A. T. Church, [Pasadena,] 4.3.1930; Robert Andrews Millikan Papers, Bd. 16.9.

77 Harry F. Guggenheim an Robert A. Millikan, New York, 22.10.1929, Robert Andrews Millikan Papers, Bd. 16.8.

78 Theodore von Kármán an Ludwig Prandtl, Pasadena, 2.8.1933. (Englisch), Theodore von Kármán Papers, Bd. 23.44.

79 Werner Osenberg an Theodore von Kármán, Chesnay, 12.6.1945; Theodore von Kármán Papers, Bd. 22.18.

80 R. Smend an James Franck, Göttingen, 23.12.1947, James Franck an Theodore von Kármán, Chicago, 11.2.1948, Theodore von Kármán Papers, Bd. 9.36.

Ähnlich wie bereits zuvor von Kármán wurde auch Michael Polanyi vor 1933 die Möglichkeit geboten, Deutschland zu verlassen. Anfang 1932 offerierte ihm die *University of Manchester* in Großbritannien die Professur in physikalischer Chemie. Polanyi zögerte, Deutschland zu verlassen: »Obwohl ich erst in späteren Jahren nach Deutschland gekommen bin, bin ich doch mit dem größeren Teil meines Wesens hier verwurzelt«⁸¹, schrieb er 1932. »Man verlässt ungern eine Gemeinschaft, die sich in Schwierigkeiten befindet, wenn man an ihr vorher in der guten Zeit teilgenommen hat«, antwortete er Professor Lapworth in Manchester. Trotzdem begann er, sich nach der Situation der Universität Manchester zu erkundigen und stellte Bedingungen. Er forderte die Errichtung eines neuen Laboratoriums mit 8–10 Räumen speziell für ihn, das die beträchtliche Summe von 20.000–25.000 Pfund kosten und mit Geräten im Wert von 10.000 Pfund ausgestattet sein sollte, außerdem war von 8–10 »persönlichen Mitarbeitern« die Rede.⁸²

Die Universität Manchester wandte sich an die Rockefeller-Stiftung um Unterstützung für das neue Labor für physikalische Chemie für Polanyi, die Universitätsleitung hatte jedoch bereits entschieden, die Pläne anzufertigen, bevor die Stiftung antwortete. Im Laufe des Jahres 1932 liefen intensive Planungsarbeiten, und im Dezember sandte Vizekanzler Walter H. Moberly Polanyi einen förmlichen Ruf auf den Lehrstuhl für Physikalische Chemie in Manchester mit einem Jahresgehalt von 1.500 Pfund.⁸³ Zu diesem Zeitpunkt war die Universität schon mitten in den Planungen, um das neue Gebäude »so schnell wie möglich« zu errichten, damit es »gänzlich Ihren Anforderungen und denen von Professor Lapworth« entspreche.⁸⁴

Zwei Wochen vor Hitlers Machtübernahme aber lehnte Polanyi die Einladung nach Manchester ab, wobei er als Hauptgründe angab, er sei einerseits nicht bereit, sich für immer in Manchester niederzulassen. Andererseits seien die klimatischen Bedingungen in der Gegend schlecht.⁸⁵ Obwohl

81 Michael Polanyi an Arthur Lapworth, Berlin, 15.3.1932. (Deutsch), Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 8.

82 A. [?] Allmand an Michael Polanyi, West Hampstead, 17.5.1932, Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 8.

83 F.G. Donnan an Michael Polanyi, London, 19.5.1932; Arthur Lapworth an Michael Polanyi, Manchester, 3.6. und 27.11.1932; Walter H. Moberly an Michael Polanyi, Manchester, 15.12.1932, Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 8 und 10. Zum Vergleich: Ein durchschnittlicher Professor an der Universität Cambridge bekam laut Nobelpreisträger Paul A.M. Dirac (Physik 1933) £ 1.200 pro Jahr; P.A.M. Dirac an John von Neumann, Cambridge, 12.11.1934, John von Neumann Papers, Kasten 7, »1933: Some very interesting letters to J. v. N.«.

84 E.D. Simon an Michael Polanyi, Manchester, 22.12.1932, Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 10.

85 Michael Polanyi an Arthur Lapworth, Berlin, 13.1.1933; Michael Polanyi an F.G. Donnan, Berlin, 17.1.1933, Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 11.

er zunächst glaubte, durch seinen Militärdienst während des Ersten Weltkrieges von den antisemitischen Gesetzen des ›Dritten Reiches‹ ausgenommen und sicher in seiner Stellung an der Universität belassen zu werden, erkannte er innerhalb von Wochen die Schwere seines Fehlers. Er ließ seine britischen Freunde wissen, daß er seine Meinung geändert habe und nun bereit sei, »den Lehrstuhl in Manchester anzunehmen zu den Konditionen, die an der Universität als korrekt und angemessen gelten, in Anbetracht der Veränderungen, die sich seit Januar vollzogen haben.«⁸⁶ Es war fast zu spät: Manchester hatte inzwischen einen Professor für organische Chemie berufen, und obwohl eine bescheidene Einladung auch auf Polanyi auf eine geringer dotierte Professur ausgeweitet wurde, »konnte die Universität nicht mehr als ein Gehalt von £ 1.250 bieten, und da sie mit dem Kapital inzwischen andere Projekte begonnen haben, können sie das besagte Laboratorium für mindestens zwei bis drei Jahre nicht in Angriff nehmen.«⁸⁷ Eine Einladung Anfang Mai 1933, eine Forschungsprofessur für physikalische Chemie am *Carnegie Institute of Technology* in Pittsburgh, Pennsylvania, anzunehmen, kam zu spät: Bis dahin hatte Polanyi, der in den Vereinigten Staaten von Princeton bis Minnesota wohlbekannt war, schon alles arrangiert, um nach England zu gehen.⁸⁸ Am 26. April 1933 berichtete das *Neue Wiener Abendblatt* über den Rücktritt Polanyis in Berlin; am 14. Juli gab *The Manchester Guardian* seine Rufannahme auf den Lehrstuhl für Physikalische Chemie an der Universität Manchester bekannt.⁸⁹

Polanyi war tief in den Ideen und Idealen des Liberalismus des 19. Jahrhunderts verwurzelt. Er gehörte zu einer Generation von Wissenschaftlern, die, zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit, Zeugen des Mißbrauchs der Wissenschaft für brutale autokratische Zwecke wurden. Polanyi bemerkte diese Bedrohung erstmals in der Sowjetunion, wohin er 1930, 1932 und 1935 gut dokumentierte Reisen unternahm. Laut einer Notiz in seinem *Personal Knowledge* traf er Bucharin, der sogar persönlich versucht hatte, ihn zu überzeugen, die »reine Wissenschaft sei ein morbides Symptom einer Klassengesellschaft; im Sozialismus werde die Idee einer um ihrer selbst willen betriebenen Wissenschaft verschwinden, denn die Interessen der Wissenschaftler würden sich dann spontan auf die anstehenden Probleme des

86 Michael Polanyi an F.G. Donnan, Berlin, o.J., Konzept, Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 11.

87 F.G. Donnan an Michael Polanyi, London, 7.4.1933, Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 11.

88 Thomas S. Baker an Michael Polanyi, 10.5. und 1.6.1933, Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 12; vgl. William Foster, Princeton's New Chemical Laboratory, in: *Journal of Chemical Education*, Bd. 6, Nr. 12, Dezember 1929, S. 2094–2095.

89 Clippings, Michael Polanyi Papers, Kasten 45, Mappe 3; Kasten 46, Mappe 4.

laufenden Fünfjahresplanes richten.«⁹⁰ Der Direktor des »Instituts für Physikalische Chemie« in Leningrad, der spätere Nobelpreisträger Nikolai N. Semjonow, bot Polanyi die Leitung einer Abteilung in seinem Institut an. Polanyi lehnte die Anstellung ab, stimmte jedoch regelmäßigen Konsultationen in Leningrad zu (für je sechs Wochen, zweimal pro Jahr).⁹¹ Zu diesem Zeitpunkt, um 1932, akzeptierte Michael Polanyi die Meinung seines Bruders Karl, der sehr kritisch über die UdSSR dachte.⁹²

An diesem Wendepunkt mußte Polanyi auch die potentiellen Gefahren der politischen Veränderungen in Deutschland erkennen. Er hatte an den Fortbestand von Toleranz sowie liberalen politischen und sozialen Werten im Deutschland der Weimarer Republik geglaubt und eine Machtübernahme der Nationalsozialisten für unwahrscheinlich erachtet, bis es fast zu spät war. Er stand nicht allein mit seiner Fehleinschätzung. Noch im Januar 1933 wurde die Operette *Ball im Savoy* von dem ungarischen Berliner Paul Abraham mit enormem Erfolg in Berlin aufgeführt, gesungen von den ungarischen Stars Gitta Alpár und Rózsi Bársony – von einem Komponisten und zwei Sängern, für die innerhalb weniger Wochen kein Platz mehr im nunmehr offiziell antisemitischen Deutschland Hitlers war.⁹³ Wie viele andere war Polanyi unvorbereitet und nicht bereit, die Gefahren einer eventuellen nationalsozialistischen Diktatur zu erkennen. Für liberale, oftmals links orientierte intellektuelle Zuwanderer aus dem Ungarn der Nachkriegszeit war es eine schmerzhaft und bedrohliche Erfahrung, daß das Land, das sich während der 1920er Jahre als zuverlässiger Zufluchtsort erwiesen hatte, nicht länger als politisches Asyl dienen würde: Die Weimarer Republik wurde im Hand-

90 Michael Polanyi, *Implizites Wissen*, Frankfurt a.M. 1985, S. 13.

91 N. Semenoff – M. Polanyi Correspondence, 1930–1932, Michael Polanyi Papers, Kasten 2; vgl. *The New Encyclopaedia Britannica*, Chicago 1990, Bd. 10, S. 629. Andere Ungarn in Berlin erhielten ebenfalls Einladungen für Anstellungen in der Sowjetunion: Der junge Musiker János Kerekes, der sich zu jener Zeit in Berlin aufhielt, wurde 1934 von dem Dirigenten György Sebestyén [Georg Sebastian] unter Vertrag genommen, der Musikdirektor bei Radio Moskau war, wobei aus seinem Plan, sein Assistent zu werden, schließlich nichts wurde. Der Vertrag erwähnt »Verpflegung wie für ausländische Spezialisten«, woraus man schließen kann, daß es üblich war, ausländische Spezialisten einzuladen (János Kerekes' Vertrag mit Radio Moskau, mit freundlicher Genehmigung von János Kerekes; Interview auf Band mit dem Dirigenten der Budapester Oper, János Kerekes, 1988). Tatsächlich war der ungarische Violinist Joseph Szigeti etwas früher, 1928, ebenfalls ans Leningrader Konservatorium eingeladen worden, als Nachfolger für den in Ungarn geborenen Professor Leopold Auer. (A[lexander K.] Glasunow, A. Ossowski und A[lexander V.] Alexandrow, Konservatorium Leningrad, an Joseph Szigeti, Leningrad 1928, Boston University, Mugar Memorial Library, Joseph Szigeti Papers, Kasten 1, Mappe 3.)

92 Karl Polanyi – Cecil Polányi, 27.9.1932. (Deutsch), Michael Polanyi Papers, Kasten 18, Mappe 2.

93 Persönliche Erinnerungen von Frau Éva Kerekes, August 1994.

umdrehen in das ›Dritte Reich‹ des Terrors umgewandelt. In einer Rezension von F.A. Hayeks *The Road to Serfdom* erinnerte sich Polanyi 1944 voller Nostalgie an die Veränderungen und die untergegangene Welt des 19. Jahrhunderts: »Einige von uns erinnern sich noch daran, daß man vor 1919 ohne Reisepaß in alle Länder Europas reisen und sich ohne Genehmigung an jedem beliebigen Ort niederlassen konnte. Das Maß der politischen Toleranz, die damals ganz alltäglich war, läßt sich am besten einschätzen, wenn man sich die lokalen Gegebenheiten vor Augen führt, die zu der Zeit als außerordentlich schlecht galten. Man empörte sich allgemein über das tyrannische und willkürliche persönliche Regime Wilhelms II., obwohl es zum Beispiel zuließ, daß in der populären satirischen Zeitschrift *Simplicissimus* regelmäßig die bissigsten Karikaturen, Witze und Verse über den Kaiser gedruckt wurden. Europa schauderte in Anbetracht des Horrors der zaristischen Unterdrückung, obwohl Tolstoj den Zaren und die Heilige Synode unter diesem Regime von seinem Landsitz in Jasnaja Poljana aus fortwährend gänzlich ungestraft attackieren und beharrlich den Ungehorsam gegenüber den grundlegenden Regeln des Staates predigen konnte, während die Pilger aus aller Welt unbehelligt nach Jasnaja Poljana kommen konnten, um ihm zu huldigen. Nicht einmal eine Generation später, sagen wir 1935, waren all die Freiheit und Toleranz, die noch wenige Jahre zuvor als gesichert und selbstverständlich galten, in weiten Teilen Europas verschwunden.«⁹⁴

1934 vollzog Polanyi eine geradezu kopernikanische Wende, indem er nicht nur das Land, sondern auch die Sprache und bald das Forschungsgebiet wechselte. Er durchlief eine ganz besondere, komplexe Form der Emigration: Erst verließ er die Medizin, dann Ungarn und die ungarische Sprache, dann wandte er sich von Deutschland zugunsten von England ab sowie von den Naturwissenschaften zugunsten der Philosophie; er publizierte nicht mehr in deutscher, sondern nur noch in englischer Sprache. Auf seinem langen Wege aus dem ›friedlichen‹ Ungarn vor dem Ersten Weltkrieg über die Weimarer Republik nach England hielt sich Polanyi an die Demokratie und eine liberale wissenschaftliche Atmosphäre und erweiterte zugleich seinen intellektuellen Horizont von einer begrenzteren wissenschaftlichen Disziplin hin zu der Philosophie des Wissens, die sensibel auf ethische und politische Fragen reagierte.

Daß Polanyis Philosophie in erheblichem Maße auch aus dem politischen Drama resultierte, dessen Zeuge er in Deutschland wie in der Sowjetunion geworden war, zeigt sich deutlich in seiner Korrespondenz von 1933 mit Eugene Wigner, der die Bedenken seines Freundes über den Sinn und Zweck der Wissenschaft und die Rolle des Wissenschaftlers folgendermaßen

94 Michael Polanyi, *The Socialist Error* [The Road to Serfdom. Von F.A. Hayek], in: *The Spectator*, 31.3.1944.

reflektierte: »Ich muss auch gestehen«, schrieb er aus Budapest an Polanyi, »dass die Schwierigkeiten, die ich in Berlin als so sehr empfunden habe, hier etwas verblasst sind. Es ist so schwer über diese Dinge zu sprechen – ich glaube, wir haben Angst, zum ›falschen‹, d.h. zum unangenehmen Resultat zu kommen. Wir alle haben diese Fragen uns mit 18 Jahren durchlebt und mussten sie als unlösbar aufgeben, dann haben wir sie vergessen. In unserem Alter, wo man nicht mehr so sehr auf Erfolg eingeteilt ist, tut man dies – schwerer. Es mutet uns aber als ein Unterfangen von lächerlicher Kühnheit an, wieder wissen zu wollen, ob das alles, wofür wir gelebt haben, Kultur, Gerechtigkeit, Wissenschaft, einen Zweck haben. [...] Ich weiss, dass Sie sich schon lange mit diesen Gedanken beschäftigen [...] Die Grundprobleme sind wohl auch unlösbar, aber was den Zweck der Wissenschaftler speziell anbelangt, so wird man sich darüber ins Klare kommen können – allerdings glaube ich, dass das Beschäftigen mit den Grundfragen in der Antwort enthalten sein muss.«⁹⁵

Polanyis komplexe Untersuchungen als Naturwissenschaftler und als Philosoph kulminierten schließlich in den Gifford Vorträgen an der University of Aberdeen in Schottland 1951–1952, die die Grundlage zu seinem berühmten *Personal Knowledge* darstellten.⁹⁶ Philosoph zu werden, scheint Polanyis Ausweg aus dem Dilemma seiner wissenschaftlichen Karriere gewesen zu sein.

Rettungsaktionen

Der 30. Januar 1933 bereitete der Anwesenheit jüdisch-ungarischer Zuwanderer in Deutschland ein Ende. Sofort setzte die Emigration in verschiedene europäische Länder und in die Vereinigten Staaten ein. Der Exodus hervorragender deutsch-jüdischer Wissenschaftler und Künstler führte zu einer der größten Migrationen Intellektueller in der Geschichte sowie zu schweren Verlusten für die deutsche Wissenschaft. Aber war es allein die ›deutsche Wissenschaft‹, die unter der Machtübernahme der Nationalsozialisten litt?

Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler brauchten selbst die optimistischsten oder naivsten Ungarn jüdischer Herkunft in Deutschland nur noch sehr wenig Zeit, um zu erkennen, wie beängstigend dringend eine Flucht aus dem Land geworden war. Sie hatten mehrere Möglichkeiten: Die naheliegendste war, nach Ungarn zurückzukehren, dessen neues rechtes Regime unter Reichsverweser Miklós Horthy (1920–1944) und Premierminister Gyula Gömbös (1932–1936) dem neuen Deutschland zwar freundlich ge-

95 Eugene Wigner an Michael Polanyi, [Budapest,] 30.6.1933. [Deutsch], Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 12.

96 Michael Polanyi, *Personal Knowledge. Towards a Post-Critical Philosophy*, Chicago, Ill. 1958.

genüberstand, sich jedoch noch nicht dem Antisemitismus verschrieben hatte. Die ungarischen Juden lebten vom Ende der 1920er Jahre bis zu den ersten antisemitischen Gesetzen 1938–1939 als ungarische Bürger ohne Diskriminierung. Viele, die sich in Deutschland bedroht fühlten, kehrten deshalb sofort nach Budapest zurück. Eine weitere Möglichkeit bestand darin, ein anderes europäisches Land aufzusuchen: Viele gingen in die Tschechoslowakei, nach Frankreich, in die Niederlande, in Länder also, die sich mit Beginn des Zweiten Weltkriegs nur als zeitweiliges Asyl erwiesen. Eine nicht unbedeutende Gruppe fühlte sich auf dem gesamten europäischen Kontinent unsicher und machte sich sofort nach Großbritannien oder in die Vereinigten Staaten auf.

Ungarn waren offensichtlich besonders empfänglich für die Dringlichkeit der Lage in Deutschland. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, sowie dadurch ausgelöste Verfolgung und Bedrohung, erinnerten sehr an die Situation in Ungarn 1919–1920. Aufgrund dessen wurden viele Ungarn in Deutschland zu äußerst aktiven Helfern, durch die das Leben und die Karriere von Tausenden von Wissenschaftlern und Künstlern in Deutschland gerettet werden konnte.

Die *Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler im Ausland* mit Sitz in Zürich wurde großenteils dank der Bemühungen eines aus Ungarn gebürtigen Wissenschaftlers gegründet. »Professor Philip Schwartz«, schrieb Lord Beveridge in *A Defence of Free Learning*, »ein Ungarn von Geburt her, jedoch Inhaber des Lehrstuhls für allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie in Frankfurt am Main, wurde sofort zum Opfer von Hitlers Rassenverfolgung und ging im März 1933 nach Zürich. Dort gründete er sofort die *Notgemeinschaft* und leitete sie sechs Monate lang. [...] Was das Geld anbetraf, war sie fast völlig auf Beiträge von vertriebenen Gelehrten angewiesen, denen sie geholfen hatte, sich neu zu etablieren. Doch aufgrund seiner persönlichen Kontakte zu den Gelehrten und zu Universitäten in der ganzen Welt konnte sie [die Notgemeinschaft] unbezahlbare Dienste leisten«⁹⁷, indem sie 1936 mit der Unterstützung der Rockefeller Foundation eine Liste mit den Namen von nahezu 1.500 in Deutschland entlassenen Akademikern veröffentlichte.⁹⁸

Der jüdisch-ungarische Physiker Leo Szilard hielt in Berlin seine Koffer immer vollständig gepackt, um sein Hotelzimmer jederzeit sofort verlassen zu können. Diese permanente Fluchtbereitschaft rührte wahrscheinlich aus seinen Erlebnissen nach der ungarischen Räterepublik von 1919, als er das Land in aller Eile verlassen mußte. Szilards Koffer war nachgerade ein Symbol für Bedrohtheit, Flucht und Emigration.⁹⁹ Szilard übernahm ab 1933 die

97 Lord Beveridge, *A Defence of Free Learning*, London u.a. 1959, S. 128f.

98 Fermi, *Illustrious Immigrants*, S. 62.

99 Tibor Frank, *Watershed – Leo Szilard in 1919*, in: George Marx (Hg.), *Leo Szilard Centenary Volume*, Budapest 1998, S. 87–99.

immense Aufgabe, den Großteil der Rettungsaktionen zu leiten. Szilard, der allgemein als Mann mit außerordentlichen Fähigkeiten und als selbstlos galt, mögen wohl seine Wertschätzung und seine Dankbarkeit gegenüber den deutschen Professoren, Kollegen und Freunden, die ihm während der 1920er Jahre und Anfang der 1930er Jahre halfen, motiviert haben. Wie Professor Ehrenfest von der Universität Leiden später in einem Brief an Professor Donnan sagte, »Ich glaube, dass Szilard ein *sehr seltenes* Menschenexemplar ist, durch die Vereinigung von großem *rein wissenschaftlichem Scharfsinn*, Fähigkeit sich in technische Probleme einzufühlen, Faszination und Phantasie für organisatorische Aufgaben, grosse Aufmerksamkeit gegenüber den Menschen und ihrer Noth. [...] Was ich so besonders beneidenswert an ihm finde ist, dass er auf jede Schwierigkeit, die in seinen Weg kommt, sofort mit einer Aktion reagiert und nicht mit deprimiertem Abwarten. Denn selbst wenn dann natürlich nur ein Teil solcher Aktionen gelingt, ist eine solche Art von höchst aktivem Reagieren doch so unendlich fruchtbarer als ein passives Verhalten. Ich bin tief beschämt, wenn ich betrachte, wie wunderbar energisch suchend er sofort alles Mögliche in Angriff nahm, um für die jüdisch-deutschen Gelehrten zu arbeiten. [...] Er fühlte einfach, dass er gegenüber dieser grossen, wüsten Katastrophe vor allem seine spezifischen Kräfte in den Dienst der Organisation für Hülfe an eine bestimmte Untergruppe der Forscher stellen müsste.«¹⁰⁰

Genauso war Szilard unter den Ungarn in Deutschland für seine Hilfsbereitschaft bekannt. Der Philosoph Karl Mannheim, der 1933 mit Szilard an der Einrichtung des *Academic Assistance Council* arbeitete, erinnerte sich an ihn als jemanden, der »zu der seltenen Gruppe von Menschen [gehört], die niemals etwas für sich selbst verlangen.«¹⁰¹ Ein anderer Freund und Kollege, Eugene Wigner, äußerte sich ebenfalls nur mit reichlichem Lob über Szilards Selbstlosigkeit.¹⁰²

Szilard trug vermutlich mehr als alle anderen zur Gründung des *Academic Assistance Council* im Jahre 1933 bei. Nachdem er kurz nach dem Brand des Reichstags aus Berlin geflohen war, hatte er in Wien zufällig Sir William Beveridge getroffen. Szilard überzeugte Beveridge, ein Komitee zu gründen, das den geflohenen Wissenschaftlern helfen sollte, und folgte ihm nach Eng-

100 Paul Ehrenfest an Frederick George Donnan, Leiden, 22.8.1933. (Deutsch), Leo Szilard Papers, Kasten 7, Mappe 22, Mandeville Department of Special Collections, University of California, San Diego Library, La Jolla, Cal.

101 Karl Mannheim an Max Horkheimer, London, 30.3.1937. (Deutsch), Leo Szilard Papers, Kasten 12, Mappe 21; vgl. Leo Szilard an Unbekannt, Brüssel, 14.5.1933, Leo Szilard Papers, Kasten 12, Mappe 21; Leo Szilard an Neville Laski, Mai 1933, Leo Szilard Papers, Kasten 11, Mappe 18.

102 Eugene Wigner an Michael Polanyi, [Budapest, o.D. (Juli 1933?)], Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 12.

land.¹⁰³ Er alleine erledigte die Arbeit eines ganzen Teams. Anfang Mai reiste er von London aus für einen Monat auf den Kontinent. »Was mich im Moment beschäftigt, ist die Organisation der fremden Gruppen, die bereits existieren, und die Anregung der Bildung von Gruppen in Ländern, in denen es bis jetzt keine geeigneten Gruppen gibt«, schrieb Szilard an Max Delbrück.¹⁰⁴ In Belgien traf er die Rektoren aller vier belgischen Universitäten sowie Professor Jacques Errera von der Universität Brüssel und Hendrik de Man, der ihm half, die belgischen Kollegen dafür zu gewinnen, geflüchteten Wissenschaftlern zu helfen.¹⁰⁵ In der Schweiz sprach er mit Dr. Kullman vom *Committee for Intellectual Cooperation* des Völkerbundes und mit Dr. Kotschnig vom *International Student Service*.¹⁰⁶ In England traf Szilard die Leiter der Universitäten und führende Wissenschaftler wie Sir (später Lord) William Beveridge, den Direktor der *London School of Economics and Political Science*, Professor Frederick George Donnan vom *University College*, London, Professor Gilbert Murray aus Oxford, Vorsitzender des *Committee of Intellectual Cooperation* des Völkerbundes, Sir John Russell, Professor G.H. Hardy (Cambridge), die Nobelpreisträger Niels Bohr (Physik 1922) und Archibald V. Hill (Physiologie 1922), Lord Melchett sowie Mitglieder jüdischer Organisationen wie Neville Laski, Claude Joseph Goldsmid Montefiore, Sir Philip Hartog, Vorsitzender des *Committee of the Jewish Board of Deputies* und der *Anglo-Jewish Association*, und Dr. Chaim Weizmann, den späteren Präsidenten von Israel.¹⁰⁷ Er arbeitete außerdem im Büro des *Academic Assistance Council*, dessen Sitz sich in der *Royal Society* am Piccadilly in London befand.¹⁰⁸

Das *Academic Assistance Council* half mehreren ungarischen Gelehrten, so auch Karl Polanyi, nach Großbritannien zu gelangen.¹⁰⁹ Szilard erwog auch, die Nobelpreisträger um Unterstützung der geflüchteten Wissenschaftler und Gelehrten zu ersuchen, doch der Plan erhielt keine allgemeine

103 Norman Bentwich, *The Rescue and Achievement of Refugee Scholars: The Story of Displaced Scholars and Scientists 1933–1952*, Den Haag 1953, S. 11; Fermi, *Illustrious Immigrants*, 63f.; Edward Shils, *Leo Szilard: A Memoir*, in: *Encounter*, Dezember 1964.

104 Leo Szilard an Max Delbrück, London, 7.5.1933. (Englisch), Leo Szilard Papers, Kasten 7, Mappe 9.

105 Jacques Errera an Leo Szilard, Brüssel, 5.6.1933. (Französisch), Leo Szilard Papers, Kasten 7, Mappe 2; Leo Szilard an Unbekannt, Brüssel, 14.5.1933, Leo Szilard Papers, Kasten 12, Mappe 21.

106 [Leo Szilard,] Bericht, 23.5.1933, Leo Szilard Papers, Kasten 4, Mappe 30.

107 Leo Szilard an Dr. Delbrück, London, 7.5.1933, Leo Szilard Papers, Kasten 7, Mappe 9.

108 Leo Szilard an Eugene Wigner, London, 7.5.1933, Leo Szilard Papers, Kasten 7, Mappe 9.

109 Karl Polanyi an Michael Polanyi, London, 31.10. 1934. (Ungarisch), Michael Polanyi Papers, Kasten 17, Mappe 5.

Zustimmung und wurde bald verworfen.¹¹⁰ Als sein Weg nach Großbritannien gesichert war, versuchte etwa Michael Polanyi, einigen seiner Studenten in Deutschland zu einem Stipendium in Großbritannien zu verhelfen.¹¹¹

Szilard erkannte bald, daß ein vom *Academic Assistance Council* gewährtes Universitätsstipendium nicht unbedingt eine dauerhafte Stellung in England bedeutete. »Deshalb ist es wichtig, jeden Fall so bald wie möglich mit Amerika und den anderen Ländern zu besprechen, um eine einheitlichere Verteilung hinsichtlich der dauerhaften Stellungen zu erreichen. In Anbetracht dieses Problems sollte man eine gewisse Anzahl von amerikanischen Wissenschaftlern und Gelehrten bitten, korrespondierende Mitglieder des *Academic Assistance Council* zu werden.«¹¹²

Die Hilfsorganisation fand in den Vereinigten Staaten relativ viel Unterstützung, die dortige akademische Gemeinschaft war »furchtbar besorgt über die Situation in Deutschland«,¹¹³ »Ich habe heute morgen einen Brief von einem alten Freund bekommen«, schrieb Abraham Flexner, der Direktor des *Institute for Advanced Studies* an John von Neumann, »in dem mir unaussprechliche Dinge über die Art mitgeteilt werden, wie Hitler das deutsche Erziehungsministerium und andere kulturelle Aktivitäten ruiniert. Das ganze erscheint mir wie die Taten Verrückter. Ich kann nicht glauben, daß dies von Bestand sein wird.«¹¹⁴ Ein paar Wochen später fügte er hinzu: »Die ganze amerikanische Nation ist sich einig, wenn es um die verrückten Auftritte der deutschen Regierung geht. Göttingen ist völlig ruiniert, und die Studenten müssen alle verrückt sein. Seit den Tagen des französischen Terrors ist in der Geschichte der Menschheit nichts vergleichbar Verrücktes passiert.«¹¹⁵

Über Benjamin Liebowitz trug Szilard dazu bei, Mittel von Franz Boas von der Columbia University zu bekommen, der bei der Suche nach Unterstützung für die Flüchtlinge eine führende Rolle spielte.¹¹⁶ Boas lud John Dewey, [wahrscheinlich Frank William] Taussig, Raymond Pearl, Walter

110 Leo Szilard an Maxwell Garnett, London, 9.5.1934, Leo Szilard Papers, Kasten 8, Mappe 23, Julian Huxley an Leo Szilard, London, 3.5.1934, Leo Szilard Papers, Kasten 9, Mappe 12.

111 [Sir Lawrence] Bragg an Michael Polanyi, Manchester, 10.7.1933, Michael Polanyi Papers, Kasten 2, Mappe 12.

112 Leo Szilard an C.S. Gibson, London, 13.6.1933, Leo Szilard Papers, Kasten 8, Mappe 23.

113 Abraham Flexner an John von Neumann, New York, 30.3.1933, John von Neumann Papers, Kasten 7, »1933: Some very interesting letters to J. v. N.«.

114 Ebd.

115 Abraham Flexner an John von Neumann, New York, 6.5.1933, John von Neumann Papers, Kasten 7, »Some very interesting letters to J. v. N.«

116 Benjamin Liebowitz an Ernst P. Boas, London, 4.5.1933, Leo Szilard Papers, Kasten 12, Mappe 8.

Cannon und andere (sogar Ezra Pound!) ein, in einer Kommission zu arbeiten, die zwischen dem *Academic Assistance Council* und amerikanischen Universitäten und Wissenschaftlern vermittelte.¹¹⁷ Unter den Ungarn, die zu dem Unterstützungsprogramm beitrugen, waren auch John von Neumann und Theodore von Kármán, der eine aktive Rolle bei den Hilfsprogrammen spielte. Von Neumann, zu jener Zeit Professor für Mathematik am *Institute for Advanced Studies*, wurde gebeten, Informationen über Wissenschaftler in Deutschland bereitzustellen, die in Schwierigkeiten waren. »Es wäre gut«, schrieb Oswald Veblen an John von Neumann, »wenn sie mir alle Einzelheiten über die Mathematiker und Physiker schreiben würden, die in Schwierigkeiten sind.«¹¹⁸ Veblen berichtete auch: »es gibt eine Reihe von Versuchen, Geld zu sammeln, um den Juden und Liberalen, die in Deutschland enteignet werden, in diesem Land Erleichterung zu verschaffen.«¹¹⁹ Von Neumann selbst unterstützte die *Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler im Ausland*, sowohl durch Geldspenden als auch mit Informationen.¹²⁰

Eine weitere wichtige Gruppe von Ungarn, die infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme Deutschland verlassen mußten, waren die Filmemacher. Der Exodus von 1.500 Mitgliedern der deutschen Filmwelt – unter ihnen eine Reihe von hervorragenden Produzenten, Regisseuren und Darstellern – während des ›Dritten Reiches‹ brachte eine Wende in der Geschichte des deutschen Films mit sich. Es gibt keine vollständige Liste der Ungarn unter ihnen, doch unter den ca. 100 bekanntesten Filmemachern, die Deutschland nach 1933 verließen und in die Vereinigten Staaten gingen, waren unter anderen Laslo (László) Benedek, der international gefeierte Star des Psychofilms »M«, der Schauspieler Peter Lorre, der Regisseur Andrew (Endre) Marton, der Produzent und Regisseur George Pal (Pál), der Produzent und Regisseur Gabriel Pascal, der Schauspieler S.Z. Sakall (»Szöke Szakál«, geb. Szakáll Gerő Jenő) sowie der Regisseur Steve Sekely.¹²¹ Mehrere emigrierte Regisseure und Produzenten arbeiteten in den Vereinigten Staaten erfolgreich weiter, doch die meisten Schauspieler mußten sich mit kleineren Rollen für »Fremde« in den Hollywood-Produktionen zufriedengeben.¹²²

117 Leo Szilard an C.S. Gibson, London, 13.6.1933, Leo Szilard Papers, Kasten 8, Mappe 23.

118 Oswald Veblen an John von Neumann, New York, 22.5.1933, John von Neumann Papers, Kasten 7, »1933: Some very interesting letters to J. v. N.«.

119 Ebd.

120 K. Brandt an John von Neumann, New York, 19.3.1934, John von Neumann Papers, Kasten 7, »1933: Some very interesting letters to J. v. N.«.

121 Katz, *The Film Encyclopedia*, S. 103, 734, 783, 890, 898, 1011, 1036.

122 Victor Varconi/Ed Honeck, *It's Not Enough To Be Hungarian*, Denver 1976, S. 91, 106.

Schluß

In fast der gesamten modernen Geschichte des Landes war Ungarn auf die eine oder andere Art ein Teil des deutschen Kulturkreises oder wurde stark von diesem beeinflußt. Im 18., 19. und frühen 20. Jahrhundert waren Aufenthalte in den deutschen Kultur- und Wissenschaftszentren für Angehörige der ungarischen Oberschicht und der oberen Mittelklasse selbstverständlich.

Die meisten Ungarn, die nach dem Ersten Weltkrieg nach Deutschland gingen, waren jüdischer Herkunft. Viele von ihnen waren gezwungen, Ungarn zu verlassen, weil sie politisch an den ungarischen Revolutionen von 1918–1919 (zumeist an der ungarischen Räterepublik von 1919) beteiligt gewesen waren. Andere wurden unschuldige Opfer der antisemitischen Bewegung und Gesetzgebung, die 1919–1920 auf den mißlungenen bolschewistischen Umsturzversuch antworteten. Diese Gruppen sprachen gewöhnlich Deutsch und hatten bereits Verbindungen zu Deutschland und anderen deutschsprachigen kulturellen und wissenschaftlichen Zentren in Mitteleuropa. Die Weimarer Republik mit ihrem attraktiven Kultur- und Wissenschaftsleben war deshalb als erstes Zufluchtland prädestiniert.

Die ungarische Regierung war sich der Verluste bewußt, die das Land durch die Emigration der wissenschaftlichen und kulturellen Eliten erlitten hatte; die meisten Emigranten aber widerstanden den offiziellen Versuchen, sie nach Ungarn zurückzulocken, und blieben bis zu Beginn von Hitlers Reichskanzlerschaft in Deutschland. Die ungarischen Wissenschaftler, Künstler, Musiker, Filmemacher und Schriftsteller sowie andere Intellektuelle waren im Deutschland vor 1933 hoch angesehen. Dieser ›deutsche‹ gute Ruf half ihnen später in England und besonders in den USA, wo sich die meisten dieser ›deutschen‹ Ungarn niederließen, neue Karrieren aufzubauen.

Das Aufkommen des Antisemitismus und die Machtübernahme der Nationalsozialisten erinnerten die jüdischen Ungarn in Deutschland an ihre Erfahrungen in Ungarn; das bewegte viele von ihnen, früher zu handeln als viele Deutsche. Einige Ungarn spielten eine wesentliche Rolle bei der Rettung von Opfern des Regimes in Deutschland und wurden bald in anti-nationalsozialistischen Bewegungen sowie bei den Bemühungen der Alliierten aktiv, Deutschland im Zweiten Weltkrieg zu schlagen.

Um statistische Nachweise über Zahl und Sozialstruktur der Zuwanderer in die Weimarer Republik zu erhalten, darunter die der ungarischen Wissenschaftler und Künstler, sind weitere Forschungsanstrengungen nötig. Es wäre wünschenswert, mehr über soziale Netzwerke, Verbindungen und Beziehungen der verschiedenen Zuwanderergruppen sowie der einzelnen Mitglieder untereinander, aber auch über das Verhältnis zwischen den Zuwanderern und der deutschen Bevölkerung zu erfahren. Ein systematisches Studium der deutschen Periodika vor 1933 könnte hinsichtlich der Leistungen und des Einflusses von Ungarn und anderen zugewanderten Wissenschaftlern und Künstlern in der Weimarer Republik besonders aufschlußreich sein.

Gérard Noiriel

Immigration and National Memory in the Current French Historiography

During the 1980s, the Far Right – which had virtually disappeared from the French political scene after World War II – witnessed a spectacular rise in its electoral support; the National Front and its leader Jean-Marie Le Pen regularly attracting over ten percent of the vote. The majority of French intellectuals, especially those who are concerned with the social consequences of their work, felt that this return of the Far Right on the political scene made it necessary to rethink the relationship to politics. The National Front owes its success to its advocacy of a xenophobic platform blaming immigrants for all of the problems facing French society. Whereas, in the 1970s, organizations which defended immigrants' interests developed an aggressive discourse centred on issues of labour, housing, and so forth, in the 1980s, the National Front propaganda put them on the defensive. Many National Front spokesmen began drawing upon historical arguments to prove that the country was confronted with a radically new problem, and that French traditions and culture were on the line. They argued that new immigrants – and especially immigrants from Northern African countries, because of their African origins and their Muslim religion – represented a threat to French ›national identity‹.

At the same time the Far Right used history to celebrate the national memory, and the ›negationist‹ argument, which tries to deny the reality of the Holocaust, emerged. The fact that, from the beginning, the National Front has drawn a lot of its main ideological arguments from history, has brought important consequences for the current French historiography.

I do not want to develop the epistemological dimension of this problem.¹ Instead, I will just underline the fact that the argument promoted by the Far Right leaders (denying the reality of the gas chambers) has taken more and more French historians away from post-modernist theories. Paul Veyne's book (*Les Grecs ont-ils cru   leurs mythes*, first published in 1983²), is one of the last books by a French historian which argues explicitly that truth is only a creation of our imagination. It is no accident, given that the question of ›negationism‹ has been at the centre of the epistemological polemic, that this

1 First presented at the Institute for Advanced Study, Princeton, in March 1996.

2 Paul Veyne, *Did the Greeks Believe in their Myths?*, Chicago 1988.

book provoked a debate between Paul Veyne and philosopher Jacques Bouveresse.³ It seems to me that the assertion of Roland Barthes in 1967, that »the fact never has any, but a linguistic existence«, was possible in France in the 1960s. But in the political context of the 1980s, to many historians this kind of statement appeared as an illustration of the political irresponsibility of postmodernist intellectuals, incapable of addressing the main political issue with which the French society was confronted. From my point of view of these discussions, I concluded that the never-ending theoretical debate about the relationship between ›language‹ and ›reality‹ could not bring solutions to the new problems with which contemporary French history was faced. It seems to me more useful to give up the ›foundationalist‹ epistemology of history and instead take an interest in language as an instrument of communication within our professional community and within the public. However I will end this digression, since this constitutes the matter of another work.⁴

Immigration in France: a Denial of Memory

Most historians, worried about the rise of the National Front, agreed that one of the reasons for its success was due to the fact that its leaders gave greater place to issues which the Left had neglected until then, especially the issue of immigration and national identity. This is the reason why, during the 1980s, this question became an important new field of French historical research. To explain in which directions I decided to pursue my own work on this topic, let me relate, briefly, what were, in my opinion, the deficiencies of the two leading approaches to this question in France. On the one hand, many scholars belonging to the FNSP (National Foundation of Political Sciences) who felt that historians have to enter directly into the political debate, did their best to give arguments refuting the Far Right ideology, defending the French Republican model of integration and promoting new solutions to solve the so-called ›problem of immigration‹. On the other hand, at the Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (EHESS), Fernand Braudel and Pierre Nora addressed the issue of national identity by taking up Michelet's definition of nation as a ›person‹ again. In this perspective, historians essentially have to go in search of the main elements which constitute the ›nature‹ or the ›personality‹ of France. These works have brought important contributions to our knowledge about immigration and national identity. However, according to Michel de Certeau's statement, a scholar's vision always unfolds from a given

3 Jacques Bouveresse, *Le philosophe chez les autophages*, Paris 1986.

4 Cf. on this topic, Gérard Noiriel, *Sur la »crise« de l'histoire*, Paris 1996.

standpoint, which »by virtue of conjunctures and of shared problematics, makes certain research strategies possible while invalidating others«. ⁵

I will return to the discussion of these approaches later on. For the moment, let me just mention one point. In her book *L'Immigration prise aux mots*⁶, Simone Bonnafous shows clearly that the rising influence of the Far Right ideology in the French public opinion did not lie in its capacity to impose its answers, but in the questions themselves. The National Front owes its success to the fact that many of its spokesmen were able to impress upon public opinion a new way of talking about immigration. During the 1970s, the discussion was focused on ›immigrant workers‹ (*travailleurs immigrés*). In the 1980s, the public debate moved towards an issue originally set afloat by the Far Right: the threat to ›national identity‹ caused by new immigrants. While it is true that the vast majority of politicians and scholars firmly objected to the xenophobic or racist remarks of the National Front, a kind of consensus eventually arose in that immigration was now, in France, a new problem for ›our‹ national identity. For example, in the introduction to the first part of the collective work he directed, *Les Lieux de mémoire*⁷, Pierre Nora wrote: »Among the novelties of the country's present-day situation is the presence of a large immigrant population, which does not display the customary traits of ›Frenchness‹ (*francité*)«. In his last book, *L'Identité de la France*, Fernand Braudel went in the same direction: »I believe it is the first time that immigration presents the country, on a national scale, with a kind of ›colonial‹ problem«. ⁸ If I felt uncomfortable about these statements, it was because they ignored completely the central role played by immigrants in the transformation of French society between the middle of the 19th and the middle of the 20th century. Today, approximately 20% of people born in France have at least one parent or grandparent of immigrant origin. If we take great-grandparents into account, and include the foreign population living in France but born outside French territory, we reach a total of nearly one third of the overall population; this makes France one of the foremost countries of immigration in the 20th century. Despite this importance of immigration, in Braudel's and Nora's works, everything seems to indicate that immigrants did not belong to the history of France. In Braudel's *Identité de la France*, the chapter on immigration is entirely built around the contrast between ›us‹ (*Français de souche*; French for ›old stock‹) and ›them‹ (the foreigners). In Pierre Nora's *Lieux de mémoire*, immigrants are completely absent

5 Michel de Certeau, *L'opération historique*, in: Jacques Le Goff/Pierre Nora (eds.), *Faire de l'histoire*, Paris 1974, vol. 1, p. 15.

6 Simone Bonnafous, *L'Immigration prise aux mots*, Paris 1991.

7 Pierre Nora (ed.), *Les Lieux de mémoire*, 7 vol., Paris 1984–1986, here vol. 3, p. 651.

8 Fernand Braudel, *L'Identité de la France*, Paris 1986, p. 185.

in the sixty-six essays devoted to the ›places of memory‹ of the Republic and the Nation. In his book immigration is a *non-lieu de mémoire*, a denial of memory.

In order to fill this gap, it is very important to promote historical research on immigration and national identity disconnected from political concerns. Of course, I do not mean that, in this field especially, it is possible to ignore the political stakes. What is suggested here is a different relationship of intellectuals to politics. Along with Marc Bloch, I believe that while the historian has often an obligation to address the political issues of his time, he should keep an analytical distance with respect to the passions provoked by current events. Preserving the autonomy of historical research, however, does not prevent the historian from taking part in the debates on immigration or national identity, but he must be able to ›translate‹ the outcome of research into a language accessible to the larger public. Disconnecting the search for truth from political concerns was also a way to address political issues differently, by clarifying to what extent we contribute, ourselves, to the political situation we deplore. It seems to me that in France during the 1980s, the denunciation of the National Front became a way to maintain the intellectual *bonne conscience*. Therefore I want to demonstrate that the indifference displayed by French historians on this issue had made nationalist propaganda easier, by fostering a genuine phenomenon of collective amnesia with respect to the extraordinary role played by immigration in the renewal of the French population during the 20th century.

The French Model of Immigration

To illustrate these remarks, I will begin with a comparison between France and the U.S. Today in France, as mentioned above, if we take three generations into account, we can consider that nearly one third of the overall population has immigrant ancestors. So, if one places oneself at the level of what the Durkheimian sociologist Maurice Halbwachs⁹ called *l'histoire v cue, le souvenir*, created from individual and family memories, the memory of immigration today affects the French at least as much as it does the U.S.-Americans. And yet, if one puts oneself at the level of national ›collective memory‹ – that which is conveyed, maintained, and celebrated by all instruments of public opinion (scholarship, textbooks, monuments, and official ceremonies) – the situation is the reverse. The role played by immigration in the constitution of the French collective memory remains completely repressed in their national identity. Conversely, the myth of the U.S. as a ›melting pot‹, as a place of ›refuge‹ for all peoples, still prevails in the American collective memory.

9 Maurice Halbwachs, *La Mémoire collective*, Paris 1964.

A part of my empirical research has been devoted to elucidating four major reasons for these opposing uses of ›memory‹.

The first reason concerns the differences between the U.S. and the French model of immigration.¹⁰ In America, immigration played a decisive role in the initial populating. This is the reason why the topic of ›immigrants‹ occupies an important place in the constitution of the national identity. In the French case, the recency and scale of immigration did not result from the development of sparsely populated regions. Until the end of the 18th century, France was the most populated country in Europe. The first statistical studies devoted to population deplored the fact that although French districts existed in most of the large European cities, foreigners were quite few on French soil. Mass immigration into France was first and foremost an outcome of the needs of the labour market. In the middle of the 19th century, French large industry could no longer rely on a sufficient flow of labour from the countryside. Unlike in other European markets, French peasants were able to resist the process of uprooting and proletarianization which accompanied the industrial revolution. The means of this resistance were twofold – economic and political: A majority of French peasants owned their own lands, and from 1848 onward, they enjoyed the right to vote and represented the largest electoral constituency in the country. As a result, relying massively on immigration seemed an ideal strategy for supplying the labour market, since it allowed the recruitment of a labour force itself deprived of the economic and political means of escaping proletarianization. The French ›pattern‹ of immigration illustrated a process which would become widespread in Europe after World War II: the massive resort to immigrant labour as an over-exploited work force used in the most devalued sectors of the industrial labour market. In the French case, therefore, immigration developed as a direct consequence of citizenship, as the other side of the republican coin, so to speak. This is the first reason which explains why, unlike in other countries whose initial populating was significantly affected by immigration, immigrants in France have practically no place in national memory. During each period of inflow over the past century, in a repetitive and symptomatic fashion, French public opinion has viewed immigrants as transient workers destined to return ›to their country‹ (an opinion shared at the outset by the majority of immigrants themselves).

A second reason for this amnesia, connected to the first one, concerns the myths of the origin of the French nation. Contrary to the U.S., where the construction of the nation-state and mass immigration appeared at the same time, in France, mass immigration did not begin before the second half of the

10 Cf. Gérard Noiriel, *The French Melting Pot*, Minneapolis 1996 (1st ed. 1988); idem, *Immigration: Amnesia and Memory*, in: *French Historical Studies*, 19. 1995, no. 2, pp. 367–380.

19th century, at a time when socio-political structures and the nation-state had already been in place for quite some time. In France, the consolidation of the foundational myth was structured around the continued resurgence of debates on the French Revolution. But, to understand the role played by the historiographical discourses in the construction of French national identity (the problem of legitimate ›ancestors‹ of the French people), we must return to pre-revolutionary 18th-century France. In the context of the struggle which pitted the nobility against the ›Third Estate‹, a quarrel led historians from the two camps to fight on this subject. Whereas the nobility affirmed its affiliation with the Frankish aristocracy which conquered Gaul at the beginnings of the Middle Ages, the ›Third Estate‹ claimed the Gauls, the vanquished of the medieval contest, as their proper ancestors. From this polarity stemmed a presentation of the history of France in which ›racial struggle‹ closely mirrored ›class struggle‹, a presentation which was defined, in the beginning of the 19th century, by the most famous historian of the Restoration, Augustin Thierry. In his eyes the French revolution marked the victory of the ›people of Gaul‹ over Frankish aristocracy. The myth of ›our ancestors, the Gauls‹, which would be conveyed for more than a century by historical textbooks (including in African and Asian colonies) became an eminently republican myth.

However, it was only with Michelet that republican mythology acquired its definitive face. Challenging, in the name of universalist values held by the Republic, the ethnic vision of history developed by Augustin Thierry, Michelet imposed the theme of French public as a product of a ›fusion‹, of a ›melting pot‹, in which were merged all the initial ethnic composites of the people of Gaul. And for Michelet, the ›fuel‹ which permitted this ›fusion‹, was the French nation itself, seen as both a nourishing and assimilating land, and as an abstract democratic principle which triumphed over all enemies, both internal and external, with the Revolution of 1789. At the end of the 19th century, with the triumph of the Third Republic, Michelet's message was reinterpreted as a vision of national reconciliation between aristocracy and the ›middle class‹. The historian Ernest Lavisse, author of historical manuals which constituted, up until World War II, the veritable ›Bible‹ of republican ideology, drove the point home by educating even the members of the smallest village school on this theme of a ›melting pot‹ of people (even if the ›gaulist‹ composite remained the privileged one). This rapid evocation sufficed to show that there was essentially a common thread between the French and American mythologies of a ›melting pot‹: the conception of a people forged as a result, or as a product of a ›fusion‹ contrasting with, for example, the German mythology which identified the public as a single ethnic group. However, a radical difference separated the two: In the American case, the Revolution inaugurated the ›melting pot‹ and the process continued through-

out the entire contemporary era. On the contrary, in the French mythology, the process of a fusion of peoples came to an end with the French Revolution, rendering totally invisible and unbelievable all ›redefinitions‹ of the French public as having started with the contemporary waves of immigration. It would be necessary to mention many other arguments in order to illustrate the role played by the myth of origins in the construction of national identities. For example, in French mythology, the question of a frontier plays a significant role, but in a sense radically different from the role it plays in the United States. Since the battle of Valmy in 1792, the French have seen this as, first and foremost, a boundary to be defended, to be preserved against attacks from invaders. In the 19th and 20th centuries, the three wars against Germany have reinforced this collective feeling, which explains why French people frequently speak of *immigrés* (it means ›others coming temporarily to our land‹) and not *immigrants* (term which indicates the foreigners will stay in their new country).

This leads me to emphasize the major role of language for national identities. It is not by chance that a young North African man once bitterly observed, »to say *immigré* is to designate someone without honour, who is lost, who has nothing left«. Perhaps more than any other, the ›reality‹ of immigration is indeed a question of words. An *immigré* is, to paraphrase Jean-Paul Sartre¹¹, above all, someone whom others regard as an *immigré*. This discourse is likely to hide the very power exerted by the intellectual. Here again, the problem is not whether we ›support‹ foreigners or are ›against‹ them, but rather to determine why we feel authorized to employ terms which cause foreigners to suffer, and hence contribute to their existence as *immigrés*. History, conceived as an effort to ›denaturalize‹ language, enables us to analyze why and how the term emerged in our vocabulary, before its establishment as a ›self-evident fact‹ of everyday controversy. If the terms used to name the immigrants reflect the specificities of the French history, conversely, it seems to me that the entire ›French‹ way of thinking about immigration has been marked by the resources and gaps of the French language in defining social realities. I believe the difficulty of grasping immigration as a historical process is also situated in linguistic peculiarities. One must return to the 17th century to understand why, in French, we do not have an equivalent of the English term ›making‹, to describe both a social construction and a social movement. Likewise, as the German sociologist Norbert Elias (refugee in France and then in Great Britain) showed, the French notion of ›civilization‹ which, according to him, was not easily understood by foreigners, designates the result of a cultural process more than a process itself. According to him: »It expresses the auto-satisfaction of a population whose national frontiers

11 Jean Paul Sartre, *Réflexions sur la question juive*, Paris 1954.

and specific characteristics are no longer questioned, and have not been for centuries, because they are permanently fixed¹². Such words are but obstacles for thinking of immigration in terms of a contribution to French culture.

Of course, law is another powerful vector of national identity. In France, neither the ›ethnic‹ question, nor that of immigration played a role in the circumstances which accompanied the birth of the French republican nation. Even though, as Eugen Weber showed¹³, regional diversity remained significant until the end of the 19th century, though the beginnings of political centralization date from the 16th century; the origins of linguistical unification and codification date from the 17th century. That explains why, when the Republic of France endowed itself with its own instruments of political control (judicial system, administration and statistics), there were no racial problems in France like those which existed in the United States upon its birth, and no large scale linguistical battle (like that which always pitted the Flemish against the Walloons in Belgium). Furthermore, and here I turn to Tocqueville, unlike the United States, where republicans were able to develop their constitution without opposing an aristocratic *Ancien Régime*, in France, the political system imposed by the French Revolution was profoundly marked by the desire to discredit the values and norms of the nobility and the clergy, both principal supporters of the monarchy. This context of anti-aristocratic and anti-clerical mobilization explains, far beyond the philosophy of the Enlightenment, the essential aspects of the Declaration of the Rights of Man and Citizen. Behind the haunting theme of equality is found a violent rejection of all privileges (and all stigmatizations) based on *origin*. Whereas under the monarchy social position rested on birth and demanded the display of a genealogy and a degree of noble lineage, under the Republic, social position was based on personal merit, and technical qualification (acquired at school and measured by the passage of competitive examinations). The rejection of discrimination based on origin does not exclude the ethnic, religious or national questions. In effect, this question is combined with another decisive aspect of revolutionary ideology: the struggle against religious beliefs conveyed by the Catholic clergy. The struggle at the beginning of the Revolution over the rights of Jews, Protestants and Blacks from the colonial world shows that beyond the fight in favour of the rights of man lay an effort to separate ›public‹ life (the universe of ›politics‹ in the true sense of the term) from ›private‹ life (in which the individual is sovereign and which concerns his religion, his race and his family culture). The rigid concept of the frontier equally triumphs within the republican right of nationality. As with the

12 Norbert Elias, *La Civilisation des m eurs*, Paris 1977 (1st ed. 1939).

13 Eugen Weber, *Peasants into Frenchmen*, Stanford, Cal. 1976.

Revolution, the fundamental line of demarcation between men has passed between the citizen (or at least the ›national‹) and the foreigner. Whereas under the monarchy of the Ancien Regime, a foreigner could exercise high public posts (and even lead armies), as of 1793, only the French had access to the ›public sector‹ and only the French could act as electors and be elected. On the other hand, for those who wish to enter the French nation, there is no longer, at least officially, discrimination based on race, and religious or ethnic origin. As a whim, I would say that in republican logic, everyone has the right to universalism, provided he or she is French.

The rejection of the criteria of origins to appreciate the social value of individuals and the confinement of ›religion‹ to the sphere of ›private life‹ had an enormous impact on the history of immigration. All societies invent their own forms of social classification. In France, the initial weakness of ethnic and racial criteria (due to the antiquity of the process of political homogenization mentioned above) reaffirmed revolutionary action, which in turn led to a hypertrophy of judicial criteria for nationality as the fundamental principle of social classification.

The example of the statistical device is another major illustration of the manner in which the founding principles of a national society are able to perpetuate from generation to generation. As we know, the question of race (Blacks and Indians considered as foreigners) has haunted American democracy from its beginnings. In the criteria of national origin, racial and ethnic membership played a fundamental role in the taxonomy of the American census, and as a result, in the American perception of the social world. Conversely, from the beginning in France, the classifications held by the Administration were based on ›socio-professional categories‹ and on the right of nationality. As for the Third Republic, when taking a census, all questions concerning religion, language and ethnicity were forbidden. This restriction has made it extremely difficult for historians to analyze, for example, the history of Jews in France, and encouraged instead the tendency to limit research on immigration to categories of analysis given by the census: The accent is thus put on the history of ›foreigners‹ (defined by their national membership) who disappeared from the historical scene when they or their children became legally French.

Given the rigidity of pre-existing structures, the thought of immigration as a historical problem was practically inconceivable in France. Moreover, the millions of immigrants who transformed the composition of the French population had considerable difficulty leaving their own visible trace or forging their ›places of memory‹. Whereas in the United States, Ellis Island – where millions of European immigrants passed through – has become a museum, comparable symbols of immigration in France (such as the selection center in the city of Toul, in the East of the country, which recruited the bulk of Central

European immigrants between the wars) were razed to the ground, as if a history which fits in so poorly with the mythology of the soil could be magically erased.

History of Immigration and ›Integration Policy‹

Now I would like to show why the repression of this part of French national memory explains the difficulties we always had in France with integration policy (*la politique d'intégration des immigrants*). The issue came to light for the first time on the French political scene as early as during the economic crisis of 1880–1890 when immigration became a major point of French nationalist ideology. All the arguments rested on one dilemma, a veritable squaring of the circle: Either the waves of immigrants ›flooding‹ into France would integrate, in this case, causing the French population to lose its ›identity‹, or the immigrants would not be assimilated, thus putting the political unity of France at risk, due to the formation of ›national minorities‹. This is underlined, for example, by Jacques Bertillon, one of the most influential French intellectuals at the end of the last century, who even today is still considered as one of the ›Founding Fathers‹ of demography. Bertillon announced the next appearance in France of a *Fremdenfrage* (a ›foreigners question‹), comparable to Russia or Austria-Hungary: »Aggravating our fear for the future, that foreigners of the same nationality will group themselves in certain corners of the territory: Italians along the Mediterranean, Spaniards along their border, Belgians in the North, Germans in the East.«¹⁴ Today, the National Front uses the same kind of arguments against North African immigrants. Rather than to examine these arguments in details, it seems to me more interesting to clarify the connections between the nationalist discourse and the republican definition of nation. I think one of the reasons explaining the impact of nationalistic ideology on French public opinion is that it arose from a more general discourse, a ›discursive matrice‹ (to use a Foucauldian term) shared, at least until the 1950s, by the various elements in the French Republican intellectual world. The republican discourse on the nation combined, in my opinion, three main elements:

- First, France is viewed as a ›person‹ who has conserved, from ›her‹ origins, some permanent characteristics defining ›her‹ specific identity.
- Second, these permanent characteristics are due to the ›rootedness‹ of the people in the French soil. This ›rootedness‹ explains the genealogical continuity of the French people; which appears as a fundamental element of French national identity.

14 Jacques Bertillon, *La d population de la France*, Paris 1911.

- Consequently, immigration, and other factors associated with modernity (especially industrialization) which are in conflict with ›rootedness‹, are viewed as a danger, a threat, for national identity.

It seems to me that the starting point of this republican ›discursive matrix‹ was Renan's famous definition of nation. In his conference at the Sorbonne in 1882, he defined the nation from a dual idea: »One is in the past, the other in the present. One is the shared possession of a rich heritage of memories; the other is the current consensus, the desire to live together, the will to continue to claim the heritage that we have commonly received [...]. The cult of the ancestors is of all the most legitimate; our ancestors made us what we are.«¹⁵ This definition of national identity, from which a large consensus emerged throughout the following century, clearly implies that only the heirs could claim the heritage. To have (or to be of) French nationality meant that one had to resemble the other members of the family. These arguments are also found in the works of Paul Vidal de La Blache, the Founding Father of French Geography at the end of the 19th century. His approach is illustrated by a crucial metaphor: *le ›tempérament‹ régional ou national* (regional or national ›temperament‹, character). Vidal shared the distress of an entire generation confronted with the disintegration of ancestral ›lands‹ (*les pays*) in the face of industrial change; hence his belief in the importance of ›roots‹. In the conclusion to his major work, *Le Tableau géographique de la France*¹⁶, Vidal de La Blache expressed confidence in the abilities of the ›national temperament‹ to resist the upheavals of modernity. He also assigned geographers a quasi-militant mission, to reassure the country by placing the accent on its ›continuities‹ over time. »More than ever, the careful study of what is fixed and permanent in the geographic reality of France, must guide our work.«¹⁷

But it was the writings of André Siegfried, published in the interwar period and just after World War II, that best expressed this logic and its contradictions.¹⁸ Similar to Tocqueville, with whom he was often compared, Siegfried was, in his time, the foremost French connoisseur of American realities. He was also elected to the Collège de France and was considered the great forerunner of French ›political science‹. In addition, he was the first to approach the question of immigration from the Franco-American comparative view. André Siegfried (who had been a student of Vidal de La Blache) introduced the notion of *tempérament national* to political science. Beginning with the premise that immigration in the two countries is an ancient histor-

15 Ernest Renan, *Qu'est-ce qu'une nation?*, Paris 1992 (1st. ed. 1882), p. 54.

16 Paul Vidal de La Blache, *La France. Tableau géographique*, Paris 1906.

17 *Ibid.*, p. 386.

18 André Siegfried, *La France et les problèmes de l'immigration et de l'émigration*, in: *Les Cahiers du Musée Social*, 2. 1946, no. 3.

ical reality, Siegfried concluded that the process of assimilation which occurred in both countries did so according to the same laws: At least three generations are needed to pass to complete assimilation; but in reality, all depends on the races involved. In the United States, the ›Nordic races‹ assimilate more quickly. In contrast: »When dealing with exotic races such as the Chinese, the famous melting pot of races no longer functions.« Similarly, according to Siegfried, in France, the integration of Italians and Spaniards is relatively easy, »but the Chinese always live as foreigners«. In the case of France, the author adds, assimilation is even more difficult than in America because: »our country has been settled, closed, almost perfected (in the greatest sense of the term), for more than two centuries and old organisms have more difficulty assimilating new elements«. ¹⁹

Given this republican conception of national identity, it is easy to understand why in France reflections upon the integration of immigrants constantly oscillated between two conflicting principles. On the one hand, we have the universalist principles defined in the Declaration of Rights of Man in 1789. On the other hand, we have the principle of ›origins‹, defined at the end of the 19th century, thanks to historians, anthropologists, demographers and geographers; in short all the social sciences of that time, except the Durkheimian sociology. All republican definitions of nation combined these two principles. The Right elaborated a pessimistic interpretation focused on the principle of origins (integration of immigrants into the French society is impossible because they are from another race, culture, religion, etc.). Putting forward the universality of the French culture, the Left promoted a more optimistic view (the French collective identity is strong enough to absorb the immigrants). However, until the 1950s, French intellectuals were incapable of thinking of the question of integration in any way other than in terms of ›ethnic compatibility‹ (what is now called ›cultural distance‹). This is why many of them considered principles of the Revolution, fixed in the 1789 Declaration of Right, as obstacles to an efficient immigration policy. For example, when one examines Siegfried's proposed solutions to the problem of immigration, it is obvious that they are irreconcilable with the great principles of 1789. According to him, French immigration policy must be examined from the point of view »of the preservation of the traditional national character«; it should thus »admit the elements capable of assimilation and exclude the others«. Consequently, Siegfried is an affirmed partisan of the policy of an ethnic quota similar to that which was implemented in the United States during the 1920s, »even if«, he adds, »from the point of view of principles, it can be contested because it is tainted with racism«. ²⁰ However, the practical

19 Ibid.

20 Ibid.

solution to such a problem contradicts the principles of the French Revolution which were definitively fixed in republican law. Since Adolphe Landry's speech in Parliament in 1915 – he was a demographer and minister of the population between the two wars – up until 1945 when General de Gaulle wrote his ›recommendations‹ aimed at limiting the naturalization of Mediterranean immigrants (especially Italians), the veritable *Leitmotiv* of French republican thought on immigration remained unchanged, namely that in order to preserve the identity of the French people a policy of ethnic selection must be applied. However, it was impossible to do so officially without publicly renouncing the fundamental principles of the Republic.

Let me return now to the current historiographical approaches to immigration. As mentioned above, under the influence of Michelet, many French historians also have considered France as a ›person‹. For Pierre Chaunu, for example: »France is a person, and the mystery of a collective personality is no more dense than that of the persons we ourselves are, by virtue of our biological being.«²¹ In the introduction to the first volume of *Les Lieux de mémoire*, Pierre Nora explicitly likened the individual to the collective. Later in the book, the nation is defined as an *être là* (›being there‹), as ›becoming conscious of itself‹, as ›retrieving itself as a past‹, as ›discovering itself‹, or as ›experiencing itself in its geographic being‹. As Braudel himself claimed, his concept of history has been strongly influenced by the holistic view of Vidal de La Blache. Just after World War II, Lucien Febvre, the first director of the journal *Annales*, celebrated Braudel's thesis, *La Méditerranée*, by stressing the fact that ›each of the parts in the study represented an aspect of the ›person‹« (i.e. the Mediterranean). According to Febvre, ›for the first time a sea, or rather a web of seas, is promoted to the dignity of an actor of history«.²² Forty years later, Braudel used the same holistic paradigm in his book on the French national identity. *L'Identité de la France* is profoundly marked by Vidal de La Blache's ›philosophy‹ of rootedness. Vidal provided the ›core‹ of the book's architecture: the *longue durée*, that is the physical environment as it has been organized by men from the most ancient times. Like Vidal, who leaps abruptly from the most ancient history to the most recent periods, Braudel supposed in *L'Identité* that French history ended when industrialization began. A simple breakdown of the number of pages devoted to each issue reveals his extremely limited interest in contemporary and industrial history, not to mention legal, administrative and political history. Perhaps we should interpret this as a reflection of Braudel's limited knowledge of subfields other than modern history. Fundamentally, however, what we find is an approach similar to Lucien Febvre's, whose main concern was to understand how the

21 Pierre Chaunu, *La France*, Paris 1982, p. 10.

22 Lucien Febvre, *Combats pour l'histoire*, Paris 1953, p. 169.

French nation was *formed*, how the ›fusion‹ of ancient ›races‹ led to unity and to the apotheosis of the Revolution. The ›frames‹ were in place, the rest could only be a matter of ›surface‹, an epiphenomenon. That is why Fernand Braudel grants too much importance to a Vidalian methodology of ›traces‹ in physical space: toponymy, the form of villages, weather vanes on the roofs; the full register of rural history and anthropology is mobilized. But, for Braudel, the most important factor for the *longue durée* of the nation, is the family, the lineage, and genealogical continuity. Following Pierre Chaunu who asserted: »There exists at least one common cement which binds the different parts of France: the duration and continuity of a population which goes far back in time«, Braudel added: »Everything starts with the family, almost everything can be explained through it.«²³

Conclusion

I would like to conclude this paper with some methodological reflections concerning social identity. In discussing Braudel's or Nora's definition of nation, it was not my purpose to deny the possibility of a historian studying the national identity as a collective entity, as a ›character‹. Of course, it is not illegitimate to designate nations as collective personalities, especially when we want to develop political studies on this issue. But if our purpose is to study the *social* dimension of the national question, then starting from this viewpoint is leading up a blind alley. In his book, Braudel tried to explain the permanence of France's identity, with the argument of the *genealogical continuity of the French population*. Thus, he produced a confusion between two kinds of research about national identity, which we have to distinguish. The first lies in the identity of France as a collective entity and the second lies in the identity of the French as a social community. As Paul Ric eur pointed out, even if Braudel has always claimed his rebuttal of narrative history, collective entities (according to Ric eur, *quasi-personnages*, ›near-characters) such as ›Mediterranee‹, ›France‹, ›Lorraine‹ and so on, took up a great deal in Braudel's work.²⁴ As we have seen above, what is wrong in this perspective is not the search for permanent elements to define France as a ›character‹. According to Tocqueville »the public is always affected by its origin. The circumstances which accompanied their birth would aid their influential development for the rest of their career«. ²⁵ However, in an industrialized nation-state, it is not the continuity of the population which explains the importance of the beginnings. These are due to the fact that political decisions, taken in

23 Pierre Chaunu, *La France*, Paris 1982, p. 35–24.

24 Paul Ric eur, *Temps et récit*, 3 vol., Paris 1975.

25 Alain de Tocqueville, *Democracy in America*, 2 vol., Paris 1981 (1st. ed. 1835–40), here vol. 1, p. 86.

the context of these initial circumstances, are often fixed in language, law, institutions, monuments and therefore passed on from generation to generation. We ›inherit‹ (often without knowing) these words, judicial norms, and classification statistics which are fixed, having long been stabilized. If we examine the problem of national identity with in perspective, we cannot deplore the fact that immigration has practically no place in Nora's or Braudel's work. Because immigration has never been included in the national memory of France, it is clear that research devoted to the study of this national identity does not mention this fact. But, as Pierre Nora pointed out in the introduction to the first volume of *Les Lieux de Mémoire*, when we are studying the collective identity of the French people, we are not allowed to equate the ›I‹ and the ›We‹ and to assume a fundamental equivalence between the individual and the collective. The main question we have to answer is: How can we explain the passage from the multitude of diverse individual perspectives to the collective ›we‹? This question is at the core of the sociological approach developed, notably, by Max Weber, for whom the object of sociology consisted of ›deconstructing‹ reified entities elaborated by law, political history and philosophy – the Party, the State, the Nation – in order to understand the individual activities behind them.²⁶ Such a ›deconstruction‹ is profoundly radical, revealing not only the multitude of group identities which lie behind a given ›national memory‹ (social class, gender, ethnic community, etc.), but also the individual identities which are hidden behind these collective group identities. The hypothesis it suggests is that, in modern societies, all collective identities (nation, ethnic community, social class, etc.) are subjected to identical formative processes. They cannot exist without the prior enterprise of *naming* or the invention of a unifying, universal concept through which a single representation of the variety of individual experiences is achieved. Secondly, a small number of individuals must position themselves as ›representatives‹ of the designated collective entity, contributing to its very existence by speaking in its name. If these spokesmen succeed in obtaining the recognition that their ›community‹ really exists, the community in question may become consolidated by a process of institutionalization: The law recognizes its rights and makes certain material advantages available, and members of the community are subjected to certain rules, elect their representatives, etc. Applied to the study of memory, this perspective is central in understanding the agenda which underlies Maurice Halbwachs' writings on the subject.²⁷ Individuals are Halbwachs' point of departure, and his entire work is devoted to understanding the sociological mechanisms which condition the passage from individual recollection to collective mem-

26 Max Weber, *Essais sur la théorie de la science*, Paris 1965.

27 Halbwachs, *La mémoire collective*.

ory. According to Halbwachs, we all have personal memories (*souvenirs*) which are not learned but acquired through live experience. Although such events as wars, for example, are experienced by a multitude of individuals, each person remembers them differently according to the position he or she was in at the time, according to other events experienced in a lifetime. In order for these recollections to produce ›collective memory‹, Halbwachs argued they have to be ›objectivized‹ (*objectiv e*) in other words, they must be fixed in writing and constantly recalled by speeches, monuments and commemorations. Individuals can then link their personal memories to a collective representation of the past. ›Entrepreneurs of memory‹ play a key role in this process; it is they who choose, from an infinite variety of individual memories, those which are best suited to support their cause and transform them into collective memory. Collective memory is not made ›at will‹, however; only by evoking past events which were intensely experienced by a group of individuals, can ›entrepreneurs of memory‹ hope to mobilize the group in question. To paraphrase Halbwachs, it might be said that collective memory is likely to be, in effect, the ›wave system‹ of symbols elaborated by spokesmen (monuments, flags, etc.) which succeeds in making ›each individual's receptor (that is: personal memory) vibrate‹.

Let me briefly apply these reflections to the issue of immigration. Despite the fact that several millions of French people currently have a familial memory of immigration, ›entrepreneurs of memory‹ in this country constantly failed to integrate this experience into the official national memory. To complete what I said in explaining this fact, I would like to mention a last point. Contrary to what is often said, the French Republic did not seek to eliminate ethnic cultures. The 1901 law on associations provided a legal framework by which communities may celebrate and enrich their culture of origin. What the Republic prohibited was the *politicization* of communities. The defence of cultures of origin therefore could not be allowed to constitute a legitimate demand, an object of public controversy. Immigrants therefore did not, in France, have the possibility of collectively opposing efforts to discredit their culture of origin. This is, for me, a matter of fact. I do not seek, here, either to criticize the French republican, or to promote ›multiculturalism‹. It seems to me that, for people affected by this question, the elements of personal memory, subsequent to immigration, constitute only one part of their identity, combined with other elements such as gender, social position and all the specific events they have experienced in their lifetime. Many French people of immigrant origin prefer to maintain the aspects of their memory brought about by their origin in their private sphere. Conversely, they actualize those elements of their past which unite them with the history of the French community (especially the contribution they brought to the French labour movement and to the Resistance against the Nazis). For many

of them, ›shedding one's blood for France‹ was the best symbolic means of erasing the stigmata of origins, and publicly asserting the collective integration of the group into the contested French community. Because historians are not ›entrepreneurs of memory‹, we are not allowed to say, in place of people who are directly affected, what aspects of their memory are really important. Individuals are free to represent their past in any way they wish, to display or to hide their ›ethnic‹, ›national‹ or ›socio-economic‹ origins. However, to take seriously the diversity of the current French population involves a *change in outlook* on the recent past. Immigration can no longer be considered an issue which affects us ›from outside‹; it must be understood as a problem which is *internal* to the history of contemporary French society. In this way, historians make it possible, for those people who want it, to promote publicly their specific memory.

In his famous conference *Qu'est-ce qu'une nation?* Renan asserted: »Omission and historical error are central to creating a nation; hence the advancement of historical knowledge is often a threat to nationhood.«²⁸ It seems to me that nowadays, we have to define the ›historians' craft‹ differently. We must be able to address directly the issue with which we are uncomfortable. As has been shown in this paper, for a nation just as much as for a person, it is wrong to think that the repression of symptoms is a cure for the problem of identity.

28 Renan, *Qu'est-ce qu'une nation?*, p. 41.

James F. Hollifield

Ideas, Institutions, and Civil Society

On the Limits of Immigration Control in Liberal Democracies

Introduction: Immigration and Immigrant Policy

The last decades of the 20th century have seen a marked convergence in strategies for immigration control and immigrant incorporation in the major receiving states of Europe and North America. The new strategies can best be summarized as a ›grand bargain‹ between left and right wing politicians. In most European states, legal immigration has been restricted in exchange for stepped up efforts to incorporate foreigners already settled in the host societies. In the United States, however, the ›grand bargain‹ entails stopping illegal immigration (closing the back door) in order to maintain some level of legal immigration (keeping the front door open). In the 1990s, welfare for immigrants and foreigners in the U.S. has been restricted, in keeping with the American strategy of eliminating as many pull factors as possible.

A simple assumption lies at the heart of these ›grand bargain‹ strategies: that it is possible to use immigrant policy as an instrument for making immigration policy.¹ By changing the package of rights and benefits available to foreigners, states are trying to alter immigration flows. In Western Europe, social policy and law are viewed as positive instruments for incorporating immigrants, whereas in the U.S. social policy is viewed as a negative instrument for preventing unwanted migrations. This paper explores the impact of changing immigrant policies on immigration flows in the United States, France, and Germany. The principal question underlying this study is how far can liberal democracies go in limiting rights of foreigners as a strategy for immigration control?

I should like to begin the analysis by advancing several hypotheses concerning the limits of immigration control in a liberal polity, especially the important role of ideas, institutions, and civil society.

1 On the distinction between immigration and immigrant policy, see Tomas Hammar, *Democracy and the Nation-State: Aliens, Denizens, and Citizens in a World of International Migration*, Aldershot 1990.

- All things being equal, liberal states will opt for external strategies of control, placing the most stress on border control, or control of territory. The reason for this is simple: Territorial closure and sovereignty are essential to the maintenance of the social contract and the rule of law, and this cannot be questioned without questioning the authority and legitimacy of the state itself.
- If a liberal state has the capacity for extraterritorial control, it will opt for further externalization of control, extending its authority to the high seas, to the territory of neighboring states, or to the territory of the sending states themselves. The Schengen Agreement is a classic example of extraterritorial control. It has helped to create buffer states, and to shift some of the burdens and dilemmas of control outside the jurisdiction of the liberal states of Western Europe.
- If control cannot be externalized, then a series of internal control policies will come into play, raising a host of questions about how far liberal states can go in imposing such controls on individuals in (civil) society, and whether foreigners and immigrants should be considered members of civil society? The argument advanced in this paper is that limits of control are imposed by ideas, institutions, and culture, as well as certain segments of civil society, which may resist encroachments by the state on negative and/or positive freedoms.
- In most of the countries of continental Europe, there is a strong statist, administrative, and/or social democratic tradition, therefore regulation of the labor market is likely to be the first strategy for internal control. Conversely, in countries like the U.S., which have a strong liberal/laissez-faire tradition and a weaker state, regulation of the labor market is not a viable strategy, because of the weak capacity of the state, the resistance of civil society, and the reluctance of politicians to impose limits on *negative freedom*, which arises in part from free markets.
- In countries like the U.S., which have no social democratic tradition and a weak welfare state, the first strategy for internal control is likely to be a roll back of social rights, i.e. the restriction of *positive freedom*. Conversely, in countries like Sweden or Germany, which have a strong social democratic tradition, social rights are likely to be preserved for all members of society, denizens as well as citizens; and the preferred strategy for control will be external control of borders, strict regulation of labor markets, and limits on negative freedom.
- In countries with a strong liberal-republican tradition, such as France, the U.S., and Germany, rolling back civil rights (due process and equal protection) as a strategy for internal control and limiting negative freedom will be extremely difficult and contentious. The extent to which this is a viable strategy will depend heavily upon the strength and independence

of the judiciary, which may act as an institutional constraint on both the populist impulses of the legislature or parliament, as well as the administrative or police powers of the executive. Separation of powers also can act as a constraint on the ability of states to roll back civil rights and take away negative freedoms. In this respect, Britain has both an institutional advantage (no separation of powers) and an ideological/cultural advantage (no republican tradition) in pursuing internal control strategies.

- The ultimate strategy for internal control, which is the most difficult to pursue in a liberal-republic, is to roll back political rights and thereby to limit citizenship. Such a strategy requires governments to change laws governing nationality, which often means amending constitutions and tampering with founding traditions. The relative ease with which the Thatcher government changed British nationality laws in 1981 stands in stark contrast with similar attempts at reform in France and the U.S.
- Finally, in the context of the Westphalian system, which is based on principles of sovereignty and non-interference, there are few limits on the capacity of states, liberal or otherwise, for pursuing strategies of external control. But, with respect to internal control, liberal states are constrained institutionally, ideologically, culturally, and ultimately by their civil societies. Strategies for internal control bend to these constraints. Otherwise, the legitimacy of the state itself is threatened.

Limiting Rights: Negative versus Positive Freedom

In France, Germany, and the United States in the 1990's, we have seen a not-so-subtle shift in strategies and tactics for restricting immigration, away from a reliance on the classic instruments of (external) control of borders and (internal) regulation of labor markets to a new strategy of attacking and limiting the rights of foreigners. In each of these liberal societies, external control of borders – with an emphasis on territorial sovereignty and the sanctity of law – is preferable to internal control of society, which may entail infringements of individual, civil liberties. But neither the French, German, nor the American governments have abandoned the classic instruments of border control.

On the contrary, they have reinforced them, especially in the American case in recent years where the liberal concept of negative freedom (implying a minimalist state and freedom to do whatever one wants within the broad confines of the law) has had a much more powerful influence on politics and public policy.² The Clinton administration has placed great emphasis on (ex-

2 In *The Leviathan*, Thomas Hobbes describes freedom as »the silence of the laws«. Isaiah Berlin describes negative freedom as »an area within which a man can act unobstructed by others«; see Isaiah Berlin, *Two Concepts of Liberty*, in: idem, *Four Essays on Liberty*, Oxford 1979, pp. 118–172. Finally, Milton Friedman defines free-

ternal) control of borders, as well as (internal) regulation of labor markets. But the powers of the American federal state to regulate the domestic labor market and control illegal immigration are constrained by the lack of a national identification card. Precisely because of their attachment to negative freedoms, Americans are wont to give the State such sweeping power to intrude in their daily lives. In France and Germany, on the other hand, the state has long had this type of regulatory power, giving it the capacity to intervene directly and forcefully in the labor market. Yet in none of these cases has the state been able to stop immigration, at least not to the satisfaction of the government or the people (if public opinion polls and election results are to be believed).³

But there is evidence in the recent reforms in all three cases of the willingness on the part of politicians and the public to allow the erosion of negative freedoms, so that the state can better manage legal immigration, and stop illegal immigration. The increased power of the police (both internally and at the border) to detain and deport individuals has eroded civil liberties in France, Germany, and the U.S. Limiting appeals by asylum seekers and others threatened with deportation strengthens the hand of the state in dealing with illegal immigration, but it is difficult for liberals to accept, because it means more state control and less (negative) freedom. In both France and the U.S. the state is more powerful and the individual is weaker because of these reforms. Liberal lobbies like the ACLU (American Civil Liberties Union) in the U.S., the GISTI (Groupe d'Information et de Soutien aux Travailleurs Immigrés) in France, and Caritas in Germany have fought restrictive immigration reforms on the grounds that they erode the civil liberties of all members of society.

The GISTI has had a much more difficult time blocking reform in France, than the ACLU, which has effectively stopped the adoption of national ID cards in the U.S. To constrain worker and family immigration in France, the Second Pasqua Law (1994) required workers and foreign students to wait two (rather than one) years before bringing any family members to join them. To inhibit permanent settlement of foreigners and to control illegal immigration, the Law prohibited adjustments of status (*régularisation*) for any undocumented individual who marries a French citizen. Mayors were given the authority to annul any suspected marriage of convenience (*mariage blanc*). In this case the State inserted itself directly into the private lives of French, as well as foreign, citizens. Finally, under the Second Pasqua Law, any foreigner

dom in terms of the freedom of choice afforded by the marketplace; see Milton Friedman, *Capitalism and Freedom*, Chicago 1962.

3 Gary P. Freeman, *Modes of Immigration Politics in Liberal Democratic States*, in: *International Migration Review*, 29, 1995, pp. 881–902.

expelled from France would be denied reentry into French territory for one year.

The Second Pasqua reforms, together with the examples from recent changes in American policy (the 1996 laws), indicate *the lengths to which liberal states are willing to go in rolling back the rights of foreigners* (and thereby abandoning some aspects of negative freedom and the minimalist state) in order to restrict immigration. A somewhat easier target – more so in the U.S. than in France – is positive freedom revolving around the welfare state and flowing from laws designed to help the individual take advantage of the opportunities afforded by negative freedom in a liberal society.⁴ The whole range of welfare benefits, from education to health care and pensions, has become a target for those wishing to restrict the rights of foreigners as a way of controlling immigration. Such actions taken by liberal states against foreigners would seem to be less threatening to citizens, depending upon the extent to which citizens are attached to social rights and determined to protect them for *all* members of society, even for the most marginal, disenfranchised groups, like children, immigrants, and foreigners. The French are certainly more attached to social rights (*les acquis sociaux*) than are Americans, but less so than the Germans, Dutch, or Scandinavians. Thus it is somewhat easier for the Americans and the French to cut welfare benefits for foreigners than it would be for the Germans or the Swedes, for example.

Looking at T.H. Marshall's classic trilogy of rights (civil, social, and political)⁵, we can see that France – like other liberal, republican, and social democracies – has acted to constrain the civil (equal protection and due process) and social (welfare) rights of immigrants and foreigners. If we follow this policy (of limiting the rights of non-citizens) to its logical conclusion, then the ultimate rights that can be denied to foreigners are political (or voting) rights, which are tied to naturalization. To roll back these rights in a liberal republic requires tampering with the nationality law, and we already have seen evidence of this in both the First and Second Pasqua Laws. Birth-right citizenship, enshrined in the Fourteenth Amendment to the Constitution, also has been challenged in the U.S. in the 1990s. But changing nationality laws in a republic in order to deal with immigration or integration is exceedingly difficult and fraught with many political dangers, as we have seen in each case (France, the U.S., and especially Germany). Reform in this

4 Positive freedom can be defined as having the ability (as well as the liberty) to act. See the works of Thomas Hill Green, such as *idem*, *Prolegomena to Ethics or Principles of Political Obligation*, (1883), New York 1969, as well as John Rawls, *A Theory of Justice*, Cambridge, Mass. 1971.

5 Thomas Humphrey Marshall, *Citizenship and Social Class and Other Essays*, Cambridge 1950.

area often means opening up difficult, moral debates about national identity, with many political, historical, and constitutional overtones.

In the case of France, it means changing the universalist and nationalist republican model, as it has evolved since 1945. In the case of the U.S., it would mean amending (or at least reinterpreting) the Fourteenth Amendment to the Constitution, adopted in the wake of the Civil War, and designed to overturn the Supreme Court's *Dred Scott* decision by granting automatic citizenship to former slaves. In Germany, the problem of control is inextricably linked to the problem of integrating a large, permanent foreign population. To solve the problem of integration in Germany, it will be necessary to change the 1913 nationality law, thus abandoning a key aspect of German national identity, that is a community based on the ethnocultural principle of descent (*jus sanguinis*) rather than on the more universalistic and territorial principles of birth and soil (*jus soli*). When this change in the German nationality law is made, it will bring Germany more fully into the club of liberal republics.

Infringing individual and group rights or tampering with the social contract, the constitution, and national identity as a means of controlling immigration are fraught with danger for liberal and republican states, because the state or government runs the risk of undermining its own legitimacy, and alienating and/or endangering its own citizens. Moreover, otherwise liberal politicians may inadvertently (or unwittingly) provoke a nationalist, xenophobic, and even racist backlash, which could rebound against these same politicians and undermine the state (and rule of law) itself.⁶ Fortunately, in states like France and the U.S., which have long histories of liberal and republican governance, there are institutional and ideological checks that work to protect the state and politicians from themselves. In France, as in other liberal states such as the U.S and Germany, the courts play a crucial role in this regard. As it did with the First Pasqua Law (in 1986), the *Conseil d'Etat* – which functions in part as an institutional watchdog for any infringements of the rights of the individual by the State – warned the Balladur government that certain aspects of the proposed reform were illegal and possibly unconstitutional. The *Conseil d'Etat* was especially concerned with the impact of the Second Pasqua Law on the (constitutional) right of families to live together, and with the provisions of the Law limiting the right of appeal for asylum seekers. But the *Conseil d'Etat* has no real powers of judicial review. Its opinions are only advisory, even though it is one of the most powerful *grands corps* – second only to the *Inspection des Finances*. Still it has great moral, political, and legal authority, and governments ignore its views

6 Dietrich Thränhardt, The Political Uses of Xenophobia in England, France, and Germany, in: Emek M. Uçarer/Donald J. Puchala (eds.), *Immigration into Western Societies, Problems and Policies*, London 1997, pp. 175–194.

at their peril.⁷ Moreover, decisions of the *Conseil d'Etat* may presage a ruling by the *Conseil Constitutionnel*, which does have powers of judicial review and may stop the implementation of any law deemed unconstitutional.

This is precisely what happened in August 1993 when the *Conseil Constitutionnel* ruled that certain provisions of the Second Pasqua Law were unconstitutional. The judges rejected the one-year ban on reentry imposed on anyone deported from France. Also found to be unconstitutional were the provisions dealing with family immigration, namely (1) the longer waiting period imposed on foreign students and workers seeking to bring immediate family members to join them, and (2) the restrictions imposed on marriages between French citizens and foreigners. In rendering these decisions, the *Conseil Constitutionnel* relied specifically on the Declaration of the Rights of Man and the Citizen, referring to the universalist and egalitarian principles of this republican document, especially equal protection. Moreover, citing the Preamble to the 1946 Constitution – which requires that due process be accorded to all asylum seekers – the *Conseil Constitutionnel* ruled that restrictions on the right of appeal and provisions in the Law for the automatic *refoulement* of refugees were unconstitutional. This ruling seemed to jeopardize France's participation in the Dublin Convention as well as the Schengen Agreement, both of which require European states that are parties to these agreements to refuse asylum to any individual who has passed through a safe third country.

The efforts of the Balladur government to move France to >zero immigration< did little to calm the national identity crisis. If anything, the Second Pasqua Law heightened the sense of crisis, and fanned the flames of xenophobia, leading to a constitutional debate. But one objective of the reforms *appears* to have been met: Immigration flows fell precipitously from a high of 135,000 (including asylum seekers) in 1992 to 68,000 in 1995. The average annual rate of immigration for the period 1993–95 plummeted to its lowest levels (89,700) since the late 1940s and early 1950s (66,400 – see Table 1). But, as we shall see – in the crisis over the Debré Law in 1997 – many of the heretofore legal flows were simply pushed underground, raising the size of the undocumented population (*sans papiers*), and increasing the level of insecurity among the foreign population as a whole. The numbers of individuals caught trying to enter the country illegally (*reconduites à la frontière*) rose steadily from 1993 on, jumping from 8,700 in 1993 to 10,100 in 1995 and over 12,000 in 1996, providing (indirect) evidence of increased illegal immigration.

Nevertheless, to combat the judges and complete his reform, the Interior Minister, Pasqua, turned one aspect of the republican tradition (popular sovereignty) against another (birthright citizenship). Claiming that the people, having spoken through their representatives, want immigration reduced,

7 Bernard Stirn, *Le Conseil d'Etat*, Paris 1991.

he called for a constitutional amendment that would prepare France for entry into a border-free Europe and give the State the power to turn back asylum seekers without hearings or appeals.⁸ As provided by the Constitution, the amendment was voted in an extraordinary congress of the Parliament (the Assembly and the Senate) at Versailles in January 1994. Pasqua proclaimed that there would be no ›government by judges‹ in France, as in the U.S. where many anti-immigrant measures, such as Proposition 187 in California, have been blocked by the Federal judiciary. Ultimately the U.S. Supreme Court can rule on the constitutionality of American immigration control policies, especially when they impinge upon basic civil rights and liberties. The question remains open, however: How far can a liberal-republican state go in rolling back rights of individuals in its effort to control immigration? At what point does the liberal-republican model begin to break down? What is the appropriate balance between internal and external controls? Between negative and positive freedom? Between immigration and immigrant policy? Is the ›grand bargain‹ a viable strategy for escaping these political, legal, and moral dilemmas? We can only answer these questions historically, and much depends on the role of immigration in the development of the nation and the state.

Legitimizing Legal Immigration

Unlike other European states, France has a long history of immigration, dating back at least to the middle of the 19th century when industrialization began in earnest. Yet France was not the only European state compelled to import labor to feed the fires of industrialization. Despite long histories of *emigration*, both Britain and especially Germany imported labor. British industry relied heavily upon Irish workers throughout the 19th century, whereas Germany brought in Poles and others from East Central Europe to work in mining and heavy industry in the Ruhrgebiet, especially during the period of intensive economic development in the 1880s and 1890s.⁹ What distinguishes France from many other European states, however, is the early willingness to accept foreigners as settlers, immigrants, and eventually as citizens. The acceptance of foreigners as potential citizens is part and parcel of what can be called a *republican* tradition, which stems from the French Rev-

8 The irony is that later in the same year, Pasqua and the French government would block full implementation of the Schengen Agreement, claiming technical problems with the computerized system for sharing information among the different Schengen countries. Clearly the French government was dragging its feet on Schengen at the European level, while using Schengen as an excuse for enacting more restrictive procedures for processing asylum applications.

9 Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980*, Berlin 1986; Zig Layton-Henry, *The Politics of Immigration*, Oxford 1992.

olution at the end of the 18th century, but which was bitterly contested throughout the 19th and into the 20th century.¹⁰

Even though France has a long tradition of immigration and was the first European state to grant citizenship to Jews, at the time of the Revolution, it was not until the culmination of the Dreyfus affair early in the 20th century, under the Third Republic, that the main tenets of republicanism – *laïcité* or separation of church and state, equal protection of all before the law, a universalist conception of human rights, and popular sovereignty – were finally accepted by a majority of the French people. It was also during this period around the turn of the century that the French State began to lay the legal foundations for citizenship and naturalization, which would be based on the birthright principle of soil (*jus soli*) rather than exclusively on blood (*jus sanguinis*) as in Germany.¹¹ Thus the republican tradition found its expression in a more open and expansive notion of citizenship, similar (but not identical) to the birthright principle enunciated in the Fourteenth Amendment of the U.S. Constitution («All persons born or naturalized in the United States, and subject to the jurisdiction thereof, are citizens of the United States») and in stark contrast to the more narrow, ethnocultural vision of citizenship evolving in Germany of the Kaiserreich. While Germany was struggling with the issues of national and territorial unification and would continue to do so – one could argue – until 1989/90, France was becoming more comfortable with its revolutionary and republican heritage, as reflected in an increasingly expansive policy of immigration and naturalization.

In contrast with the United States – the other great republic also founded at the end of the 18th century – France was not a *nation of immigrants*. The first period of intensive immigration in France did not begin until the 1850s, long after the Revolution of 1789. Hence immigration in France was never part of any type of founding myth, as it was (and still is) in the United States. Even though immigration and integration are closely associated with the French republican tradition, they are not crucial to French national identity, except for French Jews for whom the Revolution represents political and legal emancipation.¹² Sustaining an open and legal immigration policy is more difficult to do in France than in the United States, but much easier than in

10 Stanley Hoffmann (ed.), *In Search of France*, Cambridge, Mass. 1963. At least as far as immigration and citizenship issues are concerned, the republican tradition has been under attack in the 1980s and 1990s.

11 Rogers Brubaker, *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Cambridge, Mass. 1992; Patrick Weil, *La France et ses étrangers*, Paris 1991; Gérard Noiriel, *Le creuset français*, Paris 1988.

12 On the ambivalent relationship between French Jews and the republican tradition, see Pierre Birnbaum, *Destins Juifs: De la Révolution Française à Carpentras*, Paris 1995.

Germany, which also has a republican tradition, albeit a young one dating from the founding of the *Bundesrepublik* in 1949.¹³

For much of the post-World War II period, French governments of the Fourth and Fifth Republics pursued expansive immigration policies, essentially for three reasons. The first justification – as can be seen in the various five-year Plans – was primarily economic. During the period of reconstruction of the 1950s and 1960s (sometimes referred to as the *trente glorieuses*, or thirty glorious years of economic growth and low unemployment), France, like Germany, was in desperate need of labor. The second rationale for an open and legal immigration policy was the longstanding desire to boost the French population. Having gone through its demographic transition much earlier than other industrial societies, France was believed to have a huge demographic deficit and immigration was seen as one way to overcome this weakness. Finally, as I have argued elsewhere¹⁴, policy makers and politicians had great confidence in the ability of French society to absorb and integrate the newcomers, because of the strength of the republican tradition. Therefore, an expansive, legal immigration policy was coupled with the most liberal naturalization policy in Europe, quite similar in many ways to that of the United States.

Delegitimizing and Stopping Immigration

The consensus for an open immigration regime in France held until the early 1970s, when the *trente glorieuses* abruptly ended in 1973/74 with the first big recessions of the postwar period. Moreover, decolonization and the granting of independence to Algeria in 1962 radically altered the ethnic composition of immigrant flows, as North African Muslims rapidly replaced the largely Catholic flows from Italy, Spain, and (eventually) Portugal. Many in France began to question the strength of the republican model and its ability to assimilate the new Islamic populations coming from the Maghreb. But stopping immigration (*l'arrêt de l'immigration*) would prove difficult, because the mechanisms and instruments of control had not yet been developed by the French state, and cutting ties with former African colonies would not be easy.

Throughout the 1960s and into the 1970s, the recruitment of foreign workers was carried out largely by the private sector, as had been the case

13 James F. Hollifield, *Immigration et l'Etat Nation: à la recherche d'un modèle national*, Paris 1997.

14 James F. Hollifield, *Immigration and Republicanism in France: The Hidden Consensus*, in: Wayne A. Cornelius/Philip L. Martin/James F. Hollifield (eds.), *Controlling Immigration: A Global Perspective*, Stanford 1994, pp. 143–176.

during the 1920s.¹⁵ Businesses recruited directly in the sending countries, bringing their workers to France, training them, then filing a request with the *Office National d'Immigration (ONI)* for an adjustment of status (*régularisation*). This mode of immigration, which bypassed both external (border) and internal (labor market) controls, came to be known as immigration from within (*immigration interne*). The rate of adjustments of status (*taux de régularisation*), basically a ratio of immigration processed by ONI in France to that processed abroad, became a standard measure of immigration control, or lack thereof, during the 1960s and 1970s. The rate (or ratio) reached 90% by the late 1960s, indicating the extent to which authorities had lost control of immigration. Reestablishing control over the flows of worker immigration (*travailleurs permanents*) would take many years.¹⁶ Simply decreeing an immigration stop proved insufficient to master all the different flows (workers, family members, seasonals, and eventually refugees).

Apart from worker immigration, French authorities, like their German counterparts, also struggled to deter family immigration, which remained at fairly high levels (over 50,000 per year from 1974–1980), even after the immigration stop imposed in 1974 (see Table 1). The justification for stopping worker immigration was clear in both countries: With the decline in economic growth and the rise of unemployment – especially in France – employers should no longer be allowed to recruit foreign labor, and the denial of visas (external control) and work permits (internal control) was seen as a necessary policy response to worsening economic conditions. This shift in policy reflected a widespread Malthusian impulse in Europe: If only the receiving states can stop immigration, it will solve the problem of unemployment, because there is a limited number of jobs in each national economy.

15 James F. Hollifield, *Immigrants, Markets, and States*, Cambridge, Mass. 1992, pp. 45ff.

16 *Ibid.*, pp. 74ff.

Table 1: Immigration in France, 1946–1995 (thousands)

Years	1946–55	56–67	68–73	74–80	81–87	88–92	93–95
Workers	325,2	1205,9	801,3	192,9	195,1	118,6	55,8
Annual rate	32,5	109,6	133,6	27,6	27,9	23,7	18,6
Percent of total	49,0	44,0	39,0	14,0	17,0	20,0	21,0
Seasonal workers	247,6	1126,9	821,9	857,3	664,2	*258,5	*31,0
Annual rate	24,8	102,4	137,0	122,5	94,9	51,7	10,3
Percent of total	37,0	41,0	40,0	61,0	59,0	43,0	12,0
Family members	91,7	404,2	423,2	351,0	260,6	169,9	68,8
Annual rate	9,2	36,7	70,5	50,1	37,2	34,0	23,0
Percent of total	14,0	15,0	21,0	25,0	23,0	28,0	26,0
Total	664,4	2737,1	2046,5	1401,2	1120,0	**601,1	**269,0
Rate	66,4	248,8	341,1	200,2	160,0	120,2	89,7
Percent	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Source: For a breakdown, see the annual SOPEMI reports on France by André Lebon, *Immigration et Présence Etrangère en France*, Paris 1993–1996.

*As of 1992, the Spanish and Portuguese are no longer counted among seasonal workers.

**Note that, beginning in 1988, total immigration includes other groups, such as refugees, not listed here. The annual rate for the years 1988–1995 are inflated by the inclusion of flows not counted in previous years.

Notwithstanding this Malthusian impulse in France, one of the principal sending countries, Algeria, already had taken steps in 1973 to prevent the free emigration of its nationals to the former *métropole*, ostensibly because of the growing hostility towards Algerians in France. Yet immigration continued throughout the 1970s, in large part due to increases in family reunification, which was much more difficult to control. The economic rationale for stopping worker immigration did not apply to family immigration, which was deemed to be more humanitarian and social than economic. Still, French and German authorities tried to impose internal (labor market) controls to slow the influx of family members, by denying them work permits. In both instances, however, the courts ruled these policies to be illegal and/or unconstitutional.¹⁷ The French also had to cope with the continued inflow of so-called seasonal workers (*saisonniers*), employed primarily in agriculture. From 1974–1987, the number of seasonal workers entering each year hovered around 60,000 (see Table 1). Since many of these workers came from Spain and Por-

17 Ibid., pp. 83–89.

tugal, the enlargement of the European Community and the extension of the freedom of movement clause of the Rome Treaty to cover Spanish and Portuguese nationals eventually resolved the issue of seasonal migration.¹⁸

What was happening during the presidency of Valérie Giscard d'Estaing (1974–1981) was a radical and dramatic shift away from the open immigration regime of the earlier Gaullist years towards a more closed regime. The methods used to achieve this objective (*l'arrêt de l'immigration*) were heavy-handed and statist – consistent with the centralized jacobin state – and they produced many unintended consequences.¹⁹ The most important consequence, which was certainly not unique to France, was to freeze the foreign population in place. By simply decreeing an immigration stop, France like other West European states, inadvertently accelerated the processes of settlement and family reunification.

Switzerland offers an interesting point of comparison in this regard. Swiss authorities, unlike the French and Germans, kept in place their guest-worker policies of rotation, even though they took steps to limit employers access to foreign labor. But barriers to settlement and naturalization of foreigners in the *Confédération Helvétique* remained high, whereas in France liberal naturalization policies were not changed and the legal status of Algerians born in Algeria before independence was granted in 1962 were entitled to immigrate, and the children born in France of Algerian parents (the so-called second generation) were entitled to naturalize. Thus, having raised expectations among the French public that the jacobin state could simply decree a halt to immigration, the government of Giscard d'Estaing found that its hands were tied both by the law and by the virtually uncontrollable effects of chain migration. This did not prevent both the Chirac (1974–1976) and Barre (1919–1981) governments from making *covert* efforts to stop family reunification by denying visas and deporting family members. The Barre government also tried *overt* policies to encourage return migration by paying foreigners to leave.²⁰

In Germany, the state was caught in a similar predicament, but with more profound repercussions for German politics and society. As in France, the German federal state discovered that it could not simply decree a halt to immigration, nor was it able to entice foreigners to return voluntarily. But unlike France, Germany had no tradition of immigration and its nationality

18 Georges Tapinos, *L'Immigration étrangère en France*, Paris 1975; idem, *European Migration Patterns, Economic Linkages and Policy Experiences*, in: *Studi Emigrazione*, 19. 1982, pp. 339–357.

19 James F. Hollifield, *L'Etat français et l'immigration*, in: *Revue Française de Science Politique*, 42. 1992, no. 6, pp. 943–963.

20 See Weil, *La France et ses étrangers*, pp. 107ff.

law, dating from 1913, did not allow for quick naturalization of a permanent foreign population. The republican tradition in Germany has little to say about foreigners, with the important exception of refugees who were covered until 1993 by Article 16 of the Basic Law. German political culture has not been strong enough to incorporate *de facto* immigration, whereas in France the problem of integrating the foreign population has been solved *de jure* – at least for the moment – by liberal naturalization policies. As we shall see, however, attempts would be made by subsequent right-wing governments under Chirac (in 1986) and again under Balladur (in 1993) to change French nationality law in order to discourage the naturalization of second generation North Africans. This type of psychological warfare against immigrants would be used increasingly by a range of OECD states, including the United States in the 1990s, in an attempt to stop immigration. But in France and elsewhere in Western Europe, the principal outcome of the statist efforts in the 1970s to halt immigration was to accelerate the permanent settlement and naturalization of foreigners in the 1980s. The immigrant population in France as a percentage of the total population has remained virtually unchanged from 1975 to 1990 (7.5%), and it has grown in absolute terms to well over 4 million, according to the 1990 census (see Table 2). The same thing has happened in the U.S. in the 1990s.

Table 2: Immigrant Population by Nationality/Country of Origin in France (1975–1990)

Year	1975	1982	1990
Total	3,920,430	4,071,109	4,195,952
% of total population	(7.5%)	(7.5%)	(7.4%)
Spanish	609,605	485,764	412,785
Italians	714,650	606,972	523,080
Portuguese	659,800	644,428	605,986
Algerians	571,925	617,993	571,997
Moroccans	244,945	358,296	446,872
Tunisians	151,125	177,544	182,478
Turks	59,515	108,708	158,907
Sub-Saharan Africa	* –	123,392	182,479
Indochinese	* –	124,420	158,075

Source: Census data; Michèle Tribalat, *Chronique de l'Immigration*, in: *Population*, 52. 1997, no. 1, p. 176.

*Formerly under French administration.

While the issue of control (immigration policy) would continue to be hotly debated in France throughout the 1980s and into the 1990s, the issue of integration (immigrant policy) surged onto the national agenda.²¹ The realization that millions of North Africans were settling permanently in France led governments and political parties to reconsider their approach to immigration and integration. Political parties, the party system, and the electorate were increasingly polarized on both issues. The election in 1981 of a socialist President, François Mitterrand, and the first truly left-wing government since the Popular Front of 1936 set the stage for some important policy shifts, which can be described as a kind of liberal tradeoff, or what some analysts have called a ›grand bargain‹.²²

The socialists decided to maintain tight (external) control of borders and stepped up (internal) control of the labor market to inhibit the development of a black market for undocumented workers (*travail au noir*). Regulation of the labor market was easy enough to accomplish by the use of *inspecteurs du travail*, who could make snap visits to firms and impose sanctions on employers caught using undocumented workers.²³ But at the same time the socialist government, led by Prime Minister Pierre Mauroy, offered a conditional amnesty to undocumented immigrants and longer (ten-year) residency and work permits for all immigrants. Anyone who had entered France prior to January 1, 1981 was eligible for a temporary residency permit, valid for three months, which would give the individual time to complete an application for an adjustment of status (*régularisation exceptionnelle*). By the end of the amnesty period (in 1983), over 145,000 applications had been received.²⁴

The idea behind this ›liberal policy‹ has been accepted by many high-immigration countries as the best compromise in the battle to control immigration. The U.S. also enacted an amnesty in 1986. In a liberal and republican polity, strict control of entries together with an amnesty for illegals came to be seen as a good way to integrate permanent resident aliens, or as Tomas Hammar calls them, *denizens*.²⁵ In addition to the amnesty, to make foreigners residing in France more secure, the first socialist government under Mauroy (1981–1984) relaxed prohibitions against associational and political activities by foreigners. The civil liberties of foreigners were protected by prohibiting the police from making arbitrary identity checks of foreign-looking

21 Tomas Hammar, *Democracy and the Nation-State: Aliens, Denizens, and Citizens in a World of International Migration*, Aldershot 1990.

22 Philip L. Martin, *The Impacts of Immigration on Receiving Countries*, in: Uçarer/Puchala (eds.), *Immigration into Western Societies*, pp. 17–27.

23 Claude Valentin-Marie, *Le travail clandestin*, in: *Infostat Justice*, 29. 1992, pp. 1–6.

24 Weil, *La France et ses étrangers*, pp. 187ff.

25 Hammar, *Democracy and the Nation-State*.

individuals. But no changes were made in the nationality law or in naturalization policy, leaving this key element of the republican tradition intact. Foreigners would be welcome within strict guidelines of labor market rules and regulations; they would be integrated on the (republican) basis of respect for the separation between church and state (*laïcité*); and they would quickly assimilate.

Having thus reaffirmed the previous right-wing governments' commitment to strict immigration control, while at the same time taking steps to speed the integration of foreigners in French society, the socialists, it seemed, were forging a new consensus on the contentious immigration issue. But the issue literally exploded in everyone's face (on the left as well as the right) in 1984 with the municipal elections in the city of Dreux, an industrial town just west of Paris. The *Front National* – a grouping of extreme right-wing movements under the charismatic and flamboyant leadership of Jean-Marie Le Pen – won control of this city, on a platform calling for a complete halt to immigration and for the deportation of African immigrants. The electoral breakthrough of a neofascist, xenophobic, and racist movement profoundly changed the politics of immigration, not only in France but throughout Western Europe. For the first time since the end of the Second World War, an extremist party of the right was making itself heard and finding a new legitimacy, garnering support from large segments of the French electorate across the political spectrum. Within a matter of years, it would become, in the words of the political analyst Pascal Perrineau, ›the largest working class party in France.‹²⁶ From the beginning, the *Front National* was a single-issue party, taking a stand against immigration, and its leader, Le Pen, called for a physical separation of the races. His discourse mixes xenophobia, extreme nationalism (*La France aux français*), and anti-Semitism, with appeals to the economic insecurities of the French working class. How did the breakthrough of the *Front National* affect French immigration policy and the republican consensus?

Crises of Control and National Identity

The rise of the *Front National* contributed heavily to a sense of crisis in French politics and public policy, with immigrants at the center of the maelstrom. Suddenly immigrants were seen as the cause of the economic and cultural decline of the French nation, provoking a loss of confidence in the republican model, especially on the right. Immigrants were accused of taking jobs away from French citizens, thereby contributing to high levels of unemployment, and Muslims were deemed to be inassimilable and hostile to republican val-

26 Pascal Perrineau, *Le Vote de crise*, Paris 1995.

ues. The socialist left, under President Mitterrand, and the neo-Gaullist/liberal right (RPR-UDF), led by Jacques Chirac, had very different responses to the *Front National's* populist appeals to economic insecurity and xenophobia.

Mitterrand added to his mystique as a Machiavellian politician, as he cynically maneuvered to exploit the rise of the *Front National* for political gain. From his perspective, not only did the *Front National* divide the right-wing electorate, but by getting many working class votes, it also weakened the Communist Party, another traditional adversary of the socialists. Yet on a liberal note, in 1984 following the elections in Dreux, Mitterrand called for granting voting rights to immigrants in local elections, thereby forcing the parties of the traditional right (RPR-UDF) to take a stand on immigration and immigrant policy. But then, on a more cynical and Machiavellian note, the socialist government led by President Mitterrand and Prime Minister Laurent Fabius, changed the electoral system from a majoritarian, single member district system to one based on proportional representation, just in time for the legislative elections of 1986. The immediate effect of this rule change was to reduce the magnitude of the inevitable victory of the right and to allow the *Front National*, with roughly 10% of the vote, to gain 35 seats in the new Assembly. For the first time since Vichy, the extreme right had representation in parliament, and a new debate over French national identity was under way.

The first step of the right-wing coalition of neo-Gaullists (RPR) and liberals (UDF), led by Chirac, was to change the electoral system back to the traditional Fifth Republic dual ballot system with single member districts. Under the old system, it would be nearly impossible for the *Front National* to win seats in future elections. But the damage to the right had already been done, and the task remained of recapturing *Front National* voters. To accomplish this, the government set about reforming immigration and naturalization policy, handing the entire *dossier* to the tough Corsican Minister of the Interior, Charles Pasqua, whose name would become synonymous with immigration reform over the next decade. Pasqua's approach to immigration control was quite different than any of his predecessors. As Minister of the Interior, he viewed control primarily as a police matter, so he moved quickly to reinforce border controls by giving sweeping new powers to the *Police de l'Air et des Frontières* (PAF) to detain and immediately deport anyone who did not have proper papers. He also reenforced the power of the (internal) police forces to conduct random (and arbitrary) identity checks of any foreign or suspicious-looking individual. It was also during this time (1986) that there was a wave of terrorist bombings in Paris, connected to the Middle East, specifically Iran. The violence helped further to legitimize the new get-tough policy with respect to foreigners. The immediate effect of these measures was to restrict the civil liberties of foreigners, specifically North Africans, thereby launching a psychological campaign against immigrants and immigration.

The policies were explicitly designed to win back supporters of the *Front National*, and to prevent any further loss of votes to the extreme right on the issue of immigration. But they also heightened the sense of crisis and contributed to the growing debate over a loss of national identity.

If we look at the numbers (flows), which measure the outcome of French control policies, what we find is considerable continuity. Total immigration hovered between 200,000 and 100,000 persons annually, throughout the 1980s (see Table 1). The only noticeable increase in flows, as in other European states, was in the number of asylum seekers, which peaked at 61,372 in 1989. With the end of the Cold War and the gradual implementation of the Schengen Agreement in the 1990s, the rate of rejection of asylum applicants rose from 57% in 1985 to 84% in 1995 (see Table 3). So, if flows were not raging out of control, what was the purpose of the First Pasqua Law of 1986? The most important and controversial aspect of the reform was the attempt to weaken the birthright principle of *jus soli*, by putting an end to the practice of ›automatically‹ attributing citizenship at age 18 to the children born in France of foreign parents. In effect, this reform, which was intended to placate right-wing nationalists and win back *Front National* voters, was more symbolic than real. The thrust of the proposal was to require young foreigners to affirm their commitments to the Republic by formally requesting French nationality and taking a loyalty oath. What effect such a change might have on immigration flows was unclear; but the message was quite clear: The acquisition of French citizenship is a privilege, not a right, and it should be withheld from those who have not made a clear commitment to the French nation and society. Regardless of the intention of the reform, the first government of cohabitation succeeded in provoking a political firestorm of protest, as various civil and immigrant rights organizations, such as the *GISTI*, *SOS-racisme*, *France Plus*, and others, mobilized against the reform, leading Pasqua and Chirac eventually to withdraw the bill from consideration. As pointed out above, these changes did not affect the second generation Franco-Algerians, because they were born in France of parents who were born in Algeria prior to 1962 – the year of Algerian independence. Since the parents were legally French, the children were therefore French by blood; and since they were born in France, they were eligible to naturalize under the *jus soli* principle.²⁷

27 Weil, *La France et ses étrangers*, pp. 191–196; see also Miriam Feldblum, *Reconstructing Citizenship: The Politics of Immigration in Contemporary France*, New York [1999].

Table 3: Asylum Seekers in France (1985–1995)

Year	Number	Rate of rejection (%)
1985	28,809	56.8
1986	26,196	61.2
1987	27,568	67.5
1988	34,253	65.6
1989	61,372	71.9
1990	54,717	84.3
1991	47,380	80.3
1992	28,873	70.9
1993	27,564	72.1
1994	25,964	76.4
1995	20,415	83.7

Source: Office Français pour la Protection des Réfugiés et Apatrides (OFPRA).

The withdrawal of the bill constituted a political failure for the Chirac government, which had unwittingly provided the increasingly active French civil rights movement with a new rallying cry: »*Ne touche pas à mon pote!*« (Don't touch my buddy!) Thousands marched in Paris under this banner. But, in addition to altering the political landscape, launching a new debate about French citizenship and national identity, and creating new political opportunities for the left²⁸, the attempted reform brought the power and prestige of the Council of State to bear. In ruling on the legality and constitutionality of the bill, the Council of State put the government on notice that the rights of individual foreigners and the republican tradition must be respected. This was a lesson in immigration politics and law, which Minister Pasqua would not soon forget. In 1993, he would have a much stronger hand to deal with the judiciary. But in this round of reform, the right-wing government was forced to compromise and the decision was made to appoint a special Commission (*Commission des Sages*) to hold hearings on the possibility of reform of immigration and naturalization policy. The Commission was composed of political and intellectual elites, and it was chaired by Marceau Long, who, as Vice President of the Council of State, was deemed to have the moral and legal authority to tackle this difficult policy issue.

After hearing the testimony of many experts on immigration, the Commission simply reaffirmed the importance of the republican tradition by defending the birthright principle of *jus soli*, while at the same time stressing

28 Feldblum, *Reconstructing Citizenship*; Patrick Ireland, *The Policy Challenge of Ethnic Diversity*, Cambridge, Mass. 1994.

the importance of integrating foreigners into public and civic life.²⁹ The whole episode of reform during the first government of cohabitation had little discernible impact on immigration flows, which remained well over 100,000 during the late 1980s and early 1990s (Table 1). The number of naturalizations remained in the average 50,000 range during the same period (Table 4). However, if we look at changes in the ratio of naturalizations by decree (*par décret*) to those by declaration (*par déclaration*) for the period 1984–95, what we find is an upsurge in 1985/86 and again in 1995. This indicates that a larger number of individuals were filing for naturalization during the key years of the Pasqua reforms, while the number of those qualifying for ›automatic‹ naturalization (by simple act of declaration) remained relatively constant. The exception is 1994, when, with the implementation of the Second Pasqua Law, the number of those declaring themselves to be French shot up to 43,035, twice the average of 19,911 for the period 1973–92 (Table 4). In effect, one of the principal unintended consequences of tougher control policies in France was the revaluation of citizenship, speeding up the process of naturalization and integration of the foreign population, and inadvertently reinforcing the republican tradition. The same thing happened again in the mid-1990s in France and in the United States, where anti-immigrant policies were pushed through the Republican-led Congress in 1996, contributing to a wave of insecurity among foreigners and a tremendous surge in naturalizations.

Table 4: Naturalizations in France

Year	by decree (a)	by declaration (b)	total (a+b)	ratio (a/b)
1984	20,056	15,517	35,573	1.3
1985	41,588	19,089	60,677	2.2
1986	33,402	22,566	55,968	1.5
1987	25,702	16,052	41,754	1.6
1988	26,961	27,338	54,299	1.1
1989	33,040	26,468	59,508	1.2
1990	34,899	30,077	64,976	1.2
1991	39,445	32,768	72,213	1.2
1992	39,346	32,249	71,595	1.2
1993	40,739	32,425	73,164	1.3
1994	49,449	43,035	92,484	1.1
1995	40,867	18,121	58,988	2.3
1973–92*	30,740	19,911	50,651	1.5

Source: André Lebon, *Immigration et présence étrangère en France*, Paris 1993–96 (*average).

29 Marceau Long, *Etre français aujourd'hui et demain*, Paris 1988.

The liberal and republican right (UDF and RPR) lost its battle to eliminate the *Front National* and it also lost the elections of 1988. Jacques Chirac was defeated in his bid to unseat François Mitterrand, who won a second, seven-year presidential term; and the right also lost the legislative elections, as the socialists, led by Michel Rocard, regained control of the Assembly, albeit with the necessity of forming a minority government. With a score of 14.5% of the vote on the first round of the presidential elections, Le Pen continued to cause problems for the right. Since his party again exceeded 10% of the vote on the first round of the legislative elections, but gained no seats in the Assembly, Le Pen claimed that the voices of a substantial segment of the French electorate were not being heard, specifically on the issue of immigration. In response, Charles Pasqua, now the former Minister of the Interior, tried to reassure *Front National* supporters that the RPR shared many of their »concerns and values« with respect to the impact of immigration on French national identity. Public opinion polls at the time (1988/89) showed that approximately one third of the electorate had sympathies for the *Front National*'s position on immigration.

The new left-wing government, led by the two old socialist rivals, Mitterrand and Rocard, essentially returned to the policies of the early 1980s, increasing regulation of the labor market, campaigning against illegal immigration, and taking steps to help integrate immigrants. To this end, Rocard created the *Haut Conseil à l'Intégration*, to study ways of speeding the integration of the foreign population, which still constituted over 6% of the total population.³⁰ For the period 1988–1993, socialist governments fell back on a »grand bargain« strategy of strictly controlling inflows in order to integrate those foreigners already in the country. The hope was to depoliticize the whole issue and defuse the national identity crisis. But no sooner had the left returned to power than it found itself confronted with a highly symbolic controversy, which struck at the heart of the republican tradition and risked splitting the Socialist Party itself into competing factions.

The controversy arose when three school girls of Moroccan descent came to a public *lycée*, wearing Islamic scarves (*foulards*), in direct violation of the principles of separation of church and state (*laïcité*), one of the core principles of the republican tradition. The event immediately became a *cause célèbre* for the anti-immigrant right, as well as the republican left, with more liberal (or pluralist) elements of the political and intellectual elite, including Rocard, caught in the middle. Allowing the girls to wear the scarves was bound to offend both the left and the right; but forcing them to remove the scarves could open a new Pandora's box, concerning the dividing line be-

30 Haut Conseil à l'Intégration, *La connaissance de l'immigration et de l'intégration*, Paris 1991.

tween the public and private sphere, including the wearing of other religious symbols in the classroom, such as the crucifix or the Star of David. The event also heightened the sense of crisis with respect to immigration control, because of the widespread fear that the new immigrants from North Africa, as well as the second generation, were increasingly prone to Islamic fundamentalism and therefore inassimilable in a secular, republican society, where the individual should keep his or her private life and religious beliefs completely separate from the public sphere. One of the leaders of the Socialist Party who was most adamant in his opposition to such overt violations of the sacred republican principle of *laïcité* was Jean-Pierre Chevènement, who held ministerial posts in various socialist governments.³¹

Prime Minister Rocard and then Minister of Education, Lionel Jospin, took the decision to allow the girls to wear their scarves, so long as they agreed not to proselytize or in any way disrupt classes. As happened frequently with the issue of immigration and integration, when the rights of individuals vis-à-vis the State were in question, the *Conseil d'Etat* was called upon to help resolve the controversy. In this case, the *Conseil d'Etat* simply ratified the compromise position taken by the Rocard government. But the compromise did little to allay the growing fears of Islamic fundamentalism among the French public, and the *foulards* affair, as it came to be known, raised a new specter of multiculturalism (*à l'américain*), seen as yet another threat to French unity and national identity, exemplified by the ›One and Indivisible Republic‹. At the same time, *le droit à la différence* (the right to be different) became the new rallying cry of those defending the rights of immigrants.³²

Despite the almost continuous atmosphere of crisis in French politics over immigration, integration, and national identity, dating back at least to the early 1980s, very little had changed, either in terms of policy outputs (actual policies for controlling immigration) or in terms of policy outcomes.³³ In the end, the first experience of *cohabitation* (1986–1988) did little to alter the republican model and the rules of the game, as spelled out in the *Ordonnances* of 1945.³⁴ France continued to be open to legal immigration, with no quotas or ethnic/racial preferences (in contrast to the American model), even though everything possible was done by the left and the right to discourage purely economic (or worker) immigration. Flows, which are the best measure of pol-

31 Along with the immigration scholar Patrick Weil, Chevènement, as Minister of the Interior, is charged in the Jospin government (since 1997), with the task of dismantling the Pasqua-Debré Laws.

32 See Olivier Roy, *Ethnicité, bandes et communautarisme*, in: *Esprit*, February 1991.

33 On the importance of this distinction, see Hollifield, *Immigrants, Markets, and States*, p. 119.

34 In *La France et ses étrangers*, pp. 53ff., Weil explains what he calls ›*la règle du jeu*‹.

icy outcomes, continued at the level of 100,000 or more a year (see Table 2), and the liberal nationality code allowed for the relatively quick naturalization of the foreign population (see Table 4).

In terms of immigration control, perhaps the most important change came in the area of refugee policy, with the conclusion of the Dublin Agreement, negotiated by the EU, and the establishment in 1990 of the Schengen group. In both instances, France committed itself to refuse entry to any asylum seeker who had passed through a ›safe‹ third country, thereby clearing the way for the *refoulement* of many asylum seekers. The Schengen Agreement also engaged France in the construction of a common European territory – a Europe without internal borders – requiring the harmonization of visa and asylum policies within the Schengen group, as well as increased policing of external borders. These new European initiatives in some ways would come to represent a challenge to the republican tradition, because of the limits imposed on due process and the attempt (via the Maastricht Treaty) to create a semblance of European citizenship and grant voting rights in local elections for permanent resident aliens (denizens).³⁵

From a ›Threshold of Tolerance‹ to ›Zero Immigration‹

When asked about immigration policy in 1991, President Mitterrand suggested that every society, including France, has a ›threshold of tolerance‹ (*seuil de tolérance*), beyond which instances of xenophobia and racism are likely to increase. But he refused to specify what exactly that threshold might be in the case of France. On the other hand, Charles Pasqua, soon to be (for the second time in his career) Minister of the Interior, stated bluntly that »France has been an immigration country, but she wants to be no longer.« Like any good nationalist and populist, Minister Pasqua claimed to be speaking in the name of the French people. However, as a powerful member of the second government of *cohabitation*, elected by a landslide (the coalition of Gaullists and liberals won over 80% of the seats in the Assembly) in the spring of 1993, Pasqua made clear what the immigration policy of the new government would be: »The goal we set, given the seriousness of the economic situation is to tend towards *zero immigration*.« This explicit linkage of immigration to the severe economic recession – which began in 1991/92 and would push unemployment in France to postwar highs of well over 10% – was again aimed to appeal to the 12.4% of French voters who supported the *Front National* in the first round of the 1993 parliamentary elections. Immigration and integration policies were still very much at the center of French politics, and would remain so throughout the 1990s.

35 On this point see Hollifield, *Immigration and Republicanism*, pp. 165–168, and Patrick Weil’s commentary in the same volume, pp. 181–184.

Faced with a badly weakened, divided, and demoralized socialist opposition, and having won an overwhelming majority in Parliament, the new right-wing government, headed by Edouard Balladur, had a virtually free hand to pursue draconian policies for (1) stopping all immigration, (2) reducing the number of asylum seekers to an absolute minimum, and (3) reforming the nationality code to block naturalization of as many of the resident foreigners as possible. These new policies represented a clear break from the old socialist ›grand bargain‹. Even though Mitterrand was still President (and would be until 1995), he was clearly a lame duck and quite ill with prostate cancer. Hence, he was in no position to oppose what looked to be a truly dramatic shift in immigration policy. Only the courts potentially could block the change, therefore the Balladur government wasted no time in launching a sweeping reform of immigration and refugee policy, designed to move France as close as possible to zero immigration. To discourage further settlement of foreigners, the nationality law also would be changed.

What distinguishes this round of reform (in 1993) from earlier attempts to limit immigration (in 1974 or 1986, for example) is the clear focus on rolling back the rights of foreigners across the board. The Second Pasqua Law presented a direct challenge to the republican model, as defined by the *Ordonnances* of 1945. Equal protection and due process (civil rights) were denied to foreigners by cutting off possibilities of appeal for asylum seekers and by giving the police much greater powers than ever before to detain and deport foreigners. Social rights also would be severely restricted by denying foreigners access to the benefits of the social security system, especially health care. On this point, however, a rift developed within the government between the Minister of the Interior, Pasqua, and the Social Affairs Minister, Simone Weil, who argued for maintaining emergency health care for foreigners.

The debate in France over social rights for immigrants parallels a similar debate that was gathering force in the United States, especially in California, where voters approved a measure (Proposition 187) in November 1994 to cut public and social services for illegal immigrants. Barely two years later (in 1996), the U.S. Congress, under Republican control, would adopt similar laws to cut social services for legal as well as illegal immigrants, and the rights of appeal for illegals and asylum seekers would be sharply curtailed. Also in the U.S., proposals were made by prominent right-wing politicians, such as Governor Pete Wilson of California, to limit birthright citizenship, so that the children born of foreign parents would no longer be automatically entitled to American citizenship. Similarly in France, the Second Pasqua Law (like the First) sought to change naturalization procedures by requiring children born in France of foreign parents to make a formal request for naturalization, between the ages of 16 and 21.

Civil Disobedience and the Limits of Control

Immigration continued to agitate French politics and society into the mid and late 1990s, during the presidential election of 1995 and especially during the legislative elections of 1997. The election of Jacques Chirac as President of the Republic by a narrower-than-expected margin over the left candidate, Lionel Jospin, did little to change French immigration policy, even though Le Pen received a record number of votes (15%) on the first round of the presidential elections. The new government, led by Chirac's lieutenant, Alain Juppé, had the support of the same crushing right-wing majority in the Assembly. The UDF and RPR still controlled 80% of the seats. But one big difference was the absence of Charles Pasqua from the Jospin government. Pasqua had supported Chirac's rival, the former Prime Minister Edouard Balladur, for the presidency. He was replaced as Minister of the Interior by Jean-Louis Debré, son of Michel Debré, the first Prime Minister of the Fifth Republic and author of the Constitution. Debré *filis* would quickly make a name for himself by proposing further, draconian steps to limit the rights of foreigners in France and crack down on illegal immigration. The Debré Law of 1997 would test the limits of strategies for (internal) immigration control, leading to civil disobedience, more court rulings, new elections (thanks to the political blunders of Chirac and Juppé), and finally a resurgence of the republican left.

In the summer of 1996, the tough control policies were challenged by a group of Africans, mostly from Mali, who were caught in the web of the Second Pasqua Law (unable to obtain a residency permit, even though many of them had resided in France for many years and could not be legally deported) or whose applications for political asylum had been rejected. The *sans papiers*, as they were called, occupied a church in Paris, demanding that they be given an adjustment of status (*régularisés*), and several of them launched a hunger strike. The highly public *épreuve de force* with the new government was indicative of the willingness of immigrants openly to resist the government's policy and of the sympathy they were able to generate among certain segments of French civil society. Over 10,000 people marched in Paris in solidarity with the *sans papiers*, and even more embarrassing for the government were appeals by the clergy not to remove the immigrants from the church by force. Nonetheless, the police were ordered to storm the church, arrest the protesters, and break up the hunger strike. The government also proudly published statistics indicating that deportations for the first six months of 1996 were up substantially (by about one third) over the similar period for 1995. Any sign of weakness or wavering by the government in the face of immigrant resistance and civil disobedience was immediately condemned by Le Pen and the *Front National*.

Apart from occasional acts of civil disobedience by the African *sans papiers*, which continued throughout 1995–1997, whether in the form of occu-

pying churches or, in one case, the offices of UNESCO, the civil war in Algeria also had an impact on French control policy. Since the abrupt cancellation of the Algerian elections in 1992 – which Islamic fundamentalists were poised to win – a civil war has raged in the former French colony. The conflict pitted the Islamic radicals against the long-ruling revolutionary party, the FLN, which controls the military. The elections were canceled with the blessing of the French government, which made no attempt to hide its support for the Algerian military. French involvement in Algerian politics led to a number of terrorist attacks by Islamic militants against public targets in France. These attacks forced the government of Alain Juppé to increase security throughout the country. The security sweeps by the police and the military, known as operation *vigipirate*, focused public attention on the Muslim (and African) communities in France, bringing the full power of the French state to bear in an effort to catch the perpetrators. In October, 1995, the police shot and killed one of the bombers – a young second-generation Algerian man – in the outskirts of Lyon. In the press, his life story was covered in detail and held up as an example of the failure of French society to integrate some segments of the young, Maghrebi population. These dispossessed youths, with no loyalty to the land of their birth, had joined radical Islamic groups and turned against the French Republic.

As in the 1950s, French foreign policy and relations with former colonies, especially Algeria, have become a driving factor in immigration and refugee policy in the 1990s. The government has felt compelled to grant asylum (or at least temporary residence) to many members of the Algerian political and intellectual class³⁶, while at the same time stepping up pressure to keep other Algerians out, and carefully to surveil the established Algerian community in France. This atmosphere of crisis and public insecurity together with continuing pressure from the *Front National* led the Juppé government late in 1996 to propose a new law, which came to be known as the Debré Law, designed to resolve the ambiguous status of some of the *sans papiers*, particularly the French-born children of illegal immigrants and the foreign spouses of French citizens. These groups could not be deported, but under the Pasqua Law they were not eligible for an adjustment of status. Under the proposed new law, the ›foreign‹ children under 16 years of age would have to prove continuous residence in France for ten years, and ›foreign‹ spouses would have to have been married for two years in order to be eligible (like the children) for a one-year residence permit.

But, even though the Debré Law had some liberal intent, it got much more publicity and became the focal point of controversy and protest because

36 From 1992 to 1997, over 400,000 upper class and francophone Algerians are reported to have fled the civil war, with most going to France or Canada.

of a provision added to the bill by the conservative National Assembly. The provision required all private citizens to notify local authorities whenever they received in their homes any non-EU foreigner. Moreover, mayors would be given the authority to verify that a foreign visitor had left the private citizen's home once the visitor's visa had expired. What is most interesting about the Debré Law is not so much the effect (or lack thereof) that it had on immigration control, but the response it received both from French certain groups in civil society and institutions of the liberal-republican state. Minister Debré, paraphrasing his predecessor Pasqua, stated that »I am for zero *illegal* immigration [...] The State must be given the means to deter foreigners who want to enter France without resources, papers or jobs.« The focus in this statement is on those clearly outside the law, i.e. illegal immigrants; but public attention was focused on the effect that the Law would have on private French citizens, who would (by law) be compelled to inform on foreign visitors. Such an intrusion by the State into the private lives of individuals and families was deemed by many to have crossed the *invisible line* beyond which liberal states are not supposed to go. The Debré Law was denounced as an infringement of (negative) freedom and a threat to the basic civil liberties of all French citizens. The European Parliament even went so far as to pass a resolution condemning the Law and equating it with Vichy-era laws that required French citizens to inform on their Jewish compatriots, so that they could be deported by the Germans to death camps.

Over the objections of the *Conseil d'Etat*, which warned the government that requiring citizens to inform on foreigners might be unconstitutional, the Assembly approved the Debré Law in February, 1997, but with some important modifications. Taking a step back from infringements on the liberty of French citizens, the amended version of the Law required the foreigners themselves to report their movements and whereabouts to local authorities. This compromise illustrates quite well the limitations on the power of the liberal state to pursue strategies for (internal) control of immigration that cross the *invisible line* between infringement of the liberties of citizens and those of foreigners. It is important to note also that the Law exempted Europeans and visitors from 30 other countries from the reporting requirements, targeting undesirable African immigrants who were more likely to overstay their visas.

Not only did judicial or institutional checks come into play, the reaction to the Law from certain elite groups in civil society was swift and severe, causing the government considerable embarrassment. Fifty-nine film directors launched a campaign of civil disobedience by publishing an open letter in *Le Monde*, declaring that »we are guilty, everyone of us, of harboring illegal foreign residents [...] we ask therefore to be investigated and put on trial.« A rally in Paris to protest the new Law attracted 35,000 people, but the French public, according to polls published at the time, was heavily polarized, with a

clear majority (59%) supporting the government's position. Earlier in February, the *Front National* again scored an electoral victory in municipal elections, as Catherine Megret, wife of the number two in the party, Bruno Megret, won the mayoral race in Vitrolles, a small town north of Marseilles. The victory gave the *FN* control of four French cities: Marignane, Orange, and Toulouse, in addition to Vitrolles.

The Debré Law also seemed to violate the liberal principle that an individual is innocent until proven guilty. In order to renew their 10-year residence permits, foreigners would be required to prove that they were not a threat to public order and that they had maintained a regular residence in France, thus shifting the burden of proof from the State to the individual. This provision of the Law, along with another that would have given police access to the fingerprints of all asylum seekers, were subsequently struck down by the *Conseil Constitutionnel*, which, unlike the *Conseil d'Etat*, has powers of judicial review. Here again the precarious relationship between the individual and the State, which is so important in a liberal polity and which is the subject of constitutional law and interpretation, was threatened. But in a republican political system, which stresses popular sovereignty, the will of the people qua citizens (desirous to stop immigration, if opinion polls are to be believed) must be respected. As we have seen in recent American experiences, one way to get around this dilemma, which opposes the *liberal* against the *republican* half of the polity, is to focus the regulatory and police power of the state on *illegal* immigrants, thus leaving some legitimacy for legal immigration and the right to seek asylum.

The final version of the Debré Law was passed by the French Parliament (Senate) in March, 1996. Provisions concerning notification of the whereabouts of foreigners had been watered down or eliminated altogether. The Law required African visitors to prove that they have adequate accommodations and funds necessary to live in France during their stay and to return home afterwards. Throughout this period of policy reform, a major concern of the French government was to devise a system for controlling entries by Africans (and other foreign visitors coming from developing countries), but without imposing American-style quotas on visas, entries, or immigrants. The resistance to quotas is born of (1) the republican desire to maintain an egalitarian approach to the issuing of visas (where all or most applicants, coming from developing countries, would be treated equally) and (2) a desire to construct a system that would not be overtly discriminatory towards individuals coming from former French colonies in West and North Africa. But regardless of intent, the effect of both the Pasqua (1993) and Debré (1997) Laws has been to severely restrict legal immigration of Africans.

A New ›Republican Pact‹

To the surprise of many, President Chirac decided to dissolve the Parliament and call early elections in May-June 1997. The move cut short the life of the Parliament by about one year, and it was provoked not so much by controversies over immigration policy but by the difficulties of meeting the criteria of Economic and Monetary Union (EMU), scheduled to begin in January 1999. The Juppé government struggled to meet the stringent deflationary policies forced on France by the Maastricht Treaty on European Union, especially the requirement that budget deficits be less than 3% of GDP before a member state can join EMU. Having been elected on a promise to heal the *fracture sociale* and lower the record high levels of unemployment, running at 12–13% in 1996/97, Chirac and Juppé found themselves caught in a political and economic bind, unable to stimulate the economy because of their commitments to EMU, but unwilling to abandon French workers to their fate in a more competitive European and international economy. As a result, Chirac decided to seek a new mandate for his government and his presidency, a huge political gamble which he lost. The French socialists and their allies (a mixture of communists, radicals, and greens) won control of the National Assembly, launching the third period of *cohabitation* (divided government) in a little over a decade, only this time the right would control the presidency and the left would control the parliament.

The change of government had major implications, not only for EMU, but also for French immigration policy. As in past elections, the *Front National* received about 15% of the vote in the first round, but thanks to the dual ballot electoral system, it won only one seat in the Assembly, held by Jean-Marie Chevallier, Mayor of Toulouse. What was different about this election was the refusal of the *FN* to cooperate with other parties of the right (RPR and UDF) by withdrawing its candidates – who had received the constitutionally required 12.5% of registered voters on the first round – from the second round of voting. This set up over seventy *triangulaires* (three-way contests) in which the *FN* candidate essentially split the right-wing vote on the second round, thus helping to elect a candidate of the left. In effect, the *FN* had a big hand in bringing down the Gaullist-liberal government, and putting the socialist-communist left back in power. If the *FN* persists in this strategy in the future, it will intensify pressure on right-liberal and Gaullist candidates to strike electoral deals with the *FN*, which could lead to a further polarization of the electorate and the party system on the specific issue of immigration.

Notwithstanding crises over EMU, unemployment, public finances, and a further polarization of the electorate, the new government, led by Lionel Jospin, took bold steps to return French immigration policy to its republican roots and to resolve the ambiguous status of the *sans papiers*. In his opening speech to the new Parliament on June 19, 1997, Prime Minister Jos-

pin announced that he would establish a »new republican pact« with the French people, returning to the »roots of the Republic« while striving to »modernize French democracy«. In outlining his government's program, the first two policy items were (1) the *school*, which he called the »cradle of the Republic« where values of citizenship are taught (the most important being *laïcité*) and (2) *immigration*. With respect to the latter issue, Jospin laid out quite a detailed republican vision of immigration policy, reminiscent of earlier periods in French immigration history, from the turn of the century, to the 1920s, to the *Ordonnances* of 1945, to the early Mitterrand years in the 1980s. To quote Jospin: »France, with its old republican traditions, was built in layers that flowed together into a melting pot, thus creating an alloy that is strong because of the diversity of its component parts. For this reason, birth-right citizenship (*le droit du sol*) is inseparable from the French Nation (*consubstantiel à la nation française*). We will reestablish this right. Nothing is more alien to France than xenophobia and racism [...] Immigration is an economic, social and human reality which must be organized and controlled. France must define a firm, dignified immigration policy without renouncing its values or compromising its social balance.«³⁷

To accomplish this goal, Jospin called for (1) a new republican integration policy, which welcomes immigrants, respects their human rights, but combats illegal immigration and black labor markets, thus returning to the »grand bargain« strategies of earlier socialist governments; (2) a new policy of cooperation with the sending states to help control immigration at its source; (3) a complete reform of immigration policy, including the repeal of the Pasqua and Debré Laws and a comprehensive review of immigration and nationality law, to be carried out by an interministerial task force, chaired by the immigration scholar, Patrick Weil. The Weil report will be presented in the form of a bill in the first session of the Parliament in September, 1997. Finally, (4) steps will be taken to review, on a case-by-case basis, the situation of all undocumented foreigners (*sans papiers*) caught in the maze of regulations and contradictions surrounding the Pasqua-Debré Laws. The government issued orders to the prefects immediately to begin reviewing as many as 40,000 cases, and foreigners who had waited for months or years for their dossiers to be reviewed, suddenly found a new willingness on the part of administrative authorities to help them by issuing temporary residence permits.

By giving such a high priority to reform of immigration and nationality law, the Jospin government signaled its desire to confront this issue head on; and by appealing to French republican values as a way of resolving the immigration crisis, the government clearly hopes to return to the earlier »republican consensus«, diffuse the issue, and seize the political and moral

37 Libération, 20 June 1997.

high ground.³⁸ Attempts by right-wing governments to ›steal the thunder‹ from Le Pen and the *Front National* by cracking down on immigrants and thereby appealing to insecurities and xenophobia of the electorate – what might be called the Pasqua-Debré approach to immigration policy – seems to have done little to reduce levels of support for the *FN*. If anything, this strategy has led to an increase in support for the far right, which won its most votes ever in the first round of legislative elections in 1997. Whether the socialists and communists can reconstruct the republican consensus will depend in part on their ability to reach out to elements of the liberal and republican right.

What does this new ›republican‹ strategy mean for French control policy and what will its effect be on actual flows? The emphasis will shift from internal controls – designed to limit and roll back the (civil and social) rights of resident aliens, what Tomas Hammar called denizens – back to a ›grand bargain‹ strategy of relatively tough, external control of borders, careful, internal regulation of labor markets, combined with a liberal policy for integrating and naturalizing immigrants. The effect on flows is likely to be modest. They should return to the annual averages of the 1980s and early 1990s (around 100,000, see Table 1). Moreover, France under the socialists is likely to become a more cooperative partner in building a border-free Europe, in the context of the Schengen Agreement.

Conclusion

Historically immigration has had greater legitimacy in France than in the other major receiving countries of Western Europe. The reasons for this, as already pointed out, are political, economic, and demographic. As is the case in countries which have a long history of immigration – such as the United States or Canada – the first waves of immigration in France in the 19th and early 20th century were the result of industrialization and a strong demand for foreign labor. New sources of labor (initially Belgian, German, Swiss, Italian, and Polish) were needed because of the early demographic transition in France (compared with other European states) and the absence of a rural exodus. French peasants, unlike their English or German counterparts, refused to leave their farms for the factories, as the industrial revolution picked up steam in the 19th century. It is important to note that they (the peasant-farmers) had the political clout to resist the economic pressures to force them out of the countryside.³⁹ Well into the 20th century, France remained a very

38 Hollifield, *Immigration and Republicanism*.

39 Suzanne Berger, *Peasants Against Politics*, Cambridge, Mass. 1972; Gérard Noiriel, *Les ouvriers dans la société française*, Paris 1986; Hervé Le Bras, *Les trois France*, Paris 1986, pp. 187ff.

rural society; and, even though their numbers declined precipitously in the 1950s and 1960s, French farmers, like their Japanese counterparts, continue to have political clout that is disproportionate to their actual numbers.

But, even though France became a country of immigration because of these fundamental social, economic, and demographic pressures, what is most important from the standpoint of the politics and policies of control is to understand how these early waves of immigration were legitimized. In this respect, France looks less like her European neighbors, and more like the U.S. In both cases, immigration was legitimized through an appeal to republican ideas and ideologies. From the very earliest days of the Republic – when French Jews were granted citizenship by the revolutionary governments at the end of the 18th century – to the various postwar governments of the Fourth and Fifth Republics, politicians have appealed to republican ideals of universalism, egalitarianism, nationalism, and *laïcité*, as a way of legitimizing immigration and integrating foreigners. Thus it is not surprising to hear the Prime Minister, Lionel Jospin, calling in 1997 for a new ›republican pact‹ as a way of solving the latest social and economic crises, including and especially immigration. The republican model is alive and well and living in Paris.

But immigration, like republicanism, remains contested in France, more so than in the United States. Again to paraphrase Prime Minister Jospin, immigration is *not* consubstantial with the Republic.⁴⁰ Immigration is not a ›founding myth‹ of the French Republic, therefore we cannot say that France is, like the U.S., Canada, or Australia, a *nation of immigrants*.⁴¹ Yet the Prime Minister is correct in asserting that immigration and birthright citizenship (*le droit du sol*) are inextricably linked with the evolution of republicanism in France, from the Third through the Fifth Republics.⁴² Attacking immigrants and their rights is to some extent tantamount to attacking the Republic. Conversely, one of the best ways to defend immigrants is to cloak yourself in the values and symbols of the Republic.

Immigrants and immigration did come under attack in the 1970s, in large part because of the shift in the composition and ethnic mix of the flows,

40 The exact quote, cited in English in the penultimate section of this paper, is »*le droit du sol est consubstantiel à la nation française*«. This is a marvelous and ironic mixing of metaphors, equating birthright citizenship with the French Nation, using the Christian (or more specifically Lutheran) expression/doctrine of consubstantiation to illustrate the point. When only a few sentences earlier, the Prime Minister is extolling the republican virtues of *laïcité*!

41 Gary Freeman/James Jupp, *Nations of Immigrants: Australia, the United States, and International Migration*, Melbourne 1992.

42 On this point, see Noiriél, *Le creuset français*. Lionel Jospin is fond of comparing himself with the great founder of French socialism, Jean Jaurès, and we can see in his speech some of the influences of Jaurès, who was committed much more to the values and ideals of the Republic than to the dictates of Marxism.

from predominantly Christian and European, to Muslim and African. This shift was the result of two developments. First of all, decolonization in the 1960s contributed to an exodus of North and West Africans to France. Secondly, European integration gradually eliminated immigration from neighboring states, such as Italy, Spain, and eventually Portugal. In the early 1970s, the justification for stopping immigration was primarily economic: France had and still has high levels of unemployment, so – consistent with a strong strand of Malthusian thinking – the reasoning went: If we can stop immigration, this will solve the problems of unemployment. But this Malthusian and economic reason for stopping immigration – although still present today – quickly gave way in the 1980s to the arguments advanced by Jean-Marie Le Pen and others, that France was being transformed and destroyed by an influx of inassimilable African immigrants. In this view, Muslims could never be good Frenchmen or citizens of the Republic, because of their inability to separate church and state, and to keep their private, religious views separate from their public life. Their growing numbers were ostensibly causing a crisis of social cohesion and national identity.⁴³ Politicians began to play on these fears as a way of changing immigration control policies and as a way of getting votes.⁴⁴ Throughout the 1980s and 1990s, the tactic of appealing to xenophobic fears and instincts led to further polarization of the electorate on the issue of immigration and contributed to the rise of the *Front National*. Whether these fears (on the part of the French electorate) are rational or irrational is obviously open to debate, but there is no doubt that they were exploited by politicians for political gain.⁴⁵

By the late 1990s, the strategies for immigration control in the two oldest republics, France and the United States, began to change dramatically.⁴⁶ Instead of relying exclusively on the mechanism of external, border controls (which were nonetheless being reinforced and further *externalized* and Europeanized through the Schengen system) or on the more classic mechanisms of internal regulation of labor markets, the first right-wing government of the 1990s, led by Edouard Balladur, began to roll back and limit the rights of immigrants, first by attacking civil rights and liberties (due process, equal

43 Cf. Gilles Kepel, *La Revanche de Dieu*, Paris 1991; Jean-Claude Barreau, *La France, va-t-elle disparaître?*; and, in a similar vein in the U.S., Peter Brimelow, *Alien Nation*, New York 1996.

44 Thranhardt, *Political Uses of Xenophobia*; Jean Viard (ed.), *Aux sources du populisme nationaliste*, Paris 1996.

45 Myron Weiner, *The Global Migration Crisis: Challenge to States and to Human Rights*, New York 1995. Weiner takes the position that the fears of rapidly increasing immigration among the general public are rational and justified.

46 Patrice Higonnet, *Sister Republics. The Origins of French and American Republicanism*, Cambridge, Mass./London 1988.

protection, and the like), then by going after certain social rights, specifically health care. Finally, political rights, naturalization, and citizenship were challenged, through a reform of the nationality code and the erosion of the principle of birthright citizenship. From a social science standpoint, here is where the story gets interesting; because it is not clear how far a liberal republic can go towards limiting rights of immigrants and foreigners as a way of controlling immigration. We may not yet have a complete and satisfactory answer to this question.

In France, we can see quite clearly the progression of control strategies and the evolution of the relationship between immigration and immigrant policy. First came the imposition of external controls (in the form of new visa regimes) in the early 1970s, then the restriction on hiring foreign workers (in 1974), followed by attempts to roll back the ›right‹ to family reunification in the late 1970s. During the socialist years of the 1980s we saw increased regulation of the labor market, and attempts to crack down on *le travail au noir*. In 1990 there was a return to external strategies of control with ratification of the Schengen Agreement and new limits on social and civil rights later in the decade (the First and Second Pasqua Laws, as well as the Debré Law). Finally attempts were made to limit citizenship by changing the nationality law (the First and Second Pasqua Laws). When the state crossed the invisible line between immigration control (on the one hand), to the point of becoming a threat to civil society and being at odds with the founding (republican) principles of the regime (on the other hand), institutional/judicial, ideological, and social checks came into play. As in other liberal republics, immigration control in France is not purely a function of markets, economic interests, or national security. It is heavily dependent on the interplay of ideas, institutions, and civil society.

Alexander Thomas

Kultur als Orientierungssystem und Kulturstandards als Bauteile

Vorbemerkungen

Wir wissen, kein Mensch ist mit einem anderen Menschen völlig identisch. Selbst eineiige Zwillinge, die über eine identische genetische Ausstattung verfügen und unter genau denselben Bedingungen aufwachsen, sind nicht völlig identisch in ihrem Wahrnehmen, Denken, Fühlen und Handeln. Wohl aber besitzen sie sehr viel mehr Gemeinsamkeiten und sind einander sehr viel ähnlicher als zweieiige Zwillinge, Geschwister oder nicht blutsverwandte Personen. Wir wissen auch und erfahren es täglich, daß wir bei aller Unterschiedlichkeit durchaus in der Lage sind, uns mit anderen Menschen zu unterhalten, unsere Gesprächspartner zu verstehen, uns in sie einzufühlen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, was ein hohes Maß an gegenseitiger Abstimmung verlangt. Offensichtlich verfügen Menschen bei aller individuellen Einmaligkeit über ein Repertoire an Gemeinsamkeiten, das diese sozialen Leistungen ermöglicht. Das zentrale Werkzeug, das Menschen, wohl aber auch Tiere entwickelt haben, um sich untereinander zu verständigen, ist die Sprache, das gesprochene und geschriebene Wort ebenso wie das nicht-sprachliche Zeichen- und Symbolsystem, z.B. in Form von Mimik und Gestik.

Wenn man davon spricht, daß Menschen Kultur entwickelt haben und ihre Kultur weiterentwickeln, dann ist damit gemeint, daß sie ein gemeinsames, für alle verbindliches System von bedeutungshaltigen Zeichen entwickeln, das es ihnen erlaubt, die Welt und sich selbst in einer bestimmten Art und Weise wahrzunehmen, zu interpretieren und zu behandeln, und zwar in der Art, wie es die eigene soziale Gemeinschaft akzeptiert und versteht. Sozialisation und Enkulturation als ein lebenslanger Prozeß beinhalten das Bemühen, die sozial (kulturell) relevanten Normen, Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen zu erlernen, die ein Leben in der Gemeinschaft ermöglichen, in die man hineingeboren worden ist. Wer hierin hohe Fähigkeiten erworben, also ein hohes Maß an sozialer Kompetenz entwickelt hat, kann auch relativ konfliktfrei in dieser eigenen Gemeinschaft leben und produktiv mit ihr umgehen.

Probleme entstehen für ihn erst dann, wenn er in eine fremde soziale Gemeinschaft (Nation, Kultur, aber auch Organisation und Gruppe) gerät,

die andere, ihm nicht vertraute Symbole zur gegenseitigen Verständigung und Weltinterpretation nutzt oder die ihm durchaus vertrauten Symbole anders bewertet, ihnen also andere Bedeutungen zuweist oder sie in ihm unvertrauten Kontexten anwendet. In diesen Fällen kommt es zwangsläufig zu Fehlwahrnehmungen, Fehlinterpretationen, Mißverständnissen und Konflikten bei der Beobachtung, Interpretation und Attribution des Partnerverhaltens sowie in der Kommunikation und in der Kooperation mit den neuen Partnern.

Die folgenden Ausführungen gehen der Frage nach, welche psychologisch bedeutsamen Prozesse sich in der Begegnung von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen beobachten lassen, wie die an Schnittstellen interkultureller Begegnungen gemachten Erfahrungen bewertet werden und welche handlungsrelevanten Konsequenzen die Partner daraus ziehen.

Beispiele kritischer interkultureller Begegnungssituationen

1. Die deutsch-französische Wissenschaftlertagung. Ein deutscher Professor berichtet: »Ich war von einer deutsch-französischen Organisation zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern nach Paris eingeladen, um dort an einer Arbeitstagung zur Vorbereitung einer deutsch-französischen Wissenschaftlerkonferenz teilzunehmen. Ziel des Treffens, so war vorher telefonisch vereinbart worden, sollte die Diskussion und Festlegung des Tagungsprogramms und begleitender Aktivitäten sowie die Auswahl der einzuladenden Teilnehmer auf deutscher und französischer Seite sein. Ich hatte bislang keine persönlichen Erfahrungen mit der einladenden Organisation gemacht und kannte weder die anderen Deutschen (zwei) noch die anderen französischen (drei) Sitzungsteilnehmer. Die Sitzung sollte vereinbarungsgemäß von 9.30 Uhr bis 18.00 Uhr stattfinden, was für mich bedeutete, einen Tag vorher mit dem Flugzeug anreisen zu müssen, um pünktlich sein zu können.

Da ich mich wegen der mir unbekanntem Ortsverhältnisse recht früh auf den Weg gemacht hatte, erreichte ich das Tagungsgebäude schon um 9.15 Uhr, meldete mich am Empfang an und erfuhr dort, daß die Sitzung wohl erst gegen 10.00 Uhr beginnen werde. Nachdem ich um ein Gespräch mit dem französischen Kontaktpartner noch vor der Sitzung gebeten hatte, wurde mir der Tagungsraum aufgeschlossen, und ich begann mit der Einarbeitung in meinen bereits fertig skizzierten Programmvorschlagn, den ich der Arbeitsgruppe vorstellen wollte. Um 9.30 Uhr trafen die beiden deutschen Teilnehmer ein, um 10.05 Uhr der französische Kontaktpartner und gegen 10.30 Uhr schließlich die letzten französischen Teilnehmer. Die Sitzung begann um 10.40 Uhr mit einer kurzen persönlichen Vorstellung der Anwesenden und einer Einführung in die Ziele der geplanten Wissenschaftlertagung

durch den französischen Tagungsleiter. Danach wurde ich gebeten, mich zu der geplanten Tagung zu äußern.

Ich war froh, daß nun endlich gegen 11.00 Uhr die eigentliche Arbeitssitzung stattfinden konnte. Anhand einer vorbereiteten Folie mit einem ausgearbeiteten Tagungsprogramm (Referenten, Themenstellung, Zeitplanung, aufgeteilt in Vortragszeit, Diskussionszeit und Pausen) legte ich den versammelten Fachkollegen meine Vorstellungen von Zielen, Verlauf und Resultaten der geplanten Wissenschaftstagung dar. Während meines Vortrags fiel mir auf, daß nur ein Teilnehmer sich hier und da einige Notizen machte, die anderen mir aufmerksam und mit einer Mischung aus Erstaunen und Bewunderung zuhörten. Nach meinem etwa 40minütigen Vortrag forderte der Tagungsleiter zur Diskussion auf, wobei ein französischer Teilnehmer mich bat, meinen Kulturbegriff und meine Vorstellungen von interkulturellem Lernen zu erläutern. Über diese Frage war ich sehr erstaunt, da ich schon zu Beginn meines Vortrags darauf speziell eingegangen war und meine Definition vorgestellt hatte. Nachdem ich nochmal kurz meinen Kulturbegriff und meine Definition von interkulturellem Lernen wiederholt hatte, entstand eine etwas längere Schweigepause. Es meldete sich niemand mehr zu Wort, bis dann schließlich ein französischer Tagungsteilnehmer an den Tagungsleiter die Frage stellte ›Wann gehen wir essen?‹. Der Tagungsleiter fragte zurück: ›Essen wir deutsch oder französisch?‹. Auf meine etwas erstaunte Frage, was denn das bedeute, wurde mir mitgeteilt, daß dies bei deutsch-französischen Arbeitsbesprechungen eine durchaus übliche Frage sei, die bedeutete, wenn man deutsch essen geht, bestellt man belegte Brote, verzehrt diese am Tisch und arbeitet weiter; französisch essen zu gehen aber bedeute, das nahegelegene italienische Speiserestaurant aufzusuchen, was eine ausgezeichnete französisch-italienische Küche hat. Es wurde beschlossen, um 12.00 Uhr zum ›französischen‹ Essen aufzubrechen.

Während des Essens wurden intensive Unterhaltungen gepflegt, die aber zu keiner Zeit einen Bezug zur Arbeitsthematik hatten. Um 15.00 Uhr schließlich wurde die Tagung fortgesetzt mit einer ausführlichen Diskussion darüber, wen man von französischer Seite zu der geplanten Konferenz einladen sollte. Die Diskussion wurde unter den französischen Tagungsteilnehmern sehr lebhaft und kontrovers geführt, und man einigte sich schließlich nach etwa einer Stunde auf die einzuladenden Personen. Die Tagungsorganisation wurde vertrauensvoll in die Hände der einladenden Institution gelegt, bis schließlich gegen 16.30 Uhr ein Tagungsteilnehmer bemerkte, daß er in fünf Minuten leider die Versammlung verlassen müsse, da er bei einer späteren Abreise zu lange im Pariser Feierabendstau steckenbleibe. Die noch verbleibende Zeit wurde zur Diskussion eines akzeptablen Termins für ein neues Treffen und einige organisatorische Details aufgewandt. Jedenfalls, um 17.20 Uhr stand ich mitten in Paris an einer Metrostation und stellte mir die

Frage, warum ich zwei Tage meiner Arbeitszeit für eine Arbeitstagung aufwende, um 40 Minuten lang auftragsgemäß ein von mir sorgfältig vorbereitetes Kongreßprogramm vorzustellen, über das aber nicht diskutiert wird und dem auch von französischer Seite kein Gegenvorschlag gegenübergestellt wird. Zudem wurden aus meiner Sicht auf der Tagung eigentlich nur Belanglosigkeiten diskutiert, die so gut wie nichts mit dem vereinbarten Ziel zu tun hatten. Ich war enttäuscht darüber, daß hier eine Chance für eine produktive, sachliche Zusammenarbeit vertan worden war, und verärgert über die verlorene Zeit. Für mich war klar, die Franzosen sind nicht nur desinteressiert an dem, was ich als Deutscher vorschlage, sondern sie sind überhaupt nicht besonders an einer Zusammenarbeit mit Deutschen und schon gar nicht an der Durchführung einer deutsch-französischen Wissenschaftlertagung interessiert.

In einem späteren Gespräch mit dem französischen Tagungsleiter, in dem ich mich kritisch zu diesem ersten Treffen äußerte, wurde mir folgendes erklärt: Über ein Zuspätkommen bei einem Arbeitstreffen würde sich in Frankreich niemand aufregen, wenn, wie in Paris, die Verkehrsverhältnisse für die anreisenden Teilnehmer nicht so gut kalkulierbar seien. Es sei für Franzosen höchst ungewöhnlich, wenn man bei einer ersten Zusammenkunft, anstatt sich langsam kennenzulernen und näherzukommen, sofort mit einer rein sachbezogenen Präsentation beginnt. Kein französischer Teilnehmer käme auf die Idee, zu einer solchen Sitzung mit einer perfekt bis ins Detail ausgearbeiteten Vorlage zu kommen und diese zu präsentieren. Das wäre auch von mir nicht so erwartet worden. Für die französischen Teilnehmer sei mein Vortrag mit seiner Systematik und Detailliertheit zu einem Zeitpunkt, zu dem mich noch niemand gekannt hätte, ein Zeichen für die typisch deutsche Art (eindeutig negativ bewertet) gewesen, mit einer solchen Situation umzugehen. Deshalb hätte sich auch niemand der französischen Teilnehmer von meinem Vortrag angesprochen gefühlt, darauf zu antworten oder eine inhaltsbezogene Diskussion zu beginnen. Aus französischer Sicht sei das eine durchaus sehr gelungene Arbeitstagung gewesen, da man sich kennengelernt hätte, viel miteinander gesprochen hätte und mit der Überzeugung auseinandergegangen wäre, daß es sich lohnen könnte, einmal eine deutsch-französische Wissenschaftlertagung zur interkulturellen Thematik zu starten.

In diesem Gespräch ist mir bewußt geworden, wie weit Deutsche und Franzosen sich kulturell unterscheiden, und zwar in Verhaltensbereichen, in denen man bei benachbarten Völkern mit einer so langen gemeinsamen Vergangenheit überhaupt nicht mehr mit Unterschieden rechnet. Anschließend habe ich die französischen Tagungsteilnehmer bewundert, daß sie überhaupt mit einem Deutschen, der sich aus französischer Sicht in dieser Erstbegegnungssituation so unmöglich verhalten hat, wissenschaftlich kooperieren wollen. Im Laufe der Jahre haben mehrere deutsch-französische Wissenschaft-

lertagungen und vorbereitende Arbeitssitzungen stattgefunden. Fremdkulturelle Erfahrungen habe ich während dieser Konferenzen und Tagungen ständig machen können. Oft habe ich mich geärgert, wie wenig effektiv und sachbezogen in Frankreich gedacht und gearbeitet wird, jedenfalls erschien mir das so. Allmählich aber wurde ich fähig, zwischen der deutschen und der französischen Perspektive ein und desselben Sachverhalts zu wechseln, und hier und da gelang es mir, ungewohnte Verhaltensweisen der französischen Partner als Bereicherung zu erfahren und partiell für mich zu übernehmen.«

2. *Das deutsch-chinesische Verhandlungsproblem.* Von deutsch-chinesischen Joint-Venture-Verhandlungen wird folgende Begebenheit berichtet: »Der Manager eines deutschen Unternehmens ist innerhalb kurzer Zeit zum vierten Mal zu Joint-Venture-Vertragsverhandlungen nach China gereist. Die bisherigen Gespräche fanden in einer außerordentlich angenehmen Atmosphäre statt. Die Chinesen waren sehr interessiert an dem, was der deutsche Manager vorschlug.

Doch richtig vorwärts ging bei diesen Verhandlungen nichts. Inzwischen bekam der deutsche Firmenrepräsentant erhebliche Schwierigkeiten im eigenen Stammhaus. Die Zeit drängte, der Geschäftsführung des Unternehmens schienen die Verhandlungen nicht effektiv genug zu laufen, und man äußerte Mißfallen über die ›wenig glückliche‹ Verhandlungsführung des Beauftragten. Bei diesem stauten sich Frust und Verärgerung auf. Als auch in einer weiteren Verhandlungsrunde keine Einigung zustande zu kommen schien, glaubte der Manager, die Taktik seiner chinesischen Verhandlungspartner endlich durchschaut zu haben. Die wollten ihn doch nur hinhalten, um möglichst viele Informationen aus ihm herauszupressen, mit denen sie dann sein Unternehmen gegen die Konkurrenz ausspielen könnten. Er war wütend und verärgert über seine Verhandlungspartner. Hinzu kamen die Belastungen der zermürbenden Verhandlungswoche.

Zu guter Letzt zeigte er eine Reaktion, die man hierzulande mit dem Ausdruck ›denen mal ordentlich Bescheid sagen‹ und ›kräftig auf den Tisch hauen‹ umschreiben würde. Völlig unvermittelt schrie der Manager seine chinesischen Verhandlungspartner an, er sei nicht mehr bereit, sich weiter hinhalten zu lassen, das ›um den heißen Brei Herumreden‹ müsse endlich aufhören, er wolle Klarheit und Verbindlichkeit, und überhaupt, seine Geduld sei nun am Ende. Für chinesische Verhältnisse wurden diese Beschwerden in einer schockierenden Direktheit und Lautheit vorgetragen. Die chinesischen Verhandlungspartner wurden blaß und schwiegen. Die Verhandlungen kamen nicht zum Abschluß.

Nach seiner Rückkehr in die Heimat erfuhr der Manager von seinem Vorgesetzten, daß dies seine letzte Chinareise gewesen sei. Die Chinesen hätten zwar brieflich weiterhin Interesse an dem geplanten Joint-Venture geäußert, ohne aber auf die von ihm geführten Verhandlungen auch nur mit

einem Wort einzugehen. Man müsse wohl mehr oder weniger wieder von vorne anfangen, und dies mit einem anderen Firmenvertreter.«

Der deutsche Manager hat aus Unkenntnis, aus mangelnder Feinfühligkeit und aufgrund falscher, d.h. kulturinadäquater Begründungskonstrukte (Attributionen) folgende Fehler begangen:

1. Er hat nicht beachtet, daß in China, wie auch in anderen ostasiatischen Kulturen, alle wichtigen Entscheidungen unter den von der Entscheidung betroffenen Personen besprochen, diskutiert und auf gegenseitige Akzeptanz hin überprüft werden. Diese gegenseitige Information und Abstimmung aber kostet viel Zeit. Eine auf diese Weise getroffene Entscheidung ist dann allerdings auch stabil und über lange Zeit hinweg widerstandsfähig.
2. Er hat nicht beachtet, daß gerade dann, wenn die zu treffenden Entscheidungen von großer Bedeutung sind und weitreichende Folgen haben, aus chinesischer Sicht keine Eile geboten ist, sondern eher eine der Bedeutung des Verhandlungsgegenstands angemessen lange Zeit zur Vorbereitung der zu treffenden Entscheidungen und der Verhandlungsführung notwendig ist. Hinzu kommen die in planwirtschaftlich-zentralistischen Systemen üblichen Rücksichtsmaßnahmen auf politische und bürokratische Entscheidungsträger, verbunden mit umständlichen und langwierigen Antrags- und Genehmigungsverfahren. Seine Partner konnten gar nicht schneller verhandeln, selbst wenn sie es gewollt hätten.
3. Er hat nicht beachtet, daß es für Chinesen unüblich ist, Konflikte mit anderen Personen und problematische Situationen dadurch zu bereinigen, daß man die Konflikursachen und die als problematisch erlebte Beziehung offen und sehr direkt anspricht, um auf diese Weise Klarheit in die Beziehungsverhältnisse zu bringen und eine gegenseitig befriedigende Lösung anzustreben. Er hat nicht beachtet, daß Chinesen dazu neigen, über interpersonale Konflikte und Schwierigkeiten hinwegzusehen, sie zu ignorieren und sie allenfalls auf indirektem Wege anzusprechen und zu klären.
4. Er hat nicht beachtet, daß es in China unüblich ist, so unkontrolliert seine Gefühle zu äußern und den Partner zu maßregeln, mit dem man doch weiter verhandeln und eventuell einmal gut zusammenarbeiten möchte. Dies führt in China unweigerlich zu einem so nachhaltigen Gesichtsverlust, daß eine weitere Zusammenarbeit speziell mit diesem deutschen Manager für die chinesischen Verhandlungspartner unmöglich ist. Nur wenn die Person, die ihr Gesicht verloren hat, gegen einen neuen Verhandlungspartner ausgetauscht wird, können die Verhandlungen wieder aufgenommen und zum Abschluß gebracht werden. Das gilt auch für den Fall, daß ein Chinese sein Gesicht verliert.

Auf jeden Fall sind durch das aus deutscher Sicht durchaus verständliche Verhalten des deutschen Managers nicht nur erhebliche Kosten entstanden und die Verhandlungen verzögert worden. Es entstand zudem ein erhebliches Risiko, daß diese Verhandlungen völlig scheitern, kein erfolgreicher Abschluß zustandekommen und die angestrebten langfristigen ökonomischen Erfolge ausbleiben würden.

3. *Die deutsch-amerikanische Begegnung.* Wenn Amerikaner nach einem Studien- oder Arbeitsaufenthalt in Deutschland über ihre Begegnung mit Deutschen berichten, finden sich oft Aussagen folgender Art:

»Es war schwer für mich, Deutsche kennenzulernen. Meist mußte ich jemanden ansprechen, dann waren die Leute oft ganz bereitwillig, sich mit mir zu unterhalten.«

»Man kommt mit Deutschen nur schwer in Kontakt, aber wenn man sie um Hilfe bittet, sind sie hilfsbereit. Sie versuchen jedenfalls, einem zu helfen.«

»Wenn Deutsche ein echtes Interesse an mir hatten, dann stellten sie mir eine Frage. Ansonsten kam auch kein Gespräch auf. Am Anfang habe ich das nicht verstanden; das war für mich sehr schwer.«

»In Deutschland ist mir aufgefallen, daß man sich nicht miteinander unterhält (auch nicht, wenn man zusammen am Tisch sitzt), wenn es nichts Wichtiges zu besprechen gibt. Die Deutschen scheinen auch keinen Druck zu verspüren, wenn sie schweigend zusammensitzen. In den USA ist man dagegen immer gezwungen offen zu sein, Gespräche zu beginnen. Tut man das nicht, so fühlt man sich irgendwie unter Druck. Das ist zwar manchmal ganz nett, mit vielen Menschen in eine Unterhaltung zu kommen, es ist aber auch stressig.«

Wenn ein Deutscher nach einem längeren Studien- oder Arbeitsaufenthalt in den USA über seine Begegnungen mit Amerikanern berichtet, sind oft folgende Aussagen zu finden:

»Das, was mich im Umgang mit Amerikanern überwältigt hat, ist ihre Freundlichkeit, Offenheit, Zwanglosigkeit und Spontaneität. Wo man steht und geht, immer wird man angesprochen, mit einem kurzen ›Hallo‹ begrüßt, und oft kommt ganz spontan, völlig zwanglos ein lockeres Gespräch zustande. Amerikaner geben einem immer das Gefühl, an einem selbst, an dem, was man tut und läßt, interessiert zu sein. Sie sind, was die persönliche Kontaktaufnahme anbetrifft, sehr aufmerksam, äußern sich lobend und schaffen eine insgesamt sehr positive Atmosphäre. Manchmal hatte ich ein Gefühl, als hätten mich die amerikanischen Gesprächspartner geradezu erwartet, obwohl sie mich doch überhaupt nicht kannten, und würden sich nun freuen, mit mir ein Gespräch zu führen. So spontan und schnell, wie ein Gespräch zustande kommt und ein Interesse an einem selbst bekundet wird, so rasch nimmt auch das Interesse wieder ab. Da kann ich Ihnen ein Beispiel aus

eigener Erfahrung berichten: Ich saß in der Cafeteria der Universität, als plötzlich ein amerikanischer Student auf mich zukam und mich sehr freundlich mit Namen begrüßte. Da ich dem amerikanischen Kommilitonen vorher nur ein paar Mal über einen anderen amerikanischen Freund begegnet war und diese Begegnung auch schon über einen Monat zurück lag, war ich sehr erstaunt, daß der Amerikaner sich noch an meinen Namen erinnerte. Aus dieser persönlichen Begrüßung schloß ich, daß der Amerikaner ein gewisses Interesse an mir hatte. Ich war daher sehr überrascht, als er sich nach einem kurzen belanglosen Dialog schnell verabschiedete, ohne dabei ein mögliches Wiedersehen anzusprechen. Diese Beobachtung habe ich häufiger gemacht, und ich habe mich immer wieder gefragt, warum die Amerikaner überhaupt so freundlich auf einen zugehen, einen sogar noch nach längerer Zeit mit Namen begrüßen, obwohl sie scheinbar überhaupt nichts von einem wollen und auch eigentlich kein persönliches Interesse an einem haben.«

Offensichtlich organisieren und interpretieren Amerikaner und Deutsche interpersonale Begegnungssituationen, zumindest Erstbegegnungen oder Begegnungen zwischen flüchtig bekannten Personen, in unterschiedlicher Weise. Sie entwickeln auch unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich des Verlaufs sowie der kurzen und langfristigen Resultate interpersonaler Begegnungen und verfolgen damit unterschiedliche Ziele. Das Grundproblem, das hier thematisiert ist, besteht darin, daß die Art und Weise, wie Amerikaner und Deutsche einander begegnen, wie sie Begegnungssituationen organisieren und interpretieren, offensichtlich kulturspezifisch geprägt ist. Amerikaner organisieren solche Situationen daher eher nach dem Prinzip der Distanzminimierung, d.h. sie sind es gewohnt und fühlen sich gezwungen, die zwischen ihnen und einer anderen Person bestehende psychische Distanz soweit wie möglich zu verringern und einen möglichst positiven, harmonischen Bezug zum Partner herzustellen. Deutsche organisieren vergleichbare Situationen offensichtlich eher nach dem Prinzip der Distanzdifferenzierung, d.h. sie versuchen Abstand zu halten, sich nicht ungefragt in die Angelegenheiten des anderen einzumischen und aus einer abwartenden Haltung heraus den anderen danach »abzutasten«, ob es sich lohnt, ob eine Verpflichtung besteht oder ob es sonstwie sinnvoll erscheint, mit ihm näheren Kontakt aufzunehmen. Wenn es sinnvoll erscheint, kann der Kontakt sehr intensiv und lange andauern, wenn das nicht der Fall ist, lohnt es sich nicht, auch nur ein Wort zu verlieren.

4. Der amerikanische Vorgesetzte und der griechische Mitarbeiter. Divergierende Attributionen in einer kulturellen Überschneidungssituation zwischen amerikanischem Vorgesetzten und griechischem Mitarbeiter:

Verhalten	Attribution
<i>Amerikaner:</i> Wie lange brauchst du, um diesen Bericht zu beenden?	<i>Amerikaner:</i> Ich bitte ihn, sich zu beteiligen.
<i>Grieche:</i> Ich weiß nicht. Wie lange sollte ich brauchen?	<i>Grieche:</i> Sein Verhalten ergibt keinen Sinn. Er ist der Chef. Warum sagt er mir nicht? <i>Amerikaner:</i> Er lehnt es ab, Verantwortung zu übernehmen. <i>Grieche:</i> Ich bat ihn um eine Anweisung
<i>Amerikaner:</i> Du kannst selbst am besten einschätzen, wie lange es dauert.	<i>Amerikaner:</i> Ich zwinge ihn, Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen. <i>Grieche:</i> Was für ein Unsinn! Ich gebe ihm wohl besser eine Antwort.
<i>Grieche:</i> 10 Tage.	<i>Amerikaner:</i> Er ist unfähig, die Zeit richtig einzuschätzen; diese Schätzung ist völlig unrealistisch.
<i>Amerikaner:</i> Besser 15. Bist du damit einverstanden, es in 15 Tagen zu tun?	<i>Amerikaner:</i> Ich biete ihm eine Abmachung an. <i>Grieche:</i> Das ist meine Anweisung: 15 Tage. In Wirklichkeit brauchte man für den Bericht 30 normale Arbeitstage. Also arbeitete der Grieche Tag und Nacht, benötigte aber am Ende des 15. Tages immer noch einen weiteren Tag.
<i>Amerikaner:</i> Wo ist der Bericht?	<i>Amerikaner:</i> Ich vergewissere mich, daß er unsere Abmachung einhält. <i>Grieche:</i> Er will den Bericht haben.
<i>Grieche:</i> Er wird morgen fertig sein.	(Beide attribuieren, daß er noch nicht fertig ist.) <i>Amerikaner:</i> Ich muß ihm beibringen, Abmachungen einzuhalten.
<i>Amerikaner:</i> Aber wir haben ausgemacht, er sollte heute fertig sein.	<i>Grieche:</i> Dieser dumme, inkompetente Chef! Nicht nur, daß er mir falsche Anweisungen gegeben hat, er würdigt noch nicht einmal, daß ich einen 30-Tage-Job in 16 Tagen erledigt habe.
Der Grieche reicht seine Kündigung ein.	Der Amerikaner ist überrascht. <i>Grieche:</i> Ich kann für so einen Menschen nicht arbeiten.

Quelle: Harry C. Triandis/Vasso G. Vassiliou, A Comparative Analysis of Subjective Culture, in: Harry C. Triandis u.a. (Hg.), The Analysis of Subjective Culture, New York 1972, S. 299–335 (Übersetzung durch den Autor).

Offensichtlich haben der amerikanische Vorgesetzte und der griechische Mitarbeiter unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Aufgaben, Pflichten und Verantwortungen ein Chef und ein Untergebener haben. Sie definieren diese Rollen entsprechend ihren Orientierungs- und Bedeutungssystemen. Der amerikanische Vorgesetzte möchte einen ›Mit◀-Arbeiter haben, der mitdenkt, kooperiert und eigenverantwortlich handelt. Der griechische Angestellte sieht im Amerikaner den Chef, der alles kann und alles weiß und deshalb befugt und verpflichtet ist, ausführbare Anweisungen zu geben, denen man zu gehorchen hat. Wer das nicht kann, taugt nicht zum Chef und verdient auch keinen Respekt. So sind Mißverständnisse und Konflikte in der Zusammenarbeit bei allem guten Willen auf beiden Seiten unausweichlich.

5. *Das Interview als problematische interkulturelle Kommunikationssituation.* Ein deutscher Interviewer befragt einen chinesischen Manager, der in Deutschland studiert und promoviert hat und für eine deutsche Firma in Shanghai arbeitet, über seine Erfahrungen und Beobachtungen im Umgang mit seinen deutschen Partnern. Erfaßt werden sollen Verhaltensweisen deutscher Manager in China, die für Chinesen unerwartet, ungewohnt und unverständlich sind. Die so gewonnenen und ausgewerteten Erfahrungen sollen helfen, chinesische Manager, die im deutsch-chinesischen Joint Venture tätig sind oder die einen Arbeitsaufenthalt in Deutschland planen, auf die Bewältigung solcher Situationen vorzubereiten. Dabei entwickelt sich das Interview selbst allmählich zu einer kulturell bedingten problematischen Interaktionssituation. Die nachfolgenden wörtlichen Zitate stammen aus dem Transkript eines Interviews, in dem ein deutscher Forscher einen chinesischen Manager, der deutsch spricht, über kritische Interaktionserfahrungen im Umgang mit deutschen Partnern befragt.

Verhalten (Frage- und Antwortverhalten)	Kognitionen (Intentionen, Attributionen etc.)
<i>Deutscher:</i> Mich interessieren Ihre eigenen Erlebnisse oder Beobachtungen im Umgang mit Deutschen, bei denen sich die Deutschen anders verhielten als sie es erwarteten, und was für sie völlig unverständlich und nicht nachvollziehbar war.	<i>Deutscher:</i> Ich spreche ihn als Experten für interkulturelle Probleme an. Er muß sie kennen, er wird sie mir schildern können. <i>Chineser:</i> Also, ich soll ihm von meinen Problemen mit Deutschen erzählen.
<i>Chineser:</i> In der Tat, es gibt da einen großen Unterschied zwischen der deutschen Mentalität und der chinesischen Mentalität.	<i>Chineser:</i> Probleme zwischen Deutschen und Chinesen auszubreiten, schickt sich nicht, ist unhöflich. Mich als so unwissend darzustellen, daß ich deutsches Verhalten nicht verstehe, will ich nicht und ist eine Zumutung. Eine allgemein gehaltene Zustimmung, daß es Unterschiede gibt, wird den Frager wohl schon zufriedenstellen, und das heikle Thema ist so erledigt.

	<p><i>Deutscher:</i> Er ist für mich der richtige Interviewpartner, nun geht er in die Details.</p>
<p><i>Deutscher:</i> Fällt Ihnen da eine konkrete Situation ein? Irgend etwas, was Sie selbst erlebt oder beobachtet haben?</p>	<p><i>Deutscher:</i> Jetzt geht es los! <i>Chineser:</i> Was soll die Frage? Der hat noch nicht verstanden, daß ich darauf im Detail nicht eingehen will und kann.</p>
<p><i>Chineser:</i> Im Moment nicht, nur generell so.</p>	<p><i>Chineser:</i> Das ist doch wohl deutlich genug, aber nicht unhöflich. <i>Deutscher:</i> Der hat noch immer nicht richtig verstanden, auf was ich hinaus will. Da muß ich etwas deutlicher werden.</p>
<p><i>Deutscher:</i> Wenn Sie vielleicht an Verhandlungen oder Besprechungen denken oder solche Bereiche.</p>	<p><i>Chineser:</i> Dem muß ich jetzt klar machen, daß ich keine Probleme mit den Deutschen habe, damit er mich positiv einschätzt und mit der persönlichen Fragerei aufhört. Aber ich muß ihn auch höflich behandeln.</p>
<p><i>Chineser:</i> Ja, für mich ist das natürlich ersichtlich, weil ich 12 Jahre in Deutschland gewesen bin und die deutsche Mentalität ein wenig kenne, und ich bin selbst Chineser und kenne auch die Chinesen. Für mich ist das offensichtlich, aber für manche Chinesen, die noch nie in Deutschland gewesen sind und sich nur über die Sprache mit den Deutschen verständigen können, aber nichts von dem sozialen Hintergrund wissen, da gibt es in der Tat Probleme.</p>	<p><i>Deutscher:</i> Also er kann doch von anderen etwas berichten, wenn er selbst keine Probleme hat. Jetzt nachfassen!</p>
<p><i>Deutscher:</i> Haben Ihnen andere schon mal von solchen Problemen berichtet, oder was wäre für Sie eine Situation, wo es für Sie ersichtlich wäre und für jemand, der die Deutschen nicht so gut kennt, schwierig zu verstehen?</p>	<p><i>Chineser:</i> Der Deutsche will einfach nicht verstehen. Jetzt wühlt er schon wieder in Problemen.</p>
<p><i>Chineser:</i> Ich kann Ihnen momentan kein konkretes Beispiel nennen. Das fällt mir jetzt nicht ein. Es sind auch Kleinigkeiten, die im Alltag öfter passieren, das fällt auch nicht weiter auf. Denn was ist schon ein Mißverständnis. Ein Mißverständnis ist der Schmierstoff des Lebens. Damit kann man durchaus leben.</p>	<p><i>Deutscher:</i> Der weicht mir wieder aus; aber so einfach kommst Du mir nicht davon!</p>
<p><i>Deutscher:</i> Aber es kann ja auch zu ernsthaften Mißstimmungen kommen, wenn man etwas falsch versteht.</p>	<p><i>Chineser:</i> Wenn er schon nicht von der peinlichen und primitiven Fragerei lassen will, dann wäre es erträglicher, wenn die Probleme deutscher Manager im Umgang mit Chinesen angesprochen werden könnten.</p>

Chinesische: Mit Chinesen ist das nicht so leicht. *Deutscher:* Ich verstehe nicht, warum er meine konkreten Fragen nicht beantwortet. Warum weicht er immer aus? Versteht er immer noch nicht, worum es hier geht; will er es nicht verstehen oder will er nicht mit der Sprache heraus? Das ganze Drumherumgerede bringt nichts mehr. Ich werde das Interview wohl beenden müssen.

Das Interviewthema verlagert sich nun mehr und mehr auf die möglichen Probleme deutscher Manager, mit der Lebens- und Arbeitssituation in China zurechtzukommen.

Quelle: Alexander Thomas/Eberhard Schenk, Abschlußbericht zum Forschungsprojekt »Handlungswirksamkeit zentraler Kulturstandards in der Interaktion zwischen Deutschen und Chinesen«, Regensburg 1996, S. 113–140 (unveröffentl.).

Was in der Spalte »Kognitionen« thematisiert ist, sind lediglich Vermutungen über das, was der deutsche Interviewer bzw. der chinesische Befragte gedacht und empfunden haben. Das meiste davon wird den beteiligten Personen während des Interviews sicher nur in Ansätzen, verschwommen, andeutungsweise oder überhaupt nicht bewußt gewesen sein, jedenfalls nicht so bewußt, daß man sie darüber hätte nachträglich befragen können. Manches ist nur vage erahnt, gespürt, emotional empfunden worden oder hat sich als diffuse Stimmungslage im Erleben niedergeschlagen.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß eine weltweit wissenschaftlich anerkannte und praktizierte Methode der Datenerhebung, die zudem in den empirischen Sozialwissenschaften am häufigsten angewandt wird, in einem interkulturellen Forschungskontext höchst problematisch sein kann. Die Befragungssituation selbst und die darin ablaufenden kommunikativen Akte sind so sehr von kulturspezifischen Einflüssen auf seiten des Interviewers und der befragten Person bestimmt, daß der Einsatz dieser Methode – und sei es auch nur in Form »narrativer« Interviews ohne vorherige Festlegung und Strukturierung der Gesprächsinhalte durch den Versuchsleiter – so sehr zu Interaktions- und Kommunikationsproblemen führen kann, daß die Resultate nichts anderes als Artefakte sind, die mit dem tatsächlichen Erleben und Verhalten der befragten Person relativ wenig zu tun haben.

Kultur als Orientierungssystem

Ein zentrales Bedürfnis des Menschen ist es, sich in seiner Welt zurechtzufinden, sich orientieren zu können und die lebenswichtigen Bereiche zu kontrollieren, d.h. zutreffende Vorhersagen machen zu können, Kausalitäten zu erfassen und unerwartete, unangenehme Ereignisse so zu beeinflussen, daß sie gut enden. Das Bedürfnis nach Orientierung ist nur dann zu befriedigen, wenn das Individuum über einen ausreichend großen Bestand an verläßli-

chem Wissen über seine gegenständliche und soziale Umwelt und über Erfahrungen darüber verfügt, wie mit diesem Wissen sachgerecht und effektiv umzugehen ist, und Fähigkeiten besitzt, gegebene Situationen entsprechend den eigenen Intentionen zu verändern. Bei all dem bietet das, was wir hier ›Kultur‹ nennen, insofern wertvolle Hilfen, als sie uns ermöglicht, den uns umgebenden Dingen, Personen, aber auch Ereignisfolgen und ganzen Prozeßabläufen resp. Handlungssequenzen Bedeutung und Sinn zu verleihen. Diese im Prozeß der Wahrnehmung resp. Informationsverarbeitung erfolgende, gleichsam automatisch, also ohne besonderen psychischen Aufwand sich vollziehende Sinnstiftung ist zwar ein individueller Akt und eine für jede Person einmalige individuelle Leistung, die aber zugleich über Vermittlung durch die Kultur die kollektiven, sozial verbindlichen Werte, Normen und Regeln mitenthält. Unter ›normalen‹ Alltagsbedingungen bei einem Leben in unserem Kulturkreis können wir uns mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf verlassen, daß unsere individuelle Sicht der Welt auch von unseren Mitmenschen verstanden, wenn auch nicht von allen in gleicher Weise akzeptiert und geteilt wird. In Sonderfällen bedarf es näherer Erläuterungen, um ein Verständnis zu erzielen oder um selbst den anderen zu verstehen. Für die normale Alltagskommunikation und -interaktion reicht aber das gemeinsame, kulturspezifische Hintergrundwissen zum gegenseitigen Verständnis aus, ohne daß noch eine zusätzliche Explikation notwendig wäre.

Im Verlauf des individuellen Sozialisationsprozesses, durch den das Individuum »in Auseinandersetzung mit anderen Personen die ihm gemäßen Muster sozial relevanten Verhaltens und sozial relevanter Erfahrungen entwickelt«¹, und dem damit zusammenhängenden Prozeß der Enkulturation wächst der Einzelne in die soziale Gemeinschaft hinein. »Sozialisation findet nicht nur in der Kindheit oder in bestimmten Lebensabschnitten statt, sondern vollzieht sich während der gesamten Lebensspanne eines Menschen. Dabei sind in den einzelnen Entwicklungsphasen jeweils spezifische sozial relevante Verhaltensweisen zu erlernen, damit die in der Auseinandersetzung mit der sozialen Umwelt sich stellenden Aufgaben gelöst werden können.«²

Der Erfolg dieser im Zuge der Sozialisation stattfindenden Enkulturation besteht genau darin, die Welt so zu verstehen und mit ihr so umgehen zu können, wie es die Mitmenschen in der eigenen sozialen Gemeinschaft auch tun, verstehen und akzeptieren. Auf diesem Hintergrund läßt sich eine auch für psychologische Analysen interkultureller Begegnungen gut geeig-

1 Edward F. Zigler/ Irvin L. Child, Socialization, in: Gardner Lindzey/ Elliot Aronson (Hg.), *The Handbook of Social Psychology*, Bd. III, 2. Aufl. Reading, Mass. 1969, S. 450–589, hier S. 474.

2 Alexander Thomas, *Grundriß der Sozialpsychologie*, Bd. 1: *Grundlegende Begriffe und Prozesse*, Göttingen 1991, S. 199.

nete Definition von Kultur bestimmen: »Kultur ist ein universelles, für eine Gesellschaft, Organisation und Gruppe aber sehr typisches Orientierungssystem. Dieses Orientierungssystem wird aus spezifischen Symbolen gebildet und in der jeweiligen Gesellschaft usw. tradiert. Es beeinflusst das Wahrnehmen, Denken, Werten und Handeln aller ihrer Mitglieder und definiert somit deren Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Kultur als Orientierungssystem strukturiert ein für die sich der Gesellschaft zugehörig fühlenden Individuen spezifisches Handlungsfeld und schafft damit die Voraussetzungen zur Entwicklung eigenständiger Formen der Umweltbewältigung.«³ Als Handlungsfeld bietet die Kultur Handlungsmöglichkeiten, stellt aber auch Handlungsbedingungen: »Sie bietet Ziele an, die mit bestimmten Mitteln erreichbar sind, setzt zugleich aber auch Grenzen des möglichen oder ›richtigen‹ Handelns.«⁴

Wer in seiner Kultur längere Zeit einen solchen Sozialisationsprozeß durchlaufen hat, der kennt sich aus, weiß über das, was er zu tun und zu lassen hat, Bescheid, erfährt ständige Bestätigung aus seiner sozialen Umwelt, wenn er sich den bestehenden Normen und Regeln entsprechend verhält, und erlebt bei Abweichungen direkte oder indirekte Mißbilligung oder muß die Erfolglosigkeit seiner Anstrengungen leidvoll erfahren. Die durch Sozialisation erreichte Enkulturation erfolgt auf dem Wege des sozialen Lernens, des Verstärkungs- und Vorbildlernens. Solange die sozial relevanten Einstellungen und Verhaltensweisen noch nicht in ausreichendem Maße eingeübt und beherrscht werden, kommt es zu Störungen im Handlungsablauf, die zur Aktivierung mehr oder weniger bewußter kognitiver Kontroll- und Feedback-Prozesse führen. Das Individuum überlegt selbst, wie die Probleme zukünftig gemeistert werden können, holt Rat und Unterstützung bei anderen ein oder wird von anderen Personen direkt auf das entstandene Problem und Möglichkeiten seiner Lösung angesprochen. Nach erfolgreichem Verlauf der sozialen Lernprozesse sind Wahrnehmungs-, Denk- und Beurteilungssowie Verhaltensschemata so entwickelt und implementiert, daß der Handelnde über ihre Funktionsweisen, ihre Dynamik und ihre Folgen nicht mehr nachzudenken braucht. Sie sind so in die Handlungsroutine eingegangen, daß sie in der Regel nicht mehr bewußtseinspflichtig sind. Allenfalls bei unerwarteten Ereignissen und Reaktionen des Interaktionspartners oder an anderen beobachteten ungewöhnlichen Ereignisfolgen, besonders wenn sie gehäuft in ähnlichen Situationen auftreten, kommt es unter günstigen Umständen, evtl. erst mit Unterstützung durch andere, zum Überdenken, zur kritischen Kontrolle und zur Veränderung der Denk- und Handlungsrou-

3 Ders. (Hg.), Kulturvergleichende Psychologie. Eine Einführung, Göttingen 1993, S. 380.

4 Ernst E. Boesch, Kultur und Handlung – Eine Einführung in die Kulturpsychologie, Bern 1980, S. 17.

nen, was neue Prozesse sozialen Lernens erfordert. Dies rechtfertigt auch die Behauptung, daß Sozialisation und Enkulturation sowie Lernen allgemein ein lebenslanger und nicht allein auf die ersten Lebensjahrzehnte begrenzter Prozeß sei.

So betrachtet, liefert eine erfolgreiche Sozialisation dem Individuum die Werkzeuge, mit denen es sich in seiner Welt zurechtfinden und orientieren kann. Die Werkzeuge können zur Anpassung an gegebene Verhältnisse der natürlichen und sozialen Umwelt, aber auch zur Veränderung des Bestehenden eingesetzt werden. So wird beides möglich: Adaptation und Innovation.

Die in den oben beschriebenen fünf Beispielen interkultureller Begegnung einbezogenen Personen hatten alle einen kulturspezifischen Sozialisationsprozeß durchlaufen. Sie kannten sich aus, sie wußten Bescheid, sie konnten sich gut orientieren, und sie wußten mit den Werkzeugen umzugehen, bis sie mit Menschen konfrontiert wurden und mit ihnen zusammenarbeiten mußten, die eine andere Art von Sozialisation durchlaufen hatten. Sie hatten dabei andere sozial relevante Einstellungen, Werte, Normen und Verhaltensweisen kennengelernt, andere Werkzeuge zur Anpassung und Innovation in die Hand bekommen, also eine andere Kultur und damit andere Orientierungssysteme entwickelt. In den Beispielen treffen Menschen aufeinander, die in unterschiedlichen Kulturen sozialisiert worden sind, ihre kulturspezifischen Einstellungen, Werte, Normen, Regeln und Verhaltensweisen gelernt haben und wissen, wie man damit umzugehen hat.

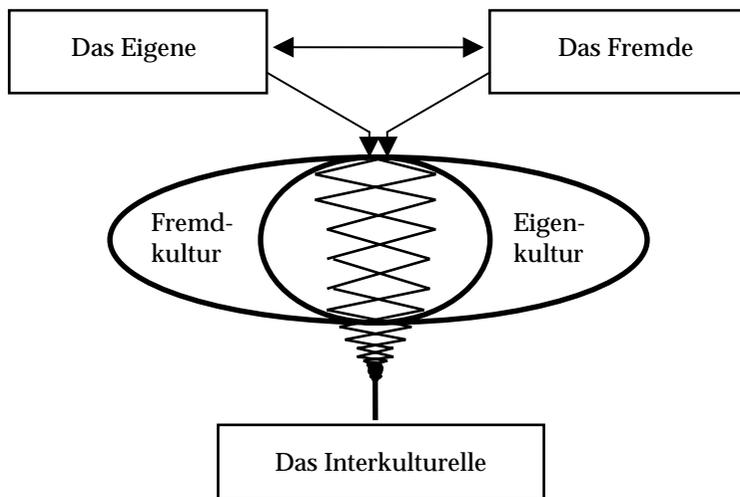
Das alles für sich genommen, provoziert noch keine problematische Begegnungssituation, sondern weckt vielleicht Neugier, den anderen näher kennenzulernen, oder fördert Ängste, Ablehnung und Rückzug. Als problematisch wird eine Kommunikations- und Interaktionssituation erst dann wahrgenommen, wenn

- die Begegnung und die erwarteten Resultate für einen Partner oder für beide bedeutsam sind,
- die Partner gegenseitig gehäuft unerwartete Reaktionen in bedeutsamen Phasen des Interaktionsprozesses erfahren,
- die Partnerreaktionen mit den bekannten Orientierungsschemata nicht mehr zu erfassen und zu verstehen sind,
- der Partner auf die ihm vermittelten eigenen Intentionen und der Verständigung dienenden Aktionen nicht adäquat reagiert resp. sie nicht versteht,
- der Handelnde sich in einer Situation befindet, in der er seine soziale Umwelt *und* sich selbst nicht mehr versteht, da die bisher eingesetzten Werkzeuge zur Orientierung und Verhaltenssteuerung nicht mehr taugen.

Die Dramatik dieses gegenseitigen Unverständnisses wird getragen durch die Tatsache, daß

- beide Partner unterschiedliche Orientierungssysteme besitzen, die ihnen in ihrer Kultur und für ihren Lebenskontext die natürliche und soziale Umwelt verstehbar, kontrollierbar, beeinflussbar und beherrschbar werden lassen (kulturelle Divergenz),
- beide Partner glauben, daß ihr Orientierungssystem für alle anderen Menschen in gleicher Weise gültig sei resp. zu sein habe (Generalisierung),
- beiden Partnern ihr Orientierungssystem zur Selbstverständlichkeit geworden ist und keiner kritischen Kontrolle und Reflexion mehr bedarf (Routinisierung).

Abbildung 1: Dynamische Einflußfaktoren in kulturellen Überschneidungssituationen



Für die in kulturellen Überschneidungssituationen tätigen Personen ergeben sich aus dieser Dynamik eine Reihe unterschiedlicher Anforderungen, die sich den drei Themenkomplexen ›eigenkulturelle Thematik‹, ›fremdkulturelle Thematik‹ und ›interkulturelle Thematik‹ zuordnen lassen (s. Abb. 1).

Die zu bewältigenden Anforderungen sind um so größer, je bedeutsamer die Begegnung ist, je wichtiger die erwarteten Resultate für die Partner sind und je divergenter die kulturellen Orientierungssysteme erlebt werden. Eine einmalige, flüchtige Begegnung zwischen zwei Studenten aus unter-

schiedlichen Kulturen stellt weit geringere Anforderungen als das geschilderte Fallbeispiel 2 ›Das deutsch-chinesische Verhandlungsproblem‹ und Fallbeispiel 4 ›Der amerikanische Vorgesetzte und der griechische Mitarbeiter‹ oder das Fallbeispiel 5 ›Das Interview als problematische interkulturelle Kommunikationssituation‹.

Das Eigene: Wie bereits ausgeführt, gehen wir üblicherweise davon aus, daß so, wie wir uns verhalten, sich auch alle anderen Menschen verhalten. Wir generalisieren unsere Kultur und unser Orientierungssystem auf alle Menschen. So, wie wir die Welt wahrnehmen, wie wir sie beurteilen, wie wir die Welt und die Menschen, mit denen wir es zu tun haben, zu beeinflussen versuchen, so meinen wir, ist es richtig und angemessen. Andere Formen der Wahrnehmung, der Beurteilung und Beeinflussung erscheinen uns zunächst einmal als falsch, nicht ganz richtig, lückenhaft, primitiv usw. »Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!« galt nicht nur jahrzehntelang als Leitsatz deutscher Außenpolitik, vielmehr lagen vergleichbare Vorstellungen explizit oder implizit der Kolonialpolitik aller Großmächte und unterschwellig auch der Entwicklungshilfepolitik der 1960er und 1970er Jahre zugrunde. Bis heute ist auch die internationale Zusammenarbeit in Wirtschaft und Politik nicht frei von solchen ethnozentrischen Orientierungen mit einem nicht zu übersehenden Missionierungsanspruch. Ethnozentrische Weltbetrachtungen dieser Art sind keineswegs historische Reminiszenzen, sondern scheinen allmählich wieder in Mode zu kommen, falls sie jemals aus der Mode waren.

Im Laufe der individuellen Entwicklung – so war bereits dargelegt worden – sind uns die eigenen Wahrnehmungsweisen, die eigenen Arten des Urteilens, die eigenen Formen der Beeinflussung und die eigenen Verhaltensweisen so zur Gewohnheit und Selbstverständlichkeit geworden, sie sind so in die Routine übergegangen, daß wir sie nicht mehr als etwas Besonderes, Spezifisches und Eigenständiges bemerken.

Unter diesen Bedingungen ergeben sich im Zusammenhang mit den notwendigen Prozessen des interkulturellen Lernens, des interkulturellen Verstehens und der Entwicklung einer interkulturellen Handlungskompetenz die Aufgaben, die eigenkulturellen Bedingungen des Wahrnehmens, Denkens und Verhaltens zu thematisieren, zu reflektieren, ihre Eigenständigkeiten und Besonderheiten zu erkennen und verstehen zu lernen.

Für den deutschen Professor im ersten Fallbeispiel stand außer Frage, daß der Zweck des Arbeitstreffens in Frankreich darin bestand, das geplante Kongreßprogramm vorzubereiten und abzustimmen. Seiner Ansicht nach gehört dazu, daß alle Arbeitsgruppenmitglieder vorbereitet sind, ihre Vorstellungen zu präsentieren und eine verbindliche Kongreßplanung vorzunehmen. So und nicht anders erledigt ein professionell arbeitender Professor die gestellte Aufgabe. Das Verhalten des deutschen Professors ist durch den

für Deutsche sehr typischen Kulturstandard ›Sachorientierung‹ gesteuert.⁵ Für ihn ist klar, daß nicht er einen Fehler macht oder eine kritische Situation provoziert, sondern die Franzosen, die zu spät kommen, zu früh gehen, zu lange essen und dabei noch mitten am Tag Wein trinken.

Für den deutschen Manager im zweiten Fallbeispiel ist es selbstverständlich, daß nach einer angemessenen Zeit die Verhandlungen zum Abschluß kommen müssen, zumal wenn alles Wichtige zum Gegenstand bereits besprochen ist. Nach dem deutschen Kulturstandard ›Regelorientierung‹ hätten die Verhandlungen längst positiv oder negativ abgeschlossen sein können und müssen. Einer längeren Verhandlungsdauer kann aus seiner Sicht nur eine bewußte Verhandlungsverzögerung, in Verbindung mit einer absichtlichen Regelverletzung zur Durchsetzung unlauterer Absichten (Hinhaltetaktik mit Ausbeutungsintention), zugrunde liegen.

Auch der deutsche Interviewer im fünften Beispielfall ist sich sicher, daß man Menschen nach allem fragen kann, von dem sie etwas verstehen resp. was sie selbst erlebt haben, und daß sie im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung dann über ihre Erlebnisse wahrheitsgetreu berichten werden, also so, wie es gewesen ist. Der Interviewer unterstellt, daß für den chinesischen Interviewpartner der Kulturstandard ›Direktheit und Wahrhaftigkeit‹ genauso gilt wie für ihn selbst.

Keiner der Handelnden in den Beispielen reflektiert seine eigenen Denk- und Verhaltensgewohnheiten und kommt auf die Idee, daß sie vielleicht nur *eine* mögliche Spielart, Handlungsmaxime, Weltsicht unter vielen anderen ist. Das Eigene, das Typische am Eigenen wird niemandem bewußt.

Das Fremde: Menschen aus anderen Kulturen, anderen kulturellen, religiösen und sozialen Traditionen, aus anderen Wert-, Rechts- und Wirtschaftssystemen, aus anderen natürlichen und sozialen Lebensbedingungen haben abweichende Formen des Wahrnehmens, Urteilens, Empfindens und Handelns entwickelt. Sie sind unter anderen geographischen, klimatischen, wirtschaftlichen, politischen, sozialen und geistig-kulturellen Bedingungen aufgewachsen und haben somit auch andere Überlebensstrategien, Formen der Problembewältigung und der Lebensgestaltung erfunden und für sich verbindlich festgelegt. Vielleicht ist in einer fremden Kultur manches so entwickelt worden wie in der eigenen, aber sicher ist vieles auch sehr anders. Da die in anderen Kulturen sozialisierten Menschen ebenfalls davon ausgehen, daß so, wie sie sich verhalten, es alle anderen Menschen auf der Welt auch tun, und daß ihr Verhalten das einzig richtige und erfolgversprechende ist, sind die Interaktionspartner in einer kulturellen Überschneidungssituation in dop-

5 Alexander Thomas (Hg.), *Psychologie interkulturellen Handelns*, Göttingen 1996; Bernard Nuss, *Das Faustsyndrom. Ein Versuch über die Mentalitäten der Deutschen*, Bonn 1993; Thomas/Schenk, *Abschlußbericht »Handlungswirksamkeit«*.

pelter Weise blind: für das Eigene *und* für das Fremde. Aus der zu erwartenden Unterschiedlichkeit der Orientierungssysteme und der verhaltenssteuernden Kulturstandards ergeben sich im Zusammenhang mit interkulturellem Lernen, Verstehen und Handeln folgende Anforderungen: 1. Erkennen der fremdkulturellen Bedingungen des Wahrnehmens, Denkens, Urteilens, Empfindens und Handelns; 2. Verstehen dieser fremdkulturellen Formen der Lebens- und Problembewältigung; 3. Anerkennen, daß diese Formen ebenso vernünftig und sinnvoll sein können wie die eigenen Formen der Lebensbewältigung.

Hätten beispielsweise die amerikanischen Studenten im Fallbeispiel 3 ›Deutsch-amerikanische Begegnung‹ gewußt, daß es in Deutschland als Tugend gilt, sich nicht unaufgefordert in die Angelegenheiten eines anderen Menschen einzumischen, sich eher zurückzuhalten und sich nicht aufzudrängen, zugleich aber auf eine Bitte um Hilfe mit entsprechendem Verhalten zu reagieren, dann hätten sie das aufgrund ihres kulturspezifischen Orientierungssystems als abweisend und unfreundlich interpretierte Verhalten der Deutschen besser verstehen und adäquater bewerten können.

Ähnliches gilt auch für den deutschen Manager in Fallbeispiel 2, der – wie ausgeführt – aus Unkenntnis des Fremden und aus mangelnder Feinfühligkeit sowie aufgrund kulturinadäquater Begründungskonstrukte eine Reihe gravierender Fehler begangen hat. Aber wie hätte er sich verhalten sollen, damit unter Berücksichtigung der geschilderten Rahmenbedingungen und des Verhandlungsverlaufs seine Verhandlungen erfolgreich beendet worden wären? Nachdem die Verhandlungen sehr erfolversprechend begonnen hatten, bereits viele Gespräche durchgeführt wurden, der deutsche Manager immer wieder neue Informationen nachgeschoben sowie seine Bereitschaft zu Zugeständnissen und Konzessionen gezeigt hatte, schienen die Verhandlungen aus seiner Sicht auf ein für ihn positives Ergebnis zuzulaufen. Als er schließlich bemerkte, daß im Sinne des angestrebten Verhandlungsergebnisses bisher noch nichts Substantielles erreicht worden war, hätte er sich zunächst einmal gezielt um Informationen über den Verlauf der internen Diskussions- und Abstimmungsprozesse bei den Chinesen bemühen müssen. Dazu hätte er beispielsweise eine chinesische Vertrauensperson einschalten können, die über ihr persönliches Beziehungsnetz (Gesicht wahren, chinesisch: *guanxi*) Informationen darüber hätte einholen können, welche Teile des Verhandlungspakets unstrittig sind und welche Abstimmungen, Entscheidungen, Genehmigungen usw. noch ausstanden.

Falls ihm keine Mittelsperson für diese Aufgabe zur Verfügung gestanden hätte, wäre es für ihn möglich gewesen, vorsichtig und auf indirekte Weise den Leiter der chinesischen Verhandlungsdelegation darüber zu informieren, daß er seitens seiner deutschen Vorgesetzten immer wieder Anfragen bekommt, wie weit die Verhandlungen nun gediehen seien und wann

man zum Abschluß kommen könne. Er hätte seinem chinesischen Verhandlungspartner zu verstehen geben können, daß er versuche, seine Vorgesetzten davon zu überzeugen, daß die Verhandlungen auf einem guten Wege seien, daß aber noch viele Details im Verhandlungspaket in China besprochen werden müßten und daß es zur Klärung einer längeren Zeit bedürfe. Er könnte zudem seinen Partner darauf hinweisen, daß die deutschen Vorgesetzten nun eine Art Zwischenbescheid benötigen, damit sie den Fortschritt der Verhandlungen beurteilen können. Er könnte vorschlagen, mit dem chinesischen Partner zusammen zu überlegen, mit welchen Informationen man seine Vorgesetzten in Deutschland überzeugen könnte, daß die Verhandlungen bisher gut verlaufen sind und daß man sich weiterhin um eine Einigung auf ein Verhandlungsergebnis bemüht. So könnte der deutsche Manager in dieser Situation fünf für ihn wichtige Ziele erreichen:

- Er signalisiert seinem chinesischen Partner, daß er von einer positiven Verhandlungsabwicklung ausgeht, und daß er, damit das so bleibt, seine Kooperationsbereitschaft bei der Erstellung von Argumentationshilfen benötigt.
- Falls der chinesische Partner auf dieses Angebot eingeht, erhält er konkrete Informationen über den Stand der Abstimmungsprozesse auf chinesischer Seite. Er gewinnt dadurch Klarheit und Orientierungssicherheit. Falls ihm der Chinese diese Zusammenarbeit verweigert, indem er ihn mit nichtssagenden Floskeln abspeist, ihn nicht unterstützt, dient das ebenfalls der Klarheit.
- Falls der chinesische Partner ihm die erbetene Unterstützung gibt, gewinnt er wieder Kontrolle über die Situation. Er hat erreicht, daß der chinesische Partner ihn informiert, und er kann aufgrund dieser Informationen gegenüber seinen Vorgesetzten seine Leistungsfähigkeit in der Beherrschung der schwierigen Verhandlungssituation unter Beweis stellen.
- Der deutsche Manager kann über diese zunächst harmlos erscheinende Bitte um Unterstützung und Kooperation prüfen, ob es dem chinesischen Partner wirklich um Zusammenarbeit geht oder ob das Verhalten tatsächlich ein Resultat von Hinhaltetaktik, Informationsausbeutung und Ausspielen gegenüber Konkurrenten ist.
- Falls dieser Versuch, auf indirektem Wege Informationen über den Entscheidungsprozeß auf chinesischer Seite zu bekommen, fehlschlagen sollte, bestünde für den deutschen Manager immer noch die Möglichkeit, den chinesischen Partnern zu signalisieren, daß er wegen anderweitiger Verpflichtungen zunächst einmal für längere Zeit nach Deutschland zurückreisen müsse, daß er aber jederzeit als Gesprächspartner zur Verfügung stünde, falls die Verhandlungen weitergeführt werden sollten. Er könnte sich so zunächst einmal von dem auf ihm lastenden Druck befreien, die chinesischen Partner schnell zu einem Verhandlungsabschluß zu

bringen. Die Gesprächs- und Verhandlungsinitiative läge nun bei den Chinesen, die – falls sie wirklich ein so hohes Interesse an dem angebotenen Produkt und dem geplanten Joint Venture haben – darauf über kurz oder lang eingehen würden.

Für den deutschen Manager ist es von entscheidender Bedeutung, in der geschilderten Situation Handlungs- und Entscheidungsblockierungen aufgrund überstarker emotionaler Belastungen zu verhindern. Durch ein kulturadäquates Kommunikations- und Kooperationsverhalten (Gesicht wahren, *guanxi*) kann er ein für beide Seiten produktives und zufriedenstellendes Gesprächs- und Arbeitsklima schaffen.

Dieses Verhalten bedeutet noch keineswegs, sich nur nach den chinesischen Kulturstandards zu richten, sich völlig anzupassen und alle eigenen Wertvorstellungen und Normen aufzugeben. Das geschilderte Lösungsverhalten zielt ab auf: 1. Informationssammlung und Situationsanalyse, 2. Kooperationsangebot zum gemeinsamen Vorteil, 3. eigene Vorstellungen und Wünsche sozial verträglich und mit Überzeugung zu vermitteln, 4. Kontrolle über das Geschehen zu behalten und 5. alle sich bietenden, kulturspezifischen Handlungsmöglichkeiten unter Beachtung der kulturspezifischen Handlungsgrenzen zur Problemlösung zu nutzen.

Das Interkulturelle: Man kann sich mit den eigenen Denk- und Verhaltensgewohnheiten befassen und mit den an Menschen aus fremden Kulturen zu beobachtenden Denk- und Verhaltensweisen beschäftigen. Man kann beides zur Kenntnis nehmen und beides mit Interesse vergleichen, ohne davon in seinem eigenen Denken und Verhalten berührt zu werden. Die eigene Betroffenheit setzt aber spätestens dann ein, wenn es darum geht, mit Menschen aus anderen Kulturen zusammenzuarbeiten. In diesem Falle reicht es nicht mehr aus, das Eigene zu reflektieren und das Fremde zur Kenntnis zu nehmen. Der Zwang bzw. die Absicht zur Zusammenarbeit provoziert und erzwingt die Bewältigung einer neuen Anforderung. Eigenes und Fremdes muß unter den Bedingungen interkultureller Zusammenarbeit aufeinander abgestimmt werden. So hat Eigenes und Fremdes seinen je spezifischen Stellenwert in der Kommunikation und Kooperation in kulturellen Überschneidungssituationen. Unterscheiden lassen sich folgende Handlungsalternativen:

1. Es muß geprüft werden, inwieweit das Eigene und das Fremde miteinander übereinstimmen (kulturelle Identität), in welchem Maße Eigenes und Fremdes voneinander abweichen (kulturelle Differenz) und inwieweit Elemente des Eigenen und des Fremden nebeneinander bestehen können (kulturelle Kompatibilität).
2. Weiterhin muß geprüft werden, was vom Eigenen in Richtung auf das Fremde geändert werden kann. Wie weit kann und sollte man sich dem Fremden anpassen? Keinerlei Anpassung und Anpassungsbereitschaft führen eventuell zu direkten Konflikten mit dem Fremden. Ein solches

Verhalten kann von den Gastlandbewohnern als arrogant, hochnäsiger, dominant und abweisend empfunden werden. Völlige Anpassung an die Fremde kann zur Karikatur werden und ins Lächerliche abgleiten, wie das z.B. mit einem Afrikaner passiert, der in Lederhose und Seppelhut den Hamburger Hafen besichtigt.

3. Es muß geprüft werden, wie das Fremde in Richtung auf das Eigene geändert werden kann, welche Möglichkeiten bestehen, dem Fremden die eigenen Ziele und Verhaltensgewohnheiten so zu vermitteln, daß er sie erkennen, anerkennen und sich ihnen eventuell annähern kann. Oft wird der Fremde direkt zur Anpassung gezwungen, oder die Lebensverhältnisse im Gastland erzwingen indirekt eine Anpassung an die Verhaltensgewohnheiten im Gastland.
4. Es muß geprüft werden, welche produktiven oder destruktiven Konsequenzen solche Änderungs Bemühungen in Richtung auf das Fremde und in Richtung auf das Eigene haben.

Die hier geforderten Prüfungen im Rahmen der interkulturellen Thematik können nur unter günstigen Umständen vom Individuum allein vorgenommen werden. Der Austausch und die Diskussion fremdkultureller Erfahrungen mit anderen betroffenen Personen ist ein hilfreiches und häufig praktiziertes Mittel, diese Prüfungsanforderungen zu bewältigen. Bei steigenden Anforderungen an die Qualität interkultureller Kooperation, ob im Jugend-, Schüler- oder Wissenschaftsaustausch oder in der berufsbedingten, internationalen Zusammenarbeit, ist es allerdings erforderlich, daß wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Bereich der kulturvergleichenden Forschung zur Prüfung herangezogen werden bzw. themenspezifische Forschungen zur Begründung und Kontrolle der notwendigen Prüfungen durchgeführt werden. Daraus ergeben sich unter den Bedingungen interkulturellen Lernens, Verstehens und Handelns spezifische Anforderungen:

1. das Erfassen der kompatiblen (miteinander in Übereinstimmung zu bringenden) Elemente des Eigenen und Fremden und Prüfen von Änderungsrichtung und Änderungsstärke der inkompatiblen (einander widerstrebenden) Elemente. Die kompatiblen Elemente erlauben gegenseitige Annäherung. Die tatsächlich inkompatibel erscheinenden Elemente sind in der Regel resistent gegenüber Kompromißbemühungen. Kompatible Elemente können sein: Begegnungs- und Kommunikationsrituale, Organisationsregeln. Inkompatible Elemente können sein: religiös begründete und wertbehaftete Tabubereiche, Menschenrechtsverletzungen und alle sich gegenseitig ausschließenden Verhaltensregeln, Werte und Normen.
2. Entwickelt werden muß unter Berücksichtigung der interkulturellen Thematik *Toleranz* für Ambiguitäten, d.h. unklare und zunächst widersprüchlich erscheinende Situationen und Verhaltensreaktionen sind zu akzeptieren und partiell zu ertragen.

3. *Synergetische* Formen interkultureller Interaktion und Kooperation sind zu entdecken und durchzusetzen.
4. Fremdkulturellen Spielarten der Lebensgestaltung, der Lebensbewältigung und des sozialen Miteinanders ist *Wertschätzung* entgegenzubringen. Nicht Anpassung um jeden Preis, Uniformität und Konvergenz sind die adäquaten Reaktionen auf die sich aus dem Themenkomplex ›Das Interkulturelle‹ ergebenden Anforderungen, sondern aufmerksam werden, Beachtung schenken und Wertschätzung dem entgegenbringen, was die kulturelle Überschneidungssituation an interkulturellen Handlungsmöglichkeiten und -anreizen zu bieten hat, was sich davon nutzen läßt und was zur Erweiterung der eigenen Handlungsspielräume beibehalten werden kann. So betrachtet bietet dieser Themenkomplex die Chance zur Erweiterung und, in Anbetracht der geforderten interkulturellen Handlungskompetenzen, für beide Partner die Chancen zur Qualifizierung ihrer eigenkulturellen Orientierungssysteme.

Die in den oben beschriebenen fünf Beispielen agierenden Partner bleiben alle in ihren eigenen kulturspezifischen Orientierungssystemen verhaftet. Dies führt zu Mißverständnissen und Konfrontationen mit gegenseitigen intrapersonalen Attribuierungen negativer Qualität (Desinteresse, hinterhältiges Verhalten, Unfreundlichkeit und Unverbindlichkeit, Unzuverlässigkeit und Unfähigkeit zur Selbstreflexion) sowie Ratlosigkeit und Verärgerung über den Partner. Die aus den Beispielen ersichtlichen Reaktionen auf solche undurchschaubaren, konflikthaft verlaufenden kulturellen Überschneidungssituationen zeigen das durchaus übliche Spektrum: 1. Erstaunen, Neugier; 2. Dominanzverhalten, Durchsetzen der Anerkennung des eigenen Orientierungssystems, Ausnutzen einseitiger Machtverteilung in asymmetrischen Kontingenzbeziehungen; 3. Rückzug, ›Aus dem Felde gehen‹, Ausweichen; 4. Ertragen, Erdulden, Erleiden; 5. sich daran gewöhnen, sich ins Unvermeidliche schicken; 6. Anpassung an das Fremde im Kognitiven, im Emotionalen und im Handeln; 7. äußere Akzeptanz bei innerem Widerstand.

Es gibt sicher individuelle Vorlieben bezüglich einzelner Reaktionsformen. Je nach Situationskontext können unterschiedliche Reaktionsformen zum Einsatz kommen. Spezielle Reaktionsformen werden selbst über lange Zeiten des Lebens im Ausland und der Zusammenarbeit mit Gastlandbewohnern beibehalten, z.B. äußerliches Anpassen und sich Fügen in das Unvermeidbare bei andauerndem inneren Widerstand und innerer Abneigung gegen unverständliches Partnerverhalten. Selbst nach langjährigen Aufenthalten in einer anderen Kultur und durchaus zufriedenstellend verlaufender Zusammenarbeit mit den Partnern bleibt Fremderfahrung in einem mehr oder weniger hohem Maße erhalten.⁶ Gastlanderfahrene Trainingsteilnehmer

6 Birgit Latein, Über den Umgang mit kritischen Interaktionen in der interkulturellen Begegnung, Regensburg 1996 (unveröff. Diplomarbeit).

können in gastlandspezifischen Orientierungstrainings, z.B. in Culture-Assimilator-Trainings, oft einen qualitativ höheren Lerngewinn verbuchen als gastlandunerfahrene Trainingsteilnehmer. Selbst nach jahrelangem Umgang mit Gastlandbewohnern entdecken sie erst im Training die Grundlagen fremdkultureller Verhaltensreaktionen, können erst jetzt ihre eigenkulturellen Orientierungsmuster in Bezug setzen zu den ihnen aus dem Alltagshandeln vertrauten fremdkulturellen Orientierungssystemen und gewinnen jetzt erst auf einer höheren kognitiven Verarbeitungsebene im Sinne des gestaltpsychologischen Konzepts des ›produktiven Denkens‹⁷ ein Verständnis für das, was ihre Partner so ganz anders machen als sie es gewohnt sind.

›Learning by doing‹, ›Lernen aus Erfahrung‹, ›Lernen nach Versuch und Irrtum‹ und ›Lernen vor Ort‹ allein reichen in kulturellen Überschneidungssituationen zum interkulturellen Verstehen und zur Entwicklung einer interkulturellen Handlungskompetenz offensichtlich nicht aus.⁸

Das Konzept der Kulturstandards und interkulturelle Trainings

Bisher wurde besonders im Zusammenhang mit Erläuterungen zu den Fallbeispielen der Begriff ›Kulturstandard‹ verwandt. Auf das diesem Begriff zugrundeliegende Konzept wird im folgenden genauer eingegangen.

›Wenn man Kultur als Orientierungssystem auffaßt, muß man sich fragen, welche Orientierungsmerkmale für eine spezifische Kultur typisch sind. Solche Orientierungsmerkmale bzw. – noch spezifischer – Maßstäbe, Gradmesser und Bezugssysteme kann man als ›Kulturstandards‹ bezeichnen. Unter dem Begriff ›Kulturstandard‹ wäre dann folgendes zu verstehen: Kulturstandards können aufgefaßt werden als die von den in einer Kultur lebenden Menschen untereinander geteilten und für verbindlich angesehenen Normen und Maßstäbe zur Ausführung und Beurteilung von Verhaltensweisen. Kulturstandards wirken als Maßstäbe, Gradmesser, Bezugssysteme und Orientierungsmerkmale. Kulturstandards sind die zentralen Kennzeichen einer Kultur, die als Orientierungssystem des Wahrnehmens, Denkens und Handelns dienen. Kulturstandards bieten den Mitgliedern einer Kultur Orientierung für das eigene Verhalten und ermöglichen zu entscheiden, welches Verhalten als normal, typisch und noch akzeptabel anzusehen bzw. welches Verhalten abzulehnen ist. Kulturstandards wirken wie implizite Theorien und sind über den Prozeß der Sozialisation internalisiert. Kulturstandards

7 Max Wertheimer, Produktives Denken, Frankfurt a.M. 1957.

8 Thomas/Schenk, Abschlußbericht ›Handlungswirksamkeit‹; Gabriel Layes, Qualitative Evaluation eines interkulturellen Managementtrainings für deutsche Manager zur Vorbereitung auf die Kooperation mit Chinesen, Regensburg 1995 (unveröff. Diplomarbeit).

bestehen aus einer zentralen Norm und einem Toleranzbereich. Die Norm gibt den Idealwert an, der Toleranzbereich umfaßt die noch akzeptierbaren Abweichungen vom Normwert. Die Kulturstandards einer Kultur sind miteinander verflochten, wobei unterschiedliche Ordnungsstrukturen wirksam werden können (zentrale vs. periphere Kulturstandards, zentrale vs. kontextuelle Kulturstandards, vertikal vs. horizontal verflochtene Kulturstandards usw.). Kulturstandards können zudem auf verschiedenen Abstraktionsebenen definiert werden, z.B. auf sehr abstrakten Wertebenen bis hin zu sehr spezifischen kontextabhängigen Verhaltensregeln. Kulturstandards einer Kultur können in einer anderen Kultur völlig fehlen. Zwei Kulturen können ähnliche Kulturstandards aufweisen. Ähnliche Kulturstandards können in zwei Kulturen auf unterschiedlichen Hierarchiestufen angesiedelt sein und unterschiedliche Toleranzbereiche aufweisen.«⁹

In verschiedenen Studien¹⁰ konnte gezeigt werden, daß es möglich ist, mit Hilfe der Methode ›Analyse kritischer Ereignisse‹ (critical incident technique)¹¹, die in vielen Teilbereichen der Psychologie – von der klinischen Psychologie bis zur Unfallforschung – seit langem erfolgreich angewandt wird, handlungswirksame Kulturstandards zu erfassen. Das Verfahren besteht aus folgenden Schritten:

1. Sammlung als ›kritisch‹ erlebter Interaktionssituationen in der interkulturellen Begegnung mit einem ausländischen Partner mit Hilfe teilstrukturierter Interviews (Als kritisch gelten dabei solche Interaktionssituationen, in denen das Verhalten des Interaktionspartners nach Meinung des Befragten nicht seinen (eigenkulturellen) Erwartungen oder Vorstellungen entsprach und das er sich aus seinen bisherigen Erfahrungen nicht erklären kann.);

9 Thomas/Schenk, Abschlußbericht »Handlungswirksamkeit«, S. 24.

10 Roland Sandner, Untersuchung zur Wirkung handlungssteuernder Faktoren in der Interaktion zwischen Deutschen und Chinesen, Regensburg 1989 (unveröff. Diplomarbeit); Andrea Müller, Psychologische Voraussetzungen und Trainingsmaßnahmen für erfolgreiches interkulturelles Handeln, Regensburg 1992 (unveröff. Diplomarbeit); Richard Markowsky, Analyse zentraler deutscher Kulturstandards zur Entwicklung eines Culture Assimilator Trainings für amerikanische Austauschstudenten, Regensburg 1994 (unveröff. Diplomarbeit); Andreas Bruch, Entwicklung eines Culture Assimilators für deutsche Führungskräfte zur Vorbereitung auf einen Arbeitseinsatz in Südkorea, Regensburg 1994 (unveröff. Diplomarbeit) sowie neun weitere Arbeiten im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts zum Thema »Handlungswirksamkeit zentraler Kulturstandards in der Interaktion zwischen Deutschen und Chinesen«, s. Thomas/Schenk, Abschlußbericht »Handlungswirksamkeit«, Anlage Nr. 26.

11 John C. Flanagan, The Critical Incident Technique, in: Psychological Bulletin, 51, 1954, H. 4, S. 327–358.

2. Beurteilung der so gewonnenen kritischen Interaktionssituationen durch Experten, die aus den beteiligten Kulturen stammen und sich wissenschaftlich mit interkulturellen Prozessen zwischen beiden Kulturen befaßt haben;
3. Psychologische Analyse der kommunikativen und integrativen Prozesse in den geschilderten kulturellen Überschneidungssituationen;
4. Inhaltsanalytische Bearbeitung der Expertenurteile und der psychologischen Analyse;
5. Klassifikation der von Experten beurteilten kritischen Interaktionssituationen nach gemeinsamen kulturspezifischen Erklärungsmustern;
6. Benennung der handlungswirksamen Kulturstandards;
7. Vergleich der Kulturstandards mit Belegen aus literarischen Quellen und aus der kulturvergleichenden Forschung (Absicherung durch externe Daten);
8. Erstellung einer Zusammenhangsstruktur der Kulturstandards so, daß erkennbar wird, wie die einzelnen Kulturstandards miteinander verbunden sind;
9. Versuch einer kulturhistorischen Verankerung der einzelnen Kulturstandards mit Hilfe einer historischen Analyse ihrer Funktionalität.

Wenn es möglich ist, die Handlungswirksamkeit von Kulturstandards aus der Analyse ›kritisch‹ verlaufender Interaktionssituationen in kulturellen Überschneidungssituationen zu ermitteln, dann müßte es auch möglich sein, mit Hilfe eines auf diesem Material aufbauenden und an der Vermittlung von Kulturstandards orientierten Trainings einen interkulturellen Lernprozeß in Gang zu setzen mit dem Ziel, interkulturelle Handlungskompetenz zu entwickeln. Auf diese Untersuchungen wird im nächsten Abschnitt eingegangen.

Mit der sog. Culture-Assimilator-Technik liegt bereits ein interkulturelles Trainingsverfahren vor¹², das ›kritische Interaktionen‹ und deren

12 Fred E. Fiedler/Terence Mitchell/Harry C. Triandis, The Culture Assimilator: An Approach to Cross-Cultural Training, in: *Journal of Applied Psychology*, 55. 1971, S. 95–102; Harry C. Triandis, Culture Training. Cognitive Complexity and Interpersonal Attitudes, in: Richard W. Brislin/Stephen Bochner/Walter J. Lonner (Hg.), *Cross-Cultural Perspectives on Learning*, New York 1975; ders., A Theoretical Framework for the More Effective Construction of Culture Assimilators, in: *International Journal of Intercultural Relations*, 8. 1984, S. 301–310; ders., Approaches to Cross-Cultural Orientation and Theory of Culture-Assimilator-Training, in: Michael R. Paige (Hg.), *Cross-cultural Orientation: New Conceptualization and Application*, Boston 1986, S. 193–222; Claudia Lange, Interkulturelle Orientierung am Beispiel der Trainingsmethode »Cultural Assimilator« (Beiträge zur interkulturellen Didaktik 3), Nörten-Hardenberg 1994; Alexander Thomas, Untersuchungen zur Entwicklung eines interkulturellen Handlungstrainings in der Managerausbildung, in: *Psychologische Beiträge*, 30. 1988, S. 147–165; Alexander Thomas, Interkulturelles Handlungstraining als Personalentwicklungsmaßnahme, in: *Zeitschrift für Arbeits- und Organi-*

Analyse als Lernmaterial verwendet. Das mit den im vorhergehenden Abschnitt beschriebenen Verfahren gewonnene qualitative Datenmaterial wurde zur Entwicklung von Trainingsprogrammen zur Vorbereitung auf die Kooperation mit Partnern aus einer Zielkultur genutzt. Culture-Assimilator-Trainings wurden bislang für folgende Zielgruppen und Zielkulturen erstellt:

1. deutsche Studenten und Praktikanten zur Vorbereitung auf einen Studienaufenthalt in den USA¹³;
2. amerikanische Studenten und Praktikanten zur Vorbereitung auf ein Studium in Deutschland¹⁴;
3. deutsche Manager zur Vorbereitung auf den Arbeitseinsatz in der VR China¹⁵;
4. chinesische Manager zur Vorbereitung auf die Zusammenarbeit mit deutschen Partnern¹⁶;
5. deutsche Manager zur Vorbereitung auf den Arbeitsaufenthalt in Südkorea¹⁷;
6. deutsche Studenten und Praktikanten zur Vorbereitung auf ein Studium in der VR China¹⁸;
7. deutsche Sprachdozenten zur Vorbereitung auf eine Arbeitstätigkeit in der VR China¹⁹.

sationspsychologie, 34. 1990, H. 3, S. 149–154; Kenneth Cushner/Dan Landis, The Intercultural Sensitizer, in: Dan Landis/Rabi S. Bhagat (Hg.). Handbook of Intercultural Training, 2. Aufl. London 1996, S. 185–202.

- 13 Andrea Müller/Alexander Thomas, Interkulturelles Orientierungstraining für die USA. Übungsmaterial zur Vorbereitung auf ein Studium in den Vereinigten Staaten (SSIP-Bulletin Nr. 62), Saarbrücken 1991; dies., Studienhalber in den USA – Interkulturelles Orientierungstraining für deutsche Studenten, Schüler und Praktikanten, Heidelberg 1995.
- 14 Richard Markowsky/Alexander Thomas, Studienhalber in Deutschland – Interkulturelles Orientierungstraining für amerikanische Studenten, Schüler und Praktikanten, Heidelberg 1995.
- 15 Alexander Thomas/Eberhard Schenk, Beruflich in China. Interkulturelles Orientierungstraining für Manager, Fach- und Führungskräfte, Heidelberg 1996.
- 16 Alexander Thomas/Eberhard Schenk, Interkulturelles Orientierungstraining für chinesische Fach- und Führungskräfte zum Umgang mit deutschen Partnern, Regensburg 1996 (unveröff., Text in deutscher und chinesischer Sprache).
- 17 Andreas Bruch/Alexander Thomas, Beruflich in Südkorea – Interkulturelles Orientierungstraining für Manager, Fach- und Führungskräfte, Heidelberg 1995.
- 18 Eberhard Schenk/S. Bauer/R. Schnabel/Alexander Thomas, Studienhalber in China. Interkulturelles Orientierungstraining für Studenten und Praktikanten, Heidelberg [1999].
- 19 W. Lindner/Eberhard Schenk/Alexander Thomas, Lehren und Lernen in China, Heidelberg [1999].

Abbildung 2: Bestandteile, Arbeitsaufgaben und Funktionen/Lernziele des Culture-Assimilator-Trainings

Bestandteil	Arbeitsaufgabe	Funktion/Lernziel
Schilderung der kritischen Interaktionssituation Nr. 1	Lesen	Kennenlernen konkreter Konfliktsituationen und Bereiche sowie fremdkultureller Verhaltensweisen
Frage nach Erklärung des fremdkulturellen Verhaltens	Sich in die Situation hineinversetzen, eigene Reaktionsweise antizipieren. Eigenkulturelles Erklärungsmuster aktivieren und bewußtmachen	Kulturelle Sensibilisierung. Bewußtwerden der Handlungswirksamkeit eigenkultureller Standards
Vier Antwortalternativen	Alle Antworten lesen und hinsichtlich kulturaläquatem Erklärungswert gegeneinander abwägen	Erkennen der Orientierungslosigkeit im fremdkulturellen Umfeld. Kennenlernen neuer möglicher Deutungsmuster
Antwortskala	Entscheidung treffen, jede Antwortalternative beurteilen statt eine zu favorisieren	Erkennen der Ambiguität von Verhalten
Erklärungen zu jeder Antwortalternative	Lesen, vergleichen mit Selbsteinschätzung	Kennenlernen neuer Verhaltens- und Deutungsmuster
Aufforderung, eigene Handlungsstrategie zu entwickeln	Aufforderung, eigene Handlungsstrategie zu entwickeln	Intensive, selbständige Auseinandersetzung zur Förderung der Lernwirksamkeit; Erkennen, daß Orientierung wiederhergestellt werden kann
Handlungsstrategie	Lesen, mit eigener vergleichen	Erkennen der kulturtypischen Handlungsbarrieren und Lösungswege
Schilderung der kritischen Interaktionssituation Nr. 2	wie oben	wie oben
Ablauf wie oben ↓	↓	↓
Kulturstandard, kulturhistorische Verankerung	Lesen	Kennenlernen des abstrakten, in den jeweiligen Situationen auf verschiedene Art und Weise operationalisierten Kulturstandards sowie seiner kulturhistorischen Wurzeln
Diskussion	Fragen, Beispiele aus eigener Erfahrung, Problematisierung der multiplen Interpretationsmöglichkeiten	Vertiefen; Aufbau einer individuellen Erklärungs- und Deutungskompetenz
Erneuter Durchlauf mit weiteren kritischen Interaktionssituationen und Kulturstandards		

Das Training besteht in der Regel aus 20–30 kritischen Interaktionssituationen als Beispielfälle für die Handlungswirksamkeit von etwa 10 Kulturstandards.

Das Culture-Assimilator-Training hat folgende Verlaufsstruktur:

1. Ausgangspunkt ist eine ›kritische Interaktionssituation‹, bei der zum Schluß gefragt wird, warum sich der ausländische Partner so ungewöhnlich verhalten hat.
2. Danach werden drei bis vier unterschiedliche Erklärungen für das Fremdverhalten präsentiert, die alle mehr oder weniger gut den handlungswirksamen Kulturstandard treffen.
3. Anschließend hat der Proband auf einer Skala alle vorgegebenen Erklärungsalternativen nach ihrer Kulturäquivalenz zu beurteilen, also danach einzuschätzen, wie genau sie das fremdkulturelle Verhalten begründen können.
4. Anschließend werden zu jeder Erklärungsalternative ausführliche Erläuterungen präsentiert, in denen die Gründe dargelegt werden, warum die Erklärungsalternative den Kern des Interaktionsproblems zutreffend, weniger genau oder unzutreffend beschreibt.
5. Der Proband wird anschließend aufgefordert, zu überlegen oder mit einem Trainingsteilnehmer zu diskutieren, wie man sich in einer solchen Situation der Zielperson gegenüber sinnvollerweise verhalten soll. Er wird also aufgefordert, eine eigenständige Handlungsstrategie für die kritische Situation zu entwickeln.
6. Anschließend wird ihm eine kulturadäquate Handlungsstrategie vorgestellt, mit der er seine eigene vergleichen kann.
7. Nachdem der Proband mehrere kritische Interaktionssituationen durchgearbeitet hat, wird ihm der Kulturstandard mitgeteilt, der in allen diesen Situationen handlungswirksam war, und er bekommt nähere Informationen über die Wirksamkeit dieses Kulturstandards im Kontext der Zielkultur.
8. Abschließend erhält der Proband eine ausführliche Information über die kulturhistorische Verankerung und Funktionalität des Kulturstandards.

Ein solches Culture-Assimilator-Training kann in Papierform oder in multimedialer Form präsentiert und bearbeitet werden. Es kann als Selbstlernmedium im Einzelstudium genutzt werden, es kann – und das ist die übliche Praxis – als zentraler Trainingsbaustein im Rahmen eines mehrtägigen Gruppentrainings zur Sensibilisierung für das Leben und Arbeiten in einer Fremdkultur und zur Entwicklung kulturspezifischer Handlungskompetenzen eingesetzt werden. Neben der Präsentation kritischer Interaktionssituationen in Form von Beschreibungen können einzelne Szenen videographiert und zur Auflockerung eines Trainingsprogramms, zur Erhöhung der Anschaulichkeit kritischer Elemente in der Begegnung mit dem Fremden sowie zur Qualifizierung des Lerneffekts in das Trainingsmaterial eingebaut werden. Zudem lassen sich kritische Interaktionssituationen einschließlich der kulturadäquaten Lösungsstrategien in Form von Rollenspielen erfahrbar ma-

chen. Wenn dabei Vertreter der Zielkultur einbezogen sind, können die überwiegend kognitiv orientierten Anteile des Trainings durch emotionale Aspekte – hervorgerufen durch ein hohes Maß an persönlicher Betroffenheit – ergänzt werden.

Bislang durchgeführte Evaluationsstudien zur Überprüfung der Handlungswirksamkeit von Kulturstandards und Culture-Assimilator-Trainings zeigen, »daß die Culture-Assimilator-Methode einem Lerner auf effektive Weise kognitive Fähigkeiten zum Umgang mit Fremdkulturellen vermittelt. Lerner verfügen nach der Bearbeitung des Culture-Assimilator über eine differenzierte Kenntnis einer spezifischen Fremdkultur und über die Fähigkeit, gedanklich den Blickwinkel eines Angehörigen dieser Kultur einzunehmen. Die zur interkulturellen Orientierung außerdem erforderlichen affektiven Fähigkeiten, Einstellungen und Handlungskompetenzen werden durch den Culture-Assimilator bedingt gefördert.«²⁰ Weiter folgert Lange: »Die Tatsache, daß die Culture-Assimilator-Methode mehr als jede andere interkulturelle Trainingsmethode empirisch auf ihre Wirksamkeit untersucht wurde, kann Signalfunktion für das gesamte interkulturelle Forschungs- und Arbeitsfeld haben, da hier insgesamt die ungenügende theoretische Fundierung und empirische Absicherung der interkulturellen Trainingspraxis beklagt werden muß [...]. In zukünftigen Evaluationsstudien zur Culture-Assimilator-Methode und auch zu anderen Trainingsmethoden sollte jedoch sehr viel mehr Aufmerksamkeit auf die abhängigen Variablen gerichtet werden. Da aus vergangenen Studien nicht immer eindeutig hervorgeht, weshalb bestimmte Trainingseffekte vermutet und warum bestimmte Maßstäbe benutzt worden sind, sollten künftig Maßstäbe entwickelt werden, an denen sich sowohl spezifischere als auch allgemeine Lerneffekte messen lassen [...]. Zukünftige Evaluationsstudien sollten auf der Grundlage bisheriger Ergebnisse standardisiert werden, damit eindeutiger Aussagen über die Wirksamkeit und über Einflußfaktoren auf die Wirksamkeit des CA-Trainings getroffen werden können.«²¹

Bei den inzwischen durchgeführten Evaluationsstudien von Urbanek und Scheufler²² zum Culture-Assimilator zur Vorbereitung deutscher Stu-

20 Lange, *Interkulturelle Orientierung*, S. 79.

21 Ebd., S. 77; s. hierzu auch Richard W. Brislin/Dan Landis/Mary E. Brandt, *Conceptualizations of Intercultural Behavior and Training*, in: Dan Landis/Richard W. Brislin (Hg.), *Issues in Theory and Design: Handbook of Intercultural Training*, Bd. I, New York 1983, S. 1–35, hier S. 2; Rozita D. Albert, *The Intercultural Sensitizer or Culture Assimilator. A Cognitive Approach*, in: ebd., Bd. II, S. 186–217, hier S. 211; Sandner, *Untersuchung zur Wirkung handlungssteuernder Faktoren*, S. 92.

22 Eva-Ulrike Urbanek, *Evaluation der handlungssteuernden Wirkungen des American Study and Culture Assimilator*, Regensburg 1994 (unveröff. Diplomarbeit); Ingrid Scheufler, *Qualitative Evaluation der handlungssteuernden Wirkungen ausgewähl-*

zenten auf ein Studium in den USA²³ und den quantitativen und qualitativen Evaluationsstudien²⁴ zum Culture-Assimilator zur Vorbereitung deutscher Manager auf eine Arbeitstätigkeit in China²⁵ wurden genau diese Forderungen berücksichtigt. Wenn in den Evaluationsstudien auch erneut die hohe Akzeptanz und Effizienz des Culture-Assimilator-Trainings bestätigt werden konnte, so zeigten besonders die qualitativen Evaluationsstudien, daß die Trainingsteilnehmer unterschiedliche Arten der Verarbeitung des Trainingsmaterials entwickelten und zur Orientierung in interkulturellen Interaktionssituationen nutzten. Dabei scheinen Vorerfahrungen mit der Zielkultur, allgemeine Erfahrungen im Umgang mit Ausländern und dem Leben im Ausland, individuelle Fähigkeiten der Informationsverarbeitung und Informationsspeicherung, z.B. Abstraktionsniveau, Differenzierungsniveau u.ä., und der Abrufbarkeit zur Orientierung geeigneter Trainingsinhalte, z.B. konkrete kritische Interaktionssituationen und deren Lösungen, bestimmte Kulturstandards und deren handlungsregulierende Funktionen, hochgeneralisierte ganzheitlich orientierte Regelmechanismen u.ä., eine Rolle zu spielen. Ob sich mit Hilfe dieser Evaluationsstudien eine Typologie der Handlungswirksamkeit von Kulturstandards, eingebunden in ein Culture-Assimilator-Training, generieren lassen, erscheint wahrscheinlich, ist aber bisher noch nicht empirisch nachgewiesen.

In den eingangs dargestellten Fallbeispielen sind zweifellos Kulturstandards in mannigfacher Weise handlungswirksam. So ist das Verhalten des deutschen Professors in der deutsch-französischen Arbeitsgruppe bestimmt von einer Dominanz der Sachorientierung, wohingegen für die französischen Teilnehmer bei dieser Erstbegegnung die Beziehungs- resp. Personorientierung einen dominanten Stellenwert einnahm. In dem deutsch-chinesischen Verhandlungsproblem werden die deutschen Kulturstandards ›Aufgaben- und Sachorientierung‹ sowie ›Direktheit‹ (unverschlüsselte, direkte, auch kritische Meinungsäußerungen werden als nützlich erachtet und haben praktischen Nutzen, z.B. im Sinne von Effektivität, Sachdienlichkeit) beim deutschen Manager handlungswirksam und geraten in Konflikt mit den chinesi-

ter Aspekte des American Study and Culture Assimilator anhand eines Gruppenvergleichs, Regensburg 1996 (unveröff. Diplomarbeit).

- 23 Müller/Thomas, Interkulturelles Orientierungstraining für die USA.
- 24 Larissa Degen, Kognitionspsychologische Analyse qualitativer Evaluationsergebnisse des China Business and Culture Assimilator, Regensburg 1996 (unveröff. Diplomarbeit); Stefan Kammhuber, Konzeption, Einsatz und Evaluation von Videosequenzen in interkulturellen Orientierungsseminaren, Regensburg 1996 (unveröff. Diplomarbeit); Layes, Qualitative Evaluation eines interkulturellen Managementtrainings; Heike Abt, Qualitative Evaluation der Trainings deutscher Manager zur Vorbereitung auf China und unter Berücksichtigung handlungspsychologischer Aspekte, Regensburg 1996 (unveröff. Diplomarbeit).
- 25 Thomas/Schenk, Beruflich in China.

schen Kulturstandards ›Konfliktvermeidung‹ (Konflikte werden als die Harmonie zerstörend betrachtet; individueller Widerspruch und Selbstbehauptung als Mittel argumentativer Problem- oder Konfliktlösung werden vermieden) und ›Gesicht wahren‹ (Gesicht definiert den Wert eines Individuums in der Gesellschaft und umfaßt in China moralische Integrität und soziales Prestige; Gesicht wahren garantiert die Integrität der Persönlichkeit in der Gesellschaft). Erst aus der Wirksamkeit dieser Kulturstandards entwickelt sich die Verhandlungssituation so kritisch und konfrontativ, was schließlich zu ihrem Abbruch führt. In der deutsch-amerikanischen Begegnung wird auf amerikanischer Seite der Kulturstandard ›Distanzminimierung‹ und auf deutscher Seite der Kulturstandard ›Distanzdifferenzierung‹ handlungswirksam. Bei den amerikanischen Partnern führt die Handlungswirksamkeit des deutschen Kulturstandards ›Distanzdifferenzierung‹ (Mische dich nicht ungefragt in die Angelegenheiten einer fremden Person ein und überlege erst, ob eine Verpflichtung zur Kommunikation besteht und ob es passend ist, bevor du jemanden ansprichst!) sofort zu kritisch verlaufenen Interaktionserfahrungen, indem sie die Deutschen als abweisend, stur und unfreundlich erleben. Demgegenüber wirkt der amerikanische Kulturstandard ›Distanzminimierung‹ auf die deutschen Partner zunächst sehr positiv und erleichternd, indem sie die Amerikaner als offen, freundlich, zugänglich und unkonventionell erleben, daraus aber Verpflichtungen zur Aufnahme dauerhafter Bindungen bis hin zu Freundschaften ableiten, was bei den Amerikanern auf Unverständnis und Ablehnung stößt und somit gleichsam im zweiten Schritt auch bei Deutschen kritische Interaktionssituationen heraufbeschwört. Im Beispiel des amerikanischen Vorgesetzten und des griechischen Mitarbeiters kontrastieren die amerikanischen Kulturstandards ›Chancengleichheit‹ und ›Partizipation‹ mit den griechischen Kulturstandards ›Hierarchieorientierung‹ und ›Paternalismus‹. Der amerikanische Vorgesetzte sucht in dem griechischen Untergebenen den ›Mit-‹Arbeiter, der mit-denkt, mit-plant, mit-entscheidet, wohingegen der griechische Untergebene im amerikanischen Vorgesetzten nur den Vorgesetzten, den Chef, der alles bestimmt, regelt, kontrolliert und anweist, zu sehen gewohnt ist. Das Interview zwischen dem deutschen Interviewer und dem chinesischen Befragten über kritische Interaktionssituationen auf deutscher Seite ist bestimmt von gegenseitigen Blockaden durch die Handlungswirksamkeit des deutschen Kulturstandards ›Direktheit/Wahrhaftigkeit‹ und auf chinesischer Seite durch die chinesischen Kulturstandards ›Beziehungsorientierung‹, ›Gesicht wahren‹ und ›Konfliktvermeidung‹. Zudem geht der deutsche Interviewer von der Annahme aus, daß man jeden zu jeder Zeit über alles mögliche befragen kann, zumindest im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung.

Das bereits erwähnte Forschungsprojekt ›Handlungswirksamkeit zentraler Kulturstandards in der Interaktion zwischen Deutschen und Chinesen‹ ist das bisher umfangreichste Forschungsvorhaben, das explizit auf dem Kulturstandardkonzept aufbaut. Die dabei gewonnenen Einsichten in die handlungsrelevanten Funktionen von Kulturstandards lassen sich wie folgt zusammenfassen:²⁶

»Durch die zahlreichen, unabhängig erbrachten Ergebnisse – es wurden mehrere Arbeiten unabhängig voneinander mit unterschiedlichen Zielgruppen und Kulturregionen durchgeführt – der empirischen Untersuchung konnte gezeigt werden, daß Kulturstandards zentrale Merkmale eines Bedeutungs- und Orientierungssystems von Mitgliedern einer Gruppe, Kultur, Nation repräsentieren. Diese regulieren weite Bereiche des Wahrnehmens, Denkens, Urteilens und Handelns. Kulturstandards werden somit zu einem Regulativ zwischenmenschlichen Verhaltens, indem sie als Regeln sozialer Interaktion durch die handelnden Individuen repräsentiert sind und als normal und selbstverständlich erachtet werden. Dabei liegt dem Verhaltenskonsens nicht unbedingt eine explizite Normdiskussion zugrunde, er kann ebenso durch Anpassung an vorherrschende Meinungen und Gegebenheiten entstanden sein [...]. Zwischen Individuum und Kulturstandard besteht immer eine relative Differenz und Distanz, die für die individuelle Handlungsgestaltung ebenso wie für den Erhalt der Dynamik einer Kultur von Bedeutung sind. Kulturstandards sind also keine starren Regeln, sondern weisen unterschiedlich große Toleranzbereiche sowohl innerhalb als auch zwischen Kulturen auf. Abweichungen vom Standard werden in Abhängigkeit des Verpflichtungscharakters des Kulturstandards in der jeweiligen (Sub-)Gruppe von den anderen Gruppenmitgliedern sanktioniert, Einhaltung wird belohnt. So weist Samberger [...] auf die Perspektivenabhängigkeit bei der Identifikation von Kulturstandards hin, also auf unterschiedliche Relevanz von Kulturstandards in verschiedenen kulturellen Subgruppen und auf die Perspektive des Untersuchers. Diese wirkt sich insofern aus, als nur kultur-

26 Thomas/Schenk, Abschlußbericht ›Handlungswirksamkeit‹, S. 60–62; s. hierzu auch Thomas (Hg.), Kulturvergleichende Psychologie; Elisabeth Samberger, Identifikation zentraler chinesischer Kulturstandards, analysiert an deutschen Fremdsprachendozenten in Taiwan, Regensburg 1994 (unveröff. Diplomarbeit), S. 126; Günter F. Müller/Maria Müller-Andritzky, Norm, Rolle, Status, in: Dieter Frey/Siegfried Greif (Hg.), Sozialpsychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen, München 1983, S. 250–254; Bernd Krewer, Interkulturelle Trainingsprogramme – Bestandsaufnahme und Perspektiven, Universität des Saarlandes, Saarbrücken 1993 (unveröff. Vortrag); Ernst E. Boesch, Symbolic Action Theory and Cultural Psychology, Berlin 1991; Lutz H. Eckensberger, Protokoll zur Fachtagung ›Theorien interkulturellen Handelns‹ vom 09.–11.12.1993 an der Universität Regensburg (unveröff. Manuskript); ders., Auf der Suche nach den (verlorenen?) Universalien hinter den Kulturstandards, in: Thomas (Hg.), Psychologie interkulturellen Handelns, S. 165–197.

divergentes Material zur Identifikation der Kulturstandards herangezogen wird. Amerikaner werden, so ist zu erwarten, andere Verhaltensabweichungen an Chinesen beobachten als Deutsche und daher andere Kulturstandards definieren. Die dabei wirksamen Sanktions- und Belohnungsweisen, meist sozialer Art, können über die Ausgrenzung oder Protektion des Individuums massiven Einfluß auf dessen Persönlichkeit und Identität sowie seine gesellschaftliche Verortung ausüben. Somit kommt Kulturstandards eine integrierende und koordinierende Funktion zu, die Ordnung und Berechenbarkeit innerhalb einer Gruppe oder Kultur herstellt [...].

Kulturstandards sind evolutionär entstanden aufgrund materieller und immaterieller, z.B. philosophischer Gegebenheiten und Strömungen und unterliegen daher auch einem stetigen Wandel. Sie sind als bewährte Muster historisch verwurzelt und nicht bloße ad-hoc-Lösungen sich gegenwärtig stellender Probleme. Dabei bleiben sie nicht nur solange erhalten, wie ihre Funktion als Problemlösestrategie, womöglich nach rationalen Kriterien, als optimal erachtet wird. Auch in einer reinen Symbolfunktion erfüllen sie für eine Gruppe oder Kultur entscheidende Anforderungen nach Einhaltung einer gewissen Konformität, Ordnung und Definition eines Raumes geteilter Bedeutungen, die für die Mitglieder identitätsstiftend sein können [...].

Der Wandel von Kulturstandards vollzieht sich weniger als homogener Entwicklungsprozeß einer Kultur als ganzer, sondern nimmt seinen Anfang in einzelnen Subgruppen, die veränderte Umfeldbedingungen (soziokulturelle Faktoren), z.B. verstärkte Außenkontakte, erfahren. Dadurch verändern sich die Problemlagen schneller, als die vorhandenen Konzepte verändert werden können (>cultural lag<). Dieses Auseinanderklaffen zwischen Anforderung und Lösungskonzept kann zu einem >cultural borrowing< führen, also der Übernahme eines fremdkulturellen Konzeptes, wobei dieses häufig Umdeutungen zu neuentwickelten Mustern erfährt oder als Reaktanz zu einer Rückbesinnung und orthodoxen Deutung alter traditioneller Wertemuster führt (Sinozentrismus).

Die Ausgangshypothese der Wirksamkeit mehrerer Kulturstandards in einer Interaktionssituation wurde bestätigt. Dabei interagieren die Kulturstandards untereinander, d.h. es werden unterschiedliche Aspekte der Kulturstandards handlungswirksam. Der Bedeutungsraum eines Kulturstandards ist keine feste Größe, die jeweils in vollem Umfang handlungswirksam wird. Gefundene Ähnlichkeiten zwischen den identifizierten Kulturstandards und ihre Zusammenhangsstruktur deuten auf folgende Punkte hin:

1. Es bestätigt sich die Annahme von intrakulturell über die verschiedensten Subgruppen hinweg existenten Verhaltens- und Denkmustern, die >Kulturstandards< genannt werden können.
2. Kulturstandards sind für die jeweiligen Subgruppen von unterschiedlicher Relevanz, in Abhängigkeit ihres Handlungsfelds.

3. Die Inhalte der bei verschiedenen Subgruppen identifizierten Kulturstandards differieren nur geringfügig. Dies deutet auf das bezeichnete interindividuelle und interaktionistische Wesen der Kulturstandards hin, die ihre spezifische Form der Ausprägung durch und in der Interaktion erhalten. Die gefundenen Unterschiede wurden in der Darstellung der Kulturstandards bewußt erhalten. Es wurde nicht versucht, durch einen höheren Abstraktionsgrad die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen und Differenzen zu minimieren. Die Benennung und inhaltliche Beschreibung stützt sich auf die identifizierten kritischen Interaktionssituationen und damit auf das spezifische Handlungsfeld, wodurch ihr Wert für eine zielgruppengerechte Beschreibung zentraler Kulturstandards erhalten bleibt.
4. So erklärt sich auch die beidseitig kulturspezifische Ausprägung von Kulturstandards, d.h. diese sind nur in Abhängigkeit von Ziel- und Anwenderkultur identifizierbar. Dieselbe Untersuchung mit einer anderen Zielgruppe würde zur Identifikation anderer Kulturstandards führen.
5. Die identifizierten Kulturstandards haben somit Gültigkeit für den interkulturellen Überschneidungsbereich, der sich zwischen Deutschen und Chinesen aufspannt. Sie sind nicht übertragbar auf andere interkulturelle Überschneidungssituationen, in denen die handelnden Personen anderen Anwender- oder Zielkulturen angehören.
6. Die hier identifizierten Kulturstandards sind handlungsleitend für interkulturelle Überschneidungssituationen zwischen Deutschen und Chinesen mit einem Beschreibungsschwerpunkt auf der jeweiligen Anwenderkultur, jedoch beschreiben sie keine Kultur als solche. Eben darin zeigt sich ihr interaktionistischer Charakter.
7. Die begrifflichen Benennungen von Kulturstandards sind ohne die zugehörige inhaltliche Beschreibung ungeeignet, als Repräsentation eines Kulturstandards zu dienen. Ein Kulturstandard umfaßt grundsätzlich einen größeren Bedeutungsraum als die lexikalische Definition oder die kulturspezifische Konnotation des gewählten Begriffes.
8. Die inhaltlichen Beschreibungen sind Versuche, den Bedeutungsraum eines Kulturstandards zu spezifizieren und einzugrenzen. Dabei ergeben sich zwangsweise Überlappungen zwischen verschiedenen Kulturstandards einer untersuchten Zielgruppe, aber auch zwischen den Definitionen verschiedener Kulturstandards in verschiedenen Zielgruppen, da der ontologische Status von Kulturstandards kein genuin fixierter, sondern der von Konstrukten ist. So können z.B. unter einem Kulturstandard ›Systematische Aufgabenbewältigung‹ teilweise dieselben Aspekte gefaßt sein, die in einer anderen Zielgruppe unter dem Kulturstandard ›Sach- und Aufgabenorientiertheit‹ beschrieben sind. Ebenso kann ein Kulturstandard ›Hierarchieorientierung‹ sowohl für das Handlungsfeld deut-

scher Studenten/Lektoren beschrieben sein als auch für das von Managern in China. Nicht der Begriff, sondern erst die inhaltliche Bestimmung verweist dann auf die Modalität des Kulturstandards und zeigt Unterschiede auf.

9. Daraus folgt, daß die in einer spezifischen Zielgruppe identifizierten Kulturstandards nicht austauschbar, sondern alle Kulturstandards einer Zielgruppe jeweils als zusammengehöriges, unteilbares System zu verstehen sind. Die Unterteilung in einzelne Kulturstandards macht nur innerhalb dieses Systems Sinn. Sie ermöglicht die Deskription eines dicht verwobenen Systems interagierender Kulturstandards oder einzelner Aspekte derselben.

Die Bestimmung diskreter, für alle Untersuchungsgruppen gleichermaßen gültiger Abstraktionsniveaus erwies sich als problematisch. Daher wurde für jede Untersuchungsgruppe ein eigenständiges deskriptives System entwickelt, dessen Beschreibungselemente auf nicht austauschbaren Abstraktionsniveaus liegen und damit nur bedingt vergleichbar sind.«

Kulturstandards als Bauteile von Kultur als Orientierungssystem

Die Generierung von Kulturstandards auf induktivem Wege über die Analyse und Bewertung tatsächlich erlebter kritischer Interaktionssituationen, in denen gerade die gewohnten kulturspezifischen Orientierungsmittel nicht mehr passen und zu inadäquaten Reaktionen führen, erscheint plausibel. Die Vernetzung der Kulturstandards und ihrer kulturhistorischen Verankerung als Antwort auf die Fragen: Wie hängen Kulturstandards miteinander zusammen? Wie und warum haben sie sich so und nicht anders entwickelt? lassen sie als sinnvolle Einheiten in einem Bedeutungs- und Funktionssystem erscheinen. Auf ihnen aufbauend ein Orientierungstraining zu entwickeln, auf solche Kulturstandards hin zentrierte Culture-Assimilator-Trainings durchzuführen und ihre Ergebnisse zu evaluieren, kann als Beleg für ihre durchaus auch praxisnahe Bedeutung gewertet werden.

Inzwischen gibt es aber einige kritische Analysen dieses Kulturstandardkonzepts und seiner Konsequenzen zum Verständnis der eigenen Kultur und fremder Kulturen. Das Konzept als Ganzes und einzelne Teilaspekte kommen auf den Prüfstand und werden auf ihre Standfestigkeit, ihre Erkenntnisgrenzen, womöglich fehlerhaften Schlußfolgerungen und schließlich auf ihre Nützlichkeit hin untersucht, so in den Beiträgen von Eckensberger, Harnisch, Helfrich, Krewer und Wassmann.²⁷

27 Eckensberger, Auf der Suche nach den (verlorenen?) Universalien; Thomas Harnisch, Konstanz und Wandel von Wertvorstellungen in der Interaktion mit Ausländern am Beispiel Chinas, in: Thomas (Hg.), Psychologie interkulturellen Handelns, S. 137–146;

So geht Krewer in einer Analyse der Kulturstandards als Mittel der Selbst- und Fremdrelexion von der Grundthese aus, daß Kulturstandards durchaus als spezifische Orientierungssysteme aufgefaßt werden können, die von den beteiligten Partnern konstruiert werden, um eigenes und fremdes Wahrnehmen, Denken, Fühlen und Handeln in ganz spezifischen interkulturellen Kontaktsituationen verständlich und kommunizierbar zu machen. Nach seiner Vorstellung sind Kulturstandards Mittel zur Selbst- und Fremdrelexion in interkulturellen Begegnungen. Die Tatsache, daß Kulturstandards aus kritischen Interaktionssituationen zwischen Individuen oder Gruppen abgeleitet werden, provoziert nun aber die Frage, inwieweit dabei die Spezifika berücksichtigt werden, die erst dadurch zustande kommen, daß die jeweiligen Partner mit spezifischen Zielvorstellungen in einem sehr spezifischen interaktiven Kontext zusammenkommen, mit ihnen nicht geläufigen Handlungs-, Urteils- und Denkweisen konfrontiert werden, die sie dann kulturellen Eigenheiten zuschreiben. Hinzu kommen in diesem Zusammenhang spezifische Zielvorstellungen, die Krewer als »Interkulturalitätsstrategien« bezeichnet, die bereits vor der Kontaktaufnahme existieren und einen wesentlichen Einfluß auf die Art und Weise der interkulturellen Begegnung und der dabei zu erzielenden interkulturellen Übereinkünfte haben. Wenn nur die interkulturelle Begegnung als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung betrachtet wird, dann muß zwischen der Ebene der handelnden Subjekte und der Reflexionsebene der Forscher unterschieden werden. Werden diese beiden Ebenen vermischt, besteht die Gefahr, daß die in einer Kontaktsituation zwischen Vertretern unterschiedlicher Kulturen auftauchenden und von den handelnden Personen erlebten unterschiedlichen Orientierungssysteme fälschlicherweise ausschließlich der kulturellen Herkunft der beteiligten Personen zugeschrieben werden, obwohl sie auch als konkrete Interessengegensätze, beruhend auf unterschiedlicher Subgruppenzugehörigkeit, dominierenden Zielvorstellungen und handlungsfeldspezifischen Interpretationen, herrühren können. »Die dynamische Konstruktion von Kulturstandards im Kontakt mit einem fremdkulturellen Partner beruht aber nicht nur auf diesen unterschiedlichen Quellen von Vorannahmen über den jeweiligen Gegenüber, sondern auch auf der Dynamik des Fremdverstehens in der konkreten Interaktionssituation. [...] Zum ersten ist bekannt, daß die Dynamik von Selbstdarstellungs-, Zuschreibungs- und Deutungsprozessen im interkulturellen Feld zu neuen Handlungs- und Kommunikationsformen führen kann. [...] Andererseits ist dieser Konstruktionsprozeß von kulturellen Fremd- und Eigenbeschreibungen aber auch partnerabhängig, d.h. je nach

Hede Helfrich, Kulturstandard und individuelle Varianten, in: ebd., S. 199–208; Bernd Krewer, Kulturstandards als Mittel der Selbst- und Fremdrelexion in interkulturellen Begegnungen, in: ebd., S. 147–164; Jürg Wassmann, Kulturstandard und individuelle Varianten: Eine interdisziplinäre Fallstudie, in: ebd., S. 209–226.

kulturellem Gegenüber werden unterschiedliche Merkmale der eigenen kulturellen Organisation auffällig.«²⁸

Es besteht nach Krewer die Gefahr, daß eine Interpretation von Kulturstandards als allgemeingültige Merkmale einer kulturellen Gruppe zu stereotypen Kulturalisierungen beobachteter Prozeßmerkmale führt, ohne die situationsspezifischen und interpersonalen Einflußfaktoren zu würdigen. Um dieser Gefahr zu entgehen, plädiert er für eine Dynamisierung des Konzepts des Kulturstandards, indem weniger auf das Resultat geachtet wird, sondern mehr auf den Prozeß der wechselseitigen Orientierung und Verständigung in interkulturellen Kommunikations- und Kooperationsituationen.

Wie sehr in als kritisch erlebten interkulturellen Begegnungssituationen nicht nur unterschiedliche kulturelle Orientierungssysteme wirksam werden und Kulturstandards eine handlungsregulierende Funktion haben, sondern personenspezifische, intentions- und erwartungsspezifische bzw. situative Kontextfaktoren Einfluß nehmen, zeigt sich darin, daß solche kritischen Interaktionssituationen oft schwierig zu interpretieren sind und auch von Experten aus beiden Kulturen keine einheitliche Interpretation erfahren. Harnisch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß beispielsweise Kontaktsituationen zwischen Deutschen und Chinesen häufig deshalb schwer zu interpretieren sind, weil »diese Situationen zwar von traditionellen Wertvorstellungen geprägt waren, diese aber im Kontakt mit Ausländern stark abgewandelt zum Tragen kamen. Auch spielte in solchen Situationen zwischen Chinesen und Ausländern häufig nicht nur eine grundlegende Wertvorstellung eine Rolle, sondern das Verhalten basierte meistens auf einem Konglomerat von Wertvorstellungen, deren Wertigkeit untereinander, gerade durch die Dynamik der Beziehungen mit dem Ausland, ebenfalls Veränderungen unterliegt.«²⁹ Die Selbstbilder, Fremdbilder und vermuteten Fremdbilder auf beiden Seiten spielen hierbei eine determinierende Rolle und konfundieren mit den von kulturellen Standards als Bauteile des jeweiligen kulturellen Orientierungssystems herrührenden Einflußfaktoren. Zu beachten ist außerdem, daß Kulturstandards innerhalb ein- und derselben Kultur keineswegs einheitlich interpretiert und als Orientierungsmaßstab verwandt werden, sondern in unterschiedlichen Varianten in Erscheinung treten und handlungswirksam werden.

Eckensberger³⁰ versteht unter Kulturstandards kulturelle Regeln, die aus handlungspsychologischer Sicht keine naturgegebenen Qualitäten sind, sondern als Ergebnisse von Handlungen aufzufassen sind, auch wenn sie sich im Laufe der Entwicklung weitgehend verselbständigt haben. Sie müs-

28 Krewer, Kulturstandards als Mittel der Selbst- und Fremdrelexion, S. 157.

29 Harnisch, Konstanz und Wandel von Wertvorstellungen, S. 158.

30 Eckensberger, Auf der Suche nach den (verlorenen?) Universalien.

sen vom Handelnden verstanden, interpretiert und gedeutet werden, und jede Kultur bietet Interpretationsschemata und Deutungsmuster an, um diese Leistung vollziehen zu können. Am exemplarischen Beispiel einer für alle Menschen bedeutsamen Grundorientierung, nämlich der ›Handlungsorientierung‹, zeigt Eckensberger unterschiedliche Auslegungen für Menschen aus westlichen und nicht-westlichen Kulturräumen. Nach seiner Sicht spricht vieles dafür, daß der ›westliche‹ Mensch die Natur, seine physische und soziale Umwelt zu kontrollieren suche, indem er z.B. etwas herzustellen versucht oder etwas am Auftreten hindern will. Demgegenüber strebt der ›nicht-westliche‹ Mensch eine Harmonie mit der Umwelt an, d.h. er läßt häufiger etwas geschehen bzw. er wartet, daß etwas passiert. Eine Verknüpfung ›westlicher‹ und ›nicht-westlicher‹ Ausprägungsformen der Grundorientierung ›Handlungsorientierung‹ mit den Interpretationsebenen Mitwelt und Umwelt führt zu den in Abbildung 3 dargestellten vier Handlungstypen. Eckensberger will dieses Muster von Handlungstypen als Suchraster für mögliche Kommunikationsprobleme im interkulturellen Dialog verstanden wissen.

Abbildung 3: Unterschiedliche Handlungstypen der Angehörigen westlicher und nicht-westlicher Kulturen

	<i>Handlungsorientierung</i>	
<i>Realitätsdeutung</i>	Kontrolle	Harmonisierung
<i>Umwelt</i> (physikalisch/ materiell/biologisch)	instrumentelle Handlung	adaptive Handlung
<i>Mitwelt</i> (sozial)	strategische Handlung	kommunikative Handlung

Diese durchaus kritischen Beiträge zum Kulturstandardkonzept verstehen sich aber insgesamt nicht als Alternativen, sondern als Ergänzungen, Klarstellungen und Differenzierungen eines im Prinzip akzeptierten theoriebegleiteten Beschreibungs- und Analysesystems, das zudem empirischer Forschung zugänglich ist. Wenn sich eine solche handlungstheoretische Fundierung des Kulturstandardkonzepts als tragfähig erweisen sollte, dann wäre dies nicht nur von großem Vorteil für den interkulturellen Forschungsdialog und die wissenschaftliche Kooperation bei der Bearbeitung interkultureller Themen, sondern eröffnet darüber hinaus auch die Möglichkeit zu einem fruchtbaren interdisziplinären Prozeß der Erforschung von Bedingungen, Verlaufsprozessen und Wirkungen interkulturellen Lernens, interkulturellen Verstehens und interkulturellen Handelns.

Schlußfolgerung

In Anbetracht der Schnelligkeit und Intensität, mit der die Internationalisierung aller Gesellschaftsbereiche und vieler Handlungsfelder jedes einzelnen Menschen voranschreitet, sowie der hohen Qualitätsanforderungen an die internationale Zusammenarbeit sind unsere wissenschaftlichen Kenntnisse und lebenspraktischen Erfahrungen über kulturelle Einflüsse auf unser Denken und Handeln relativ dürftig. Dies trifft für jede wissenschaftliche Einzeldisziplin zu, denn alles fachspezifische Fragen, Analysieren und Bewerten ist kulturspezifisch beeinflusst, gilt aber auch für interdisziplinäre Bemühungen um vertiefte Einsichten in das, was als ›inter‹-kulturelles Lernen, Verstehen und Handeln bezeichnet werden kann.

Was fehlt, sind Theorien, Modelle und wissenschaftlich verlässliche Konstrukte, die es erlauben, interkulturelle Begegnungen, wie sie in den geschilderten Situationen beispielhaft dargestellt wurden, zu diagnostizieren, Maßnahmen zur Vertiefung, zur Qualifizierung und zur Differenzierung interkultureller Begegnung und Kooperation zu entwickeln, z.B. in Form von Trainings zur interkulturellen Sensibilisierung und Handlungskompetenz³¹, zur Auswahl geeigneter Auslandsmitarbeiter³² oder zum Einzel- und Gruppen-Coaching, und die geeignet sind, die erzielten oder potentiell erzielbaren Wirkungen von Interaktionsmaßnahmen zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit zu erfassen (Evaluation).

Der Handlungsbegriff mit seinen intentionalen, konstruktivistischen und prozessualen Strukturmerkmalen in Verbindung mit dem Kulturstandardkonzept könnte womöglich eine Theorie interkulturellen Handelns begründen. Die Konstruktionselemente sind im Rohzustand vorhanden, die Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Funktionalität ist eröffnet, erste Erfahrungen mit ihren konstruktiven Eigenschaften und ihrer Tragfähigkeit liegen vor.³³ Ihre Bewährung in unterschiedlichen Feldern interkultureller Begegnung und Kooperation bei unterschiedlichen Zielgruppen und Kulturen steht noch an.

31 Landis/Brislin, *Issues in Theory and Design*; Landis/Bhagat (Hg.), *Handbook of Intercultural Training*; Kenneth Cushner/Richard W. Brislin, *Intercultural Interactions*, Thousand Oaks 1996; Müller/Thomas, *Interkulturelles Orientierungstraining für die USA*; dies.; *Studienhalber in den USA*; Bruch/Thomas, *Beruflich in Südkorea*; Markowsky/Thomas, *Studienhalber in Deutschland*; Thomas/Schenk, *Beruflich in China*; dies., *Interkulturelles Orientierungstraining für Manager*.

32 Niels Bergemann/Andreas L.J. Sourisseaux (Hg.), *Interkulturelles Management*, 2. Aufl. Heidelberg 1996; Torsten M. Kühlmann (Hg.), *Mitarbeiterentsendung ins Ausland*, Göttingen 1995.

33 Thomas, *Grundriß der Sozialpsychologie*; ders. (Hg.), *Psychologie interkulturellen Handelns*; Thomas/Schenk, *Abschlußbericht »Handlungswirksamkeit«*.

Die Autoren

Tibor Frank, Dr. phil., Prof. für Geschichte, Direktor des Instituts für Anglistik und Amerikanistik der Eötvös-Loránd-Universität Budapest. Forschungsgebiete u.a.: Auswanderung aus Österreich-Ungarn und Einwanderung in die USA; Publikationen u.a.: *Pioneers Welcome: The Escape of Hungarian Modernism to the US, 1919–1945*, in: *Hungarian Studies*, 8. 1993, S. 237–260; *From Nativism to the Quota Laws: Restrictionist Pressure Groups and the US Congress 1879–1924*, in: *Parliaments, Estates and Representation*, 15. 1995, S. 143–157; *From Austria-Hungary to the United States: National Minorities and Emigration 1880–1914*, in: *Nationalities Papers*, 24. 1996, S. 409–423; *Genius in Exile: Professional Immigration from Interwar Hungary to the United States (1919-1945)* Frankfurt a.M. [1999].

James F. Hollifield, Ph.D., Arnold Prof. of International Political Economy and Director of International Studies at Southern Methodist University, Dallas/USA; Promotion in politischer Wissenschaft an der Duke University (1985), Lehrtätigkeit an der Auburn, der Brandeis und der Duke University, Associate Director of Research am Centre National de Recherche Scientifique (CNRS) und am Centre d'Etudes et de Recherches Internationales (CERI) der Fondation Nationale des Sciences Politiques (FNSP) in Paris (1992), Research Associate am Harvard University Minda de Gunzburg Center for European Studies und Co-chair der French Study Group (1986–1992), Associate am Harvard Center for International Affairs (1991/92), Beratungstätigkeit für die Regierung der Vereinigten Staaten und für verschiedene internationale Organisationen, u.a. für die UNO und die OECD. Publikationen u.a.: (zus. m. George Ross), *Searching for the New France*, London 1990; *Immigrants, Markets, and States*, Cambridge, Mass. 1992; (zus. m. Wayne Cornelius u. Philip L. Martin), *Controlling Immigration*, Stanford 1994; *Immigration et l'Etat-Nation*, Paris 1998.

Gérard Noiriel, Directeur d'Etudes en Sciences Sociales an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris. Forschungsgebiete u.a.: Geschichte und Soziologie von Einwanderung und Nationalstaat in Frankreich, Geschichtsphilosophie; Publikationen u.a.: *Le creuset français. Histoire de l'immigration*, Paris 1998 (engl. Ausg.: *The French Melting Pot*, Minneapolis 1996); *La Tyrannie du national. Le droit d'asile en Europe*, Paris 1991 (dte. Ausg.: *Die Tyrannei des Nationalen*, Lüneburg 1994); *Sur la »crise« de l'histoire*, Paris 1996 (japan. Ausg. 1997, span. Ausg. 1998).

Alexander Thomas, Dr. phil., Prof. für Psychologie an der Universität Regensburg, Institut für Psychologie (seit 1979), Dipl.-Psych. (1968), Promotion Universität Münster 1970; Prof. für Psychologie an der FU Berlin 1974–1979. Publikationen zur Sozialpsychologie und Angewandten Psychologie (Organisationspsychologie) sowie zur Psychologie interkulturellen Handelns, u.a.: (zus. m. Ernst F. Müller), Einführung in die Sozialpsychologie, 2. Aufl. Göttingen 1976; Kulturstandards in der internationalen Begegnung (SSIP-Bulletin, Nr. 61), Saarbrücken 1991; Grundriß der Sozialpsychologie, Bd. I, Göttingen 1991, Bd. II, Göttingen 1992; Kulturvergleichende Psychologie, Göttingen 1993; Psychologie und multikulturelle Gesellschaft, Göttingen 1994; (zus. m. Andreas Bruch), Beruflich in Südkorea – Interkulturelles Orientierungstraining für Manager, Fach- und Führungskräfte, Heidelberg 1995; (zus. m. Richard Markowsky), Studienhalber in Deutschland – Interkulturelles Orientierungstraining für amerikanische Studenten, Schüler und Praktikanten, Heidelberg 1995; (zus. m. Andrea Müller), Studienhalber in den USA – Interkulturelles Orientierungstraining für deutsche Studenten, Schüler und Praktikanten, Heidelberg 1995; Psychologie interkulturellen Handelns, Göttingen 1996.

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR MIGRATIONSFORSCHUNG UND INTERKULTURELLE STUDIEN DER UNIVERSITÄT OSNABRÜCK

(**IMIS-SCHRIFTEN**), herausgegeben vom Vorstand des Instituts

- 1 Klaus J. Bade (Hg.), Migration – Ethnizität – Konflikt. Systemfragen und Fallstudien, Osnabrück 1996, 458 S. (ISBN 3-930595-36-2)
- 2 Adolf Wennemann, Arbeit im Norden. Die Italiener im Rheinland und Westfalen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Osnabrück 1997, 224 S. (ISBN 3-930595-37-0)
- 3 Klaus J. Bade (Hg.), Fremde im Land. Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 1997, 336 S. (ISBN 3-930595-39-7)
- 4 Eberhard Eichenhofer (Hg.), Social Security of Migrants in the European Union of Tomorrow, Osnabrück 1997, 135 S. (ISBN 3-930595-38-9)
- 5 Albrecht Weber (Hg.), Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union. Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten, Osnabrück 1997, 384 S. (ISBN 3-930595-84-2)
- 6 Michael Bommers/Jost Halfmann (Hg.), Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen, Osnabrück 1998, 309 S. (ISBN 3-932147-20-0)

STUDIEN ZUR HISTORISCHEN MIGRATIONSFORSCHUNG (SHM)

herausgegeben von Klaus J. Bade

- 1 Volker Ackermann, Der »rechte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961, Osnabrück 1995, 318 S. (ISBN 3-930595-32-X)
- 2 René Del Fabbro, Transalpini. Italienische Arbeitswanderung nach Süddeutschland im Kaiserreich 1870-1918, Osnabrück 1996, 320 S. (ISBN 3-930595-40-0)
- 3 Axel Lubinski, Entlassen aus dem Untertanenverband. Die Amerika-Auswanderung aus Mecklenburg-Strelitz im 19. Jahrhundert, Osnabrück 1997, 328 S. (ISBN 3-930595-41-9)
- 4 Hannelore Oberpenning, Migration und Fernhandel im »Tödden-System«. Wanderhändler aus dem nördlichen Münsterland im mittleren und nördlichen Europa des 18. und 19. Jahrhunderts, Osnabrück 1996, 424 S. (ISBN 3-930595-34-6)
- 5 Uwe Reich, Aus Cottbus und Arnswalde in die Neue Welt. Amerika-Auswanderung aus Ostelbien im 19. Jahrhundert, Osnabrück 1997, 272 S. (ISBN 3-930595-42-7)
- 6 Piet Lourens/Jan Lucassen, Arbeitswanderung und Berufsspezialisierung. Die lippischen Ziegler im 18. und 19. Jahrhundert, Osnabrück 1998, ca. 200 S. (ISBN 3-930595-58-3)